

Schriftenreihe des Landtages Brandenburg Heft 1/2020

# Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Dr. Dietmar Woidke und Aussprache

11. Dezember 2019



L A N D T A G  
B R A N D E N B U R G





# Inhalt

**05**

**Ministerpräsi-  
dent Dr. Diet-  
mar Woidke**

**23**

**Andreas Kalbitz  
(AfD)**

**35**

**Erik Stohn  
(SPD)**

**45**

**Sebastian  
Walter  
(DIE LINKE)**

**59**

**Dr. Jan  
Redmann  
(CDU)**

**69**

**Péter Vida  
(BVB / FREIE  
WÄHLER)**

**79**

**Benjamin  
Raschke  
(B90/GRÜNE)**



# Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke



Dr. Dietmar Woidke

**S**ehr geehrte Frau Präsidentin!  
Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Liebe Gäste!

Am 19. November 2019 hat die Brandenburg-Koalition ihren Koalitionsvertrag unterschrieben, und diese Koalition hat ein Ziel: Brandenburg zur Gewinnerregion im 21. Jahrhundert zu machen. Das ist der Anspruch, den wir haben, und das ist der Anspruch, den ich habe. Wir haben einen Koalitionsvertrag mit vielen wichtigen Punkten ausgehandelt, und wir werden den Weg für Brandenburg weitergehen, den Weg des Erfolgs und der Zuversicht.

Die Geschichte unseres Landes, die Gespräche mit den Menschen und die Sondierungs- und Koalitionsverhandlungen haben mich darin bestärkt: Mut, Zuversicht und Vertrauen sind wertvolle Rohstoffe; sie sind vielleicht die wertvollsten Rohstoffe, die wir überhaupt haben. Wenn man auf ihnen herumtrampelt oder zulässt, dass andere sie vergiften, gehen sie kaputt, sie stehen nicht mehr zur Verfügung. Wenn man sie aber aussät, hegt und pflegt, wachsen und gedeihen sie. Bei uns in Brandenburg, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben wir diese kostbaren Rohstoffe.

Besonders gut gedeihen sie dort, wo sich beispielsweise stinknormale Superhelden und Superheldinnen um sie kümmern wie in Rathenow. Ich durfte diese Heldentruppe vor Kurzem kennenlernen. Sie arbeitet seit sieben Jahren ehrenamtlich mit großem Spaß und Riesenerfolg für eine bessere Welt vor ihrer Haustür, aber auch für eine bessere Welt in ihrer Nachbarschaft.

*(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)*

Oder nehmen Sie Coconat aus dem Fläming: Landeroberer im besten Sinne. Sie errangen für ihr zukunftsgerichtetes Konzept gerade den ersten Platz beim Deutschen Tourismuspreis. Glückwunsch und Dank allen Gewinnern und den vielen Alltagshelden, die wir in Brandenburg haben! Menschen, die nicht nur Mut, Zuversicht und Vertrauen ausstrahlen, sondern die Regionen wachsen lassen.

*(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)*

Sie alle sagen nicht „Man müsste mal“ oder „Jemand müsste mal“, son-

dern diese Menschen sagen: „Wir machen mal!“ Da gilt auch unser Slogan – das merkt man sehr schnell –: „Brandenburg. Es kann so einfach sein“. – Sie alle haben uns darin bestärkt, Neues zu wagen und uns auch in dieser neuen Koalition große Ziele zu setzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Wort „Gewinnerregion“ bringt diese Ziele gut auf den Punkt: Wir wollen, dass Brandenburg als Land gewinnt; wir wollen, dass alle Menschen in unserem Land gewinnen: an Zusammenhalt, an Sicherheit, an Nachhaltigkeit, kurz gesagt: gewinnen an Lebensqualität und an Zukunft.

*(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)*

Dafür haben wir den Koalitionsvertrag ausgehandelt, der jetzt der Rahmen für die neue Brandenburger Regierung ist.

Wer im 21. Jahrhundert zu den Gewinnern gehören will, braucht gute Partner. Brandenburg wird in Deutschland und Europa nur dann zu den Gewinnerregionen gehören, wenn wir mit Berlin, aber auch mit unseren Nachbarn in Polen und allen anderen gut zusammenarbeiten. Gewinnen werden wir nur gemeinsam. Gewinnen werden wir nur mit Welt-offenheit und Toleranz, mit Zusammenarbeit und Austausch, mit Mut und Lust auf Neues.

Wir haben drei Jahrzehnte großer Veränderungen hinter uns. Dabei ist viel Gutes entstanden, vieles entstanden, auf das wir heute zu Recht stolz sein können. Wir leben in einer stabilen Demokratie, wir genießen Freiheitsrechte. Wir sind deutlich vorangekommen, was den Ar-

beitsmarkt angeht. Große, auch internationale, Unternehmen haben bei uns investiert. Moderne Wohnungen wurden gebaut, Straßen und Schiene wurden ausgebaut. Und unsere Luft, unsere Seen und Flüsse sind sauberer geworden.

Aber in diesen drei Jahrzehnten gab es auch Brüche im Leben vieler Menschen. Auch deshalb sind viele der Veränderungen müde. Sie sind skeptisch, wenn wir ihnen sagen: Das Neue bietet auch viele Chancen. – Gerade in der Lausitz, der Herzkammer unserer Industrie, ist diese Skepsis mit Händen zu greifen. Das kann ich gut verstehen, denn die Erfahrungen vieler Ostdeutscher mit dem Wandel in den vergangenen 30 Jahren sind eben auch zwiespältig. Das gehört zur Wahrheit und das müssen wir auch im Blick haben, wenn wir über Veränderungen sprechen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wir werden unser Land mit allen Brandenburgerinnen und Brandenburgern voranbringen. Wir wollen für alle Heimat sein und wollen für alle Zukunft gestalten. Wir wollen gemeinsam anpacken und füreinander eintreten. Deshalb hat Brandenburg auch für das Jahr seiner Bundesratspräsidentschaft das Motto „Wir miteinander“ gewählt. Ich bin zu tiefst davon überzeugt, dass wir Zukunft und Heimat schaffen, wenn wir miteinander dafür arbeiten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Fundament für ein Brandenburg, das Fundament für Zusammenhalt, Sicherheit und Nachhaltigkeit ist lange gelegt. Die Brandenburger haben seit 1989 eine große Aufbauleistung vollbracht. Uns ist viel gelungen – darauf

sind wir zu Recht stolz. Es gibt nicht den geringsten Grund, unser Brandenburger Licht unter den Scheffel zu stellen.

Wir können Mut, Zuversicht und Vertrauen aus dem schöpfen, was wir beim schwierigen Übergang von der Diktatur zur Demokratie, von der sozialistischen Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft erreicht haben – trotz mancher Rück- und auch mancher Fehlschläge, trotz Enttäuschungen und Kränkungen.

Wir können stolz darauf sein, wie wir durch die schweren Wasser der 90er-Jahre und auch rund um die Jahrtausendwende gekommen sind. Ich erinnere an die mancherorts extrem hohe Arbeitslosigkeit, an weggefallene Sicherheiten, weggezogene Familienmitglieder oder die Umstellung der Sozialsysteme, an die Veränderungen durch Digitalisierung und Globalisierung. Das alles hat den Menschen auch in unserem Land viel abverlangt.

Brandenburg steht heute besser da denn je. Wir haben die geringste Arbeitslosigkeit seit 1990, eine leistungsfähige und regional verankerte Wissenschafts- und Forschungslandschaft, starke kleine und mittelständische Unternehmen; einige davon sind Weltmarktführer. Wir sind deutschlandweit führend bei der Erzeugung erneuerbarer Energien, und wir wollen und werden es auch bleiben. Auch beim Ökolandbau liegen wir vorn. Das sind viele gute Gründe, unser neues Ziel mutig anzusteuern: Gewinnerregion Brandenburg im 21. Jahrhundert.

*(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit der Umsetzung des vorlie-

genden Koalitionsvertrags werden wir dieses Ziel erreichen. Auf diesem Weg haben wir bereits mit der Umsetzung konkreter Maßnahmen begonnen. Dazu gehört der Zukunftsinvestitionsfonds im Umfang von 1 Milliarde Euro. Er soll nachhaltiges Wirtschaften und zusätzliche Investitionen sicherstellen, zum Beispiel durch ein Folgeprogramm für das erfolgreiche kommunale Investitionsprogramm – gewissermaßen ein KIP 2 –, durch den Bahnanschluss des PCK Schwedt an die künftig ausgebaute Strecke Berlin-Stettin oder durch die Kofinanzierung von Bundesmitteln im Rahmen des Schienenprogramms i2030.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Zukunftsinvestitionsfonds ist eben kein Widerspruch zu einer soliden und nachhaltigen Finanzpolitik. Er ergänzt sie, er erweitert unsere Möglichkeiten. Der Zukunftsinvestitionsfonds macht unser Land zukunftsfähig. Er ist außerdem generationengerecht, denn er legt gerade für kommende Generationen den Grundstein für die Zukunft.

*(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)*

Es gibt eine Menge Gründe dafür, dass wir uns in der Koalition für diesen Fonds entschieden haben. Wir brauchen schnellere Verbesserungen bei der Infrastruktur, bei der Digitalisierung oder beim Klimaschutz und in vielen weiteren Handlungsfeldern.

Erstens erwarten die Menschen zu Recht, dass wir Funklöcher schließen, den öffentlichen Nahverkehr stärken, die ärztliche Versorgung und die Pflege vor allem im ländlichen Raum verbessern, bezahlbaren Wohnraum schaffen und an-

deres mehr und dass wir natürlich genauso für Energiesicherheit sorgen wie für den Klimaschutz eintreten.

Zweitens müssen wir Brandenburg als Wirtschafts-, Energie-, Wissenschaftsstandort stärken, damit unsere Potenziale noch besser ausgeschöpft werden können und Brandenburg für junge Menschen noch attraktiver wird, für Fachkräfte und Investoren, für Gründungswillige und Kulturschaffende, für Erholungsuchende und vor allem natürlich für die zweieinhalb Millionen Menschen in unserem Land.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Brandenburg ist ein Flächenland. Das stellt uns vor Herausforderungen, bietet aber auch große Möglichkeiten. Wir werden alle Regionen in gleichem Maße stärken und lebenswert gestalten. Das ist unser Ziel; denn Brandenburg lebt auch und besonders von der Vielfalt seiner Landesteile.

Die Landesregierung wird eine ganzheitliche strategische Regional- und Landesentwicklung für ganz Brandenburg verfolgen. Wir stehen für den regionalen Zusammenhalt und die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse überall in unserem Land.

*(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)*

Brandenburg und Berlin bilden gemeinsam die Hauptstadtregion. Sie ist einmalig und ein Riesenvorteil für beide Länder. Berlin im Herzen Brandenburgs – das ist nicht nur ein benachbartes Bundesland, Berlin ist unser geborener Partner. Die Menschen in Brandenburg und Berlin leben die Hauptstadtregion schon längst – weit über den sogenannten

Speckgürtel hinaus. Wir werden die Zusammenarbeit mit der Hauptstadtregion vertiefen und unsere wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Potenziale, aber auch die kommunale Familie noch besser einbeziehen.

Die Kooperation mit Berlin wird noch erfolgreicher, wenn neben den Regierungen auch die Parlamente und die direkt benachbarten kommunalen Ebenen intensiver zusammenarbeiten. Deshalb freue ich mich sehr, dass unser Vorschlag für einen gemeinsamen Parlamentsausschuss in Berlin positiv aufgenommen worden ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zur Umsetzung unserer Regionalstrategie werden wir zusätzlich zum Lausitzkoordinator Regionalkoordinatoren für alle Planungsregionen einsetzen, und wir wollen das Konzept der Regionalen Wachstumskerne zu innovativen Wachstumskorridoren entlang der zentralen Verkehrsachsen weiterentwickeln.

Wir werden gemeinsam mit den politischen Akteuren prüfen, inwieweit Standortverlagerungen von Behörden oder Behördenteilen der Landesverwaltung sinnvoll, effizient und machbar sind. Die Ministerien werden in Potsdam verbleiben. Aber Außenstellen oder Stabsstellen werden wir – wie schon bisher – einrichten.

Der Ausbau der Infrastrukturen von und nach Berlin sowie in den berlinferneren Regionen bleibt vordringlich. Dieser Ausbau ist so wichtig wie langwierig. Dieser Ausbau ist so wichtig wie langwierig. Planungs- und Genehmigungsverfahren dauern zu lange. Wir werden deshalb alles unterstützen, vor allem auf der Bundesebene, was diese Planungs- und Ge-



nehmigungsverfahren beschleunigt. Denn die Dauer von Planung und Genehmigung wird der Dynamik unserer Region längst nicht mehr gerecht; deswegen muss daran gearbeitet werden.

*(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)*

Wir werden zusammen mit Berlin das Infrastrukturprojekt i2030 voranbringen, die S-Bahnverlängerung nach Rangsdorf und Velten genauso wie die Heidekrautbahn. Langfristig brauchen wir den 10-Minuten-Takt für die S-Bahn in Brandenburg und im ganzen Land werktags mindestens einen Stundentakt im Regionalverkehr, auf manchen Abschnitten auch einen 20-Minuten-Takt.

*(Beifall SPD und B90/GRÜNE sowie vereinzelt CDU)*

Die weltweit beachtete Investitionsentscheidung von Tesla zeigt, was uns gelingen kann, wenn wir die Standortvorteile Brandenburgs und Berlins klug gemeinsam nutzen. Sie zeigt auch, wie stark wir sind, wenn vertrauensvoll und seriös verhandelt wird. Ich danke deshalb allen, die in den letzten Monaten intensiv und in großen Teilen auch sehr verschwiegen dafür gearbeitet haben.

*(Zuruf sowie vereinzelt Heiterkeit)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind zuversichtlich, dass der BER am 31. Oktober 2020 endlich eröffnet werden kann, so wie es die Flughafengesellschaft am 29. November bekannt gegeben hat. Dann werden wir auch diesen Trumpf endlich ausspielen können. Wir werden das zentrale Standortmanagement für das Flughafenumfeld

gemeinsam mit Berlin ausbauen. Der BER ist ein Beitrag dazu, das ganze Land voranzubringen und noch stärker zur Gewinnerregion zu machen.

Unser Rückgrat aber – das sollten wir nie vergessen – sind die vielen kleinen und mittleren Unternehmen in allen Wirtschaftsbereichen, im industriellen Bereich genauso wie im Handwerk, aber auch in der Landwirtschaft. Sie sind in den vergangenen drei Jahrzehnten mit Mut, Zuversicht und Vertrauen in die Zukunft gestartet, häufig mit großen Schwierigkeiten. Das Land hat sie dabei unterstützt und auch in schwierigen Zeiten gute Rahmenbedingungen geschaffen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Wirtschaftslage in Brandenburg ist gut. Globale Handelsspannungen, das Brexit-Chaos und der wachsende Fachkräftemangel bergen aber auch für Brandenburg beträchtliche Risiken. Wir wollen deshalb gezielt Wachstumsimpulse für unsere Unternehmen setzen.

Zur Stärkung und Unterstützung unserer Wirtschaft planen wir erstens die Unterstützung der Kommunen bei der Erschließung von Gewerbeflächen, zweitens eine gezielte Unterstützung von Gründern und Start-ups, drittens die maßgeschneiderte Förderung für kleine und mittelständische Unternehmen fortzuführen, viertens die Unterstützung von Industrieparks wie Schwarze Pumpe oder dem Innovationscampus in Schwedt, fünftens eine Arbeitskräftestrategie – untersetzt mit Maßnahmen zur Fachkräftesicherung, der Berufsorientierung, der Aus- und Weiterbildung und auch der gezielten Zuwanderung. Sechstens wollen

wir die Bündnisse für Gute Arbeit und Fachkräfte fortsetzen, denn faire Löhne und attraktive Arbeitsbedingungen gehören zu den Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche Fachkräftegewinnung und -sicherung.

*(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)*

Für all das und vieles mehr werden wir uns mit den Unternehmen, den Kammern und den Kommunen intensiv und regelmäßig austauschen. Das wird nicht nur in Potsdam passieren, wir werden das vor Ort, in den Regionen mit Unternehmen, aber auch mit Kommunalvertretern tun.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden uns als Koalition mit ganzer Kraft dafür einsetzen, dass die Lausitz auch in Zukunft eine Energie- und eine starke Industrieregion bleibt.

Sie soll ein Vorbild für erfolgreiche Strukturentwicklung und Klimaschutz werden, sie wird – davon bin ich fest überzeugt – eine europäische Modellregion, in der es uns gelingen kann, Klimaschutz und wachsende Wertschöpfung miteinander zu verbinden. Dieses Modell ist ein Modell, nach dem derzeit die ganze Welt sucht. Wir können es in Brandenburg schaffen, und wir werden dieses Modell in die Tat umsetzen.

*(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)*

Dazu werden wir unter anderem gemeinsam mit den Unternehmen Konzepte zur Nachnutzung der bestehenden Kraftwerksstandorte in Schwarze Pumpe und Jänschwalde erarbeiten und umsetzen. Dazu werden wir die Wissenschaftsregion Lausitz stärken und die BTU Cottbus-

Senftenberg weiterhin gesondert fördern. Weiter werden wir dazu speziell im Bereich Gesundheit mit dem Aufbau einer staatlichen Universitätsmedizin in Cottbus und im Rahmen des Gesundheitscampus Brandenburg mit dem Ausbau des Carl-Thiem-Klinikums zu einem digitalen Leitkrankenhaus beitragen.

Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind unsere Zukunftslabore. Sie sind aber viel mehr als das, sie sind wichtige Leitplanken für die regionale Entwicklung und auch Leitplanken für die wirtschaftliche Entwicklung. Wir zeigen in Brandenburg an jedem einzelnen Tag: Akademische Exzellenz und Anwendungsorientierung sind eben kein Widerspruch. Wissenschaft und Forschung vollziehen sich schon lange nicht mehr im Elfenbeinturm. Sie sind für unser Land unverzichtbar – für jeden Einzelnen von uns.

Potsdam ist mit dem Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung das internationale Zentrum der Klimaforschung. An der BTU Cottbus-Senftenberg wird heute schon an Energiesystemen für morgen gearbeitet. Es geht aber nicht nur um die einzelnen Forschungsthemen, so faszinierend sie in Teilen auch sein mögen. Es geht auch um die Begeisterung, den Optimismus der Menschen, die dort forschen und lehren. Wir wollen die Weichen dafür stellen, dass die klügsten und engagiertesten Menschen aus ganz Deutschland, aus ganz Europa und am besten aus der ganzen Welt sagen: Brandenburg – das ist der Platz, an den ich will, denn da kann man Zukunft gestalten!

*(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)*

Wir werden die großen Chancen der Digitalisierung über sämtliche Handlungsfelder hinweg mit großem Nachdruck nutzen. Mithilfe der Digitalisierung kann die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger verbessert werden. Digital können Stadt und Land, Speckgürtel und ländlicher Raum leichter und enger zusammenrücken. Mit der Zukunftsstrategie haben wir in der letzten Legislaturperiode bereits den Startschuss zu einer ambitionierten Digitalpolitik gegeben. Wir werden diese digitale Agenda weiter vorantreiben. Zugang zu schnellem Internet und flächendeckendem Mobilfunkanschluss ist ein Muss. Unser besonderes Augenmerk gilt dabei den Gewerbegebieten.

Neben der Förderung und Unterstützung für ein breitbandiges Mobilfunk- und ein Glasfasernetz werden wir uns schwerpunktmäßig um die Digitalisierung in den Handlungsfeldern Verwaltung, Mobilität, Bildung und Gesundheit kümmern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden strategisch und mit konkreten Vorhaben das Land von der Prignitz bis zur Lausitz, von Elbe und Havel bis zur Oder weiterentwickeln. Doch nicht nur ein dichtes Schienen-, Straßen-, Mobilfunk- und Glasfasernetz, nicht nur Zusammenarbeit auf kommunaler, regionaler und Landesebene stärken unser Land und halten es zusammen. Genauso wichtig oder vielleicht noch wichtiger ist der Zusammenhalt der Menschen in unserem Land auf der Grundlage gemeinsamer Werte.

*(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)*

Wir stehen fest auf dem Boden der Demokratie und auf dem Boden des

Rechtsstaats. Jeglicher Form von Extremismus und Gewalt werden wir uns weiterhin konsequent entgegenstellen.

*(Beifall SPD, CDU, B90/GRÜNE sowie vereinzelt DIE LINKE und des Abgeordneten Kalbitz [AfD])*

Wir brauchen keinen Populismus, wir brauchen keine Ausgrenzung. Wir brauchen Zusammenhalt. Populismus und Extremismus dürfen in unserem Land keinen Platz haben. Wir sagen Stopp zum Rechtsextremismus und wehren uns gegen die Verrohung unserer Sprache, gegen Hetze und Hass.

Toleranz und die Freiheit der Religionsausübung haben in Brandenburg eine lange Tradition, und genau dieser preußischen Tradition fühlen wir uns verpflichtet.

*(Beifall SPD, CDU, B90/GRÜNE, DIE LINKE und BVB/FW)*

Wir werden die Zusammenarbeit mit den Kirchen fortsetzen und die Staatskirchenverträge anpassen, und wir werden – und müssen; das sage ich mit großem Bedauern – die Entwicklung jüdischen Lebens nicht nur weiterhin unterstützen, sondern wir werden jüdisches Leben in Brandenburg in jeder Art und Weise und mit allen Kräften schützen.

Das sage ich gerade und insbesondere nach dem Anschlag in Halle.

Und: Auch andere dem Humanismus und unserer Werteordnung verpflichtete Glaubensgemeinschaften haben ihren Platz hier bei uns in Brandenburg.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine freiheitlich-demokratische Gesellschaft braucht auch eine freie

Presse, und sie braucht genauso Qualitätsjournalismus. Freiheit und Unabhängigkeit der Presse müssen gesichert werden. Die Koalition wird jeglichen Einschüchterungsversuchen und Behinderungen der Arbeit der Presse entschieden entgegentreten.

*(Beifall SPD, CDU, B90/GRÜNE, DIE LINKE und BVB/FW)*

Demokratie beginnt vor Ort, im unmittelbaren Lebensraum der Bürgerinnen und Bürger. Deswegen ist auch der Lokaljournalismus ganz besonders wichtig. Künftig können und werden wir auch lokaljournalistische Angebote fördern.

Kultur und Sport stärken das Miteinander und den Zusammenhalt. Jeder Chor, jedes Theater, jeder Sportverein, alle Festivals und Feste in unserem Land verbinden und vernetzen uns. Brandenburger Künstlerinnen und Künstler, Sportlerinnen und Sportler sind die besten Botschafter unseres Landes. Wir sind stolz auf sie, und wir sind stolz auf ihre Erfolge.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Brandenburg hat eine wunderbare Kulturlandschaft, auf die wir stolz sein können. Kunst und Kultur bringen Menschen zusammen. Sie sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und auch Motor für den Tourismus. Sie sind aber auch jenseits solcher Erwägungen ein Ort für sich. Wir werden deshalb unsere kulturpolitische Strategie fortschreiben. Dabei kann man nicht oft genug betonen: Die Kunst ist frei, und wir werden auch die Freiheit der Kunst verteidigen.

*(Beifall SPD, CDU, B90/GRÜNE, DIE LINKE und BVB/FW)*

Denn ohne freie Kunst gibt es keine freie Gesellschaft. Sportvereine sind bei uns im Land überall aktiv und leisten Großartiges – überwiegend ehrenamtlich. Wir werden weiterhin im gesamten Land Sportstätten der Vereine durch Investitionen unterstützen und weiter ausbauen. Wir werden zur Stärkung des Breiten-, Behinderten- und Leistungssports die Sportförderung weiterführen – sie bleibt hier der zentrale Baustein –, und wir werden die Sportförderung in den nächsten Jahren an die Entwicklung der Mitgliederzahlen und die Kostensteigerungen anpassen. Das Haus des Sports in Potsdam soll zur Heimstätte des Breiten- und des Spitzensports werden.

*(Beifall SPD, CDU, B90/GRÜNE und DIE LINKE)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben im Land einen weiteren großen Schatz: Mit der sorbischen und wendischen Sprache und Kultur haben wir einen einmaligen Schatz in Brandenburg, den wir nicht nur zu schätzen wissen, sondern den wir auch erhalten und stärken müssen – in enger Abstimmung mit unseren sorbischen und wendischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern und mit der Stiftung für das sorbische Volk. Die Förderung der Stiftung werden wir gemeinsam mit dem Bund und dem Freistaat Sachsen verlässlich fortsetzen.

*(Beifall SPD, CDU, B90/GRÜNE sowie vereinzelt DIE LINKE)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Menschlichkeit und Solidarität, Hilfe für die Schwächsten und Schutzbe-

dürftigen sind der großen Mehrheit in Brandenburg und unserer gesamten Koalition ein Herzensanliegen. Brandenburg ist und bleibt auch in Zukunft ein weltoffenes und solidarisches Land. Ich möchte an dieser Stelle all denen danken, die mit ihrer täglichen Arbeit – häufig auch ehrenamtlich – dazu beitragen. Wir werden auch weiterhin unsere humanitäre Pflicht erfüllen, Schutzbedürftigen helfen und Bleibeperspektiven ermöglichen.

*(Beifall SPD, CDU, B90/GRÜNE und DIE LINKE)*

Menschen aus anderen Kulturen bereichern unser Land. Viele, die zu uns gekommen sind, arbeiten bereits in marktischen Betrieben und Unternehmen und stärken damit auch unser Land Brandenburg. Mein Dank auch hier an all jene, die dies unterstützen.

Zugleich gilt für die Koalition: Unsere Regeln müssen – egal, von wem – eingehalten werden. Von der Sicherheit dürfen keine Abstriche gemacht werden.

*(Vereinzelt Beifall SPD und CDU)*

Ausreisepflichtige Flüchtlinge und Asylsuchende, die als sogenannte Gefährder eingestuft sind oder die als Intensivstrafäter auffällig wurden, müssen unser Land wieder verlassen.

*(Vereinzelt Beifall AfD)*

Hierfür richten wir eine Taskforce ein, auch um Vollzugsdefizite zu vermeiden. Sie wird die Rückführungen koordinieren und Abschiebungen oder Ausweisungen prioritär umsetzen, wenn eine freiwillige Ausreise nicht möglich ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein starker Staat gewährleistet Daseinsvorsorge und gibt Sicherheit. Sicherheit zu gewährleisten ist eine Leitlinie unseres Handelns. Wir wollen, dass sich die Menschen im Land Brandenburg sicher und geborgen fühlen. Sie erwarten von uns zu Recht die Sicherheit zum Schutz ihrer Rechte und die Durchsetzung von Recht und Gesetz in ihrem Lebensumfeld. Sie erwarten von uns die Sicherheit, dass die Feuerwehr kommt, wenn es brennt. Sie erwarten von uns die Sicherheit, dass Pflege im Alter gewährleistet und damit ein würdevolles Altern möglich ist. Sie erwarten von uns die Sicherheit, dass ihre Kinder die bestmögliche Bildung für einen guten Start ins Leben erhalten. Sie erwarten von uns die Sicherheit und den Schutz ihrer Privatsphäre und ihrer Daten. Und sie erwarten von uns auch, dass unsere Welt auch für kommende Generationen eine lebenswerte Welt bleibt.

Wir werden aber auch die innere Sicherheit weiter stärken. Wir bekennen uns dabei zu einer bürgernahen und modernen Brandenburger Landespolizei. Konkret heißt das, dass alle Polizeireviere erhalten bleiben und die Erreichbarkeit der Polizei vor Ort gestärkt wird. Durch die weiterhin verstärkte Ausbildung an der Hochschule der Polizei werden wir die Zielzahl bis zum Ende der Legislaturperiode auf mindestens 8 500 Bedienstete aufstocken. Zusätzlich werden 40 Stellen für vollzugsunterstützende Bereiche und Spezialistinnen und Spezialisten geschaffen.

Unser Land braucht aber auch eine leistungsstarke Justiz. Vertrauen in den Rechtsstaat schafft Vertrauen in die Demokratie. Damit die Justiz ihre Aufgaben

auch in Zukunft erfüllen kann, wird den Gerichten und Staatsanwaltschaften eine auskömmliche und bedarfsgerechte Sach- und Personalausstattung zur Verfügung stehen.

*(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sicherheit ist aber auch immer soziale Sicherheit. Und soziale Sicherheit ist untrennbar verbunden mit Chancengerechtigkeit, Teilhabe und Bildung. Gute Bildung für alle von Anfang an! In der vergangenen Legislaturperiode sind wir diesem Ziel deutlich nähergekommen. Gleichwohl bleibt noch viel zu tun, damit wir in unseren Kitas und Schulen eine rundum qualitätsvolle Bildung anbieten können.

Gute Bildung schafft Chancen, und gute Bildung macht immun gegen die Einflüsterungen von Demokratiefeinden.

*(Beifall SPD, CDU, B90/GRÜNE und DIE LINKE)*

Bildung schafft Geschichtsbewusstsein, und Geschichtsbewusstsein, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist wiederum die Grundlage von Haltung und Orientierung im Leben.

*(Beifall SPD, CDU, B90/GRÜNE sowie vereinzelt DIE LINKE)*

Bildung beginnt vor der Schulzeit. Sie findet zu Hause statt, aber auch in unseren Kitas. Wir wollen mehr Erzieherinnen und Erzieher ausbilden. Wir werden den Personalschlüssel im Kindergarten ab August 2020 auf 1:10 absenken. Für die Kleinsten werden wir ihn in den Krippen ab 2021 in drei Schritten auf 1:4

senken. Dafür setzen wir als Land jährlich zweistellige und mittelfristig sogar dreistellige Millionenbeträge zusätzlich ein. Vom Bund erwarten wir, dass die Mittel aus dem Gute-KiTa-Gesetz auch nach 2024 möglichst verstetigt werden.

*(Beifall SPD, CDU, B90/GRÜNE sowie vereinzelt DIE LINKE)*

Für beste Bildung an unseren Schulen setzen wir besonders auf gut ausgebildete Lehrkräfte. Wir setzen aber auch auf qualifizierte Seiteneinsteiger, multiprofessionelle Fachkräfteteams mit sozialer, pädagogischer und Verwaltungsqualifikation. Wir setzen auf den Ausbau von Ganztagsangeboten, eine gezielte Förderung von Kindern mit besonderen Begabungen und Talenten und auch – Stück für Stück – auf eine moderne digitale Lernumgebung.

*(Vereinzelt Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)*

Dies, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist auch der Moment, um den vielen engagierten Menschen, die in unseren Krippen, Kindertagesstätten und Schulen arbeiten, zu danken.

*(Beifall SPD, CDU, B90/GRÜNE, DIE LINKE, BVB/FW sowie vereinzelt AfD)*

Neben den dort Beschäftigten gilt der Dank aber auch allen, die mit viel Zeitaufwand in Schüler-, Eltern- und Schulvertretungen für eine gute Arbeit in diesen Einrichtungen wirken.

*(Beifall der Abgeordneten Budke [B90/GRÜNE])*

Damit der Übergang von der Schule in die Ausbildung funktioniert, brauchen die Jugendlichen Orientierung und Vorbereitung. Die Landesstrategie für die Berufs- und Studienorientierung werden wir deshalb weiterentwickeln.

Eine besondere Rolle für die Berufsbildung spielen die Oberstufenzentren unseres Landes. Sie spielen schon deshalb eine große Rolle, weil nur Regionen mit einem guten Angebot an Fachkräften auch eine gute wirtschaftliche Zukunft haben können. Deshalb werden wir die Ausbildung stärken. Klar bekennt sich Brandenburg auch zu bundesweit einheitlicheren Schulparametern und einer besseren Vergleichbarkeit der Schulabschlüsse bundesweit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin mir sicher: Gesundheit und Pflege sind Themen in jeder Familie in Brandenburg. Die Jungen, die sich Kinder wünschen, brauchen eine Entbindungsstation, sie brauchen Hebammen und Kinderärzte. Alle Menschen brauchen Sicherheit bei der medizinischen Versorgung und für die Zeit der Pflege.

Für diese Koalition gilt das klare Bekenntnis zu all unseren Krankenhausstandorten.

*(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)*

Wir wollen alle diese Standorte erhalten, und wir wollen die finanzielle Förderung der Krankenhäuser nicht nur fortsetzen, sondern auch verbessern. Wir wollen im Bereich der Pflege mit einem Pakt für Pflege jährlich 30 Millionen Euro einsetzen. Wir wollen Pflegeausbildung und Pflegeberufe stärken und die Mediziner Ausbildung in Cottbus aufbauen. Wir

werden den Bund nicht aus seiner Pflicht entlassen und beispielsweise die Reform der Pflegeversicherung einfordern. Die Kommunen in Brandenburg werden wir bei diesen Aufgaben der Daseinsvorsorge gut unterstützen.

Wie wichtig Verbraucherschutz für uns alle ist, zeigt sich jeden Tag aufs Neue, mehr denn je – im Alltag und in der Politik gleichermaßen.

Als Konsumenten, als Patienten, als Verkehrsteilnehmer oder auch als Nutzer sozialer Medien sind wir auf den Schutz durch einen starken und durchsetzungsfähigen Staat angewiesen. Genauso wichtig ist, dass wir mündige, kritische, selbstbewusste Verbraucherinnen und Verbraucher sind oder werden. Nur so gewinnen wir an Sicherheit.

Zu den großen Themen der Daseinsvorsorge, meine sehr verehrten Damen und Herren, gehört auch das große und aktuelle Thema Wohnen – und zwar nicht nur hier in Potsdam oder im Berliner Speckgürtel, sondern mittlerweile in ganz Brandenburg. Wir wissen um die besonders angespannte Wohnungssituation in den berlinnahen Regionen. Deshalb sorgen wir dafür, dass landeseigene Liegenschaften zu günstigen Konditionen für Zwecke des Wohnungsbaus an Kommunen, kommunale Wohnungsunternehmen und Genossenschaften abgegeben werden können. Wir setzen außerdem die Wohnraumförderung im Umfang von mindestens 100 Millionen Euro pro Jahr fort. Eine Wohnungsbauoffensive gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft und dem Land Berlin ist in Vorbereitung.

Wir werden auch die Stadtentwicklung und den Stadtbau fortsetzen,



denn unsere Städte sind Anker im Raum und wichtig für den sozialen Zusammenhalt in Brandenburg. Wir wollen lebendige Städte, in denen die Menschen gerne und gut miteinander leben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unsere Politik ist der Nachhaltigkeit verpflichtet. Wir wollen, dass auch kommende Generationen hier in Brandenburg ein gutes Leben führen können. Nachhaltigkeit lässt sich nur als Querschnittsaufgabe verwirklichen. Wir werden die Nachhaltigkeitsstrategie deshalb überarbeiten und zur Erfüllung dieser Aufgabe einen Nachhaltigkeitsbeirat in der Staatskanzlei einrichten.

*(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)*

Brandenburg, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens erreichen. Wir werden trotzdem die bestehenden Strategien des Landes zu einer verbindlichen Klimastrategie weiterentwickeln. Für dieses Ziel setzen wir auf stärkere Impulse für Klimaschutz und erneuerbare Energien aus unserer hochkompetenten Wissenschaft. Wir brauchen eine Richtschnur für eine nachhaltige Wirtschaft in unserem Land und ein Gesamtkonzept zur Anpassung der Landnutzung an den Klimawandel. Wir brauchen viele praktikable Lösungen, um Wirtschaftswachstum und Klimaneutralität miteinander vereinbaren zu können.

Klar ist: Unsere Klimaziele können wir nur mit einer schrittweisen Reduzierung und Beendigung der Kohleverstromung bis 2038 erreichen. Die Ergebnisse der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung werden wir

1:1 umsetzen. Mit uns wird es keine neuen Tagebaue oder Tagebauerweiterungen geben.

*(Beifall SPD und B90/GRÜNE sowie des Abgeordneten Walter [DIE LINKE])*

Die Koalition schafft damit bereits jetzt Klarheit und Planungssicherheit für die Menschen, aber auch für die Kommunen in der Region. Wer uns Brandenburgern vorhält, wir würden uns nicht für den Klimaschutz einsetzen, kennt allerdings die Wahrheit nicht: In der Lausitz wird nicht nur Strom für Brandenburg, nicht mal nur Strom für Brandenburg und Berlin, sondern für ganz Deutschland produziert. Wenn man CO<sub>2</sub>-Bilanzen bewertet, sollte dies mitunter doch berücksichtigt werden.

*(Beifall SPD sowie der Abgeordneten Dannenberg und Walter [DIE LINKE])*

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Kohleausstieg wird nur dann erfolgreich sein und Vorbildfunktion haben, wenn die Lausitz eine wirtschaftlich starke und lebenswerte Region bleibt. Dazu müssen wir dort gute, tarifvertraglich abgesicherte Arbeitsplätze erhalten und neue schaffen. Außerdem muss die sichere und bezahlbare Versorgung mit Strom und Wärme gesichert sein.

Brandenburg – und darauf können wir stolz sein – ist weiterhin Deutschlands Nummer 1 bei den Erneuerbaren, bezogen auf Landesfläche und Einwohnerzahl. Wir halten an dem Ausbauziel der Energiestrategie 2030 von 10 500 MW für Windkraft fest. Wichtiges



Ziel der Koalition bleibt aber auch die Erhöhung der Akzeptanz für den Windkraftausbau. Dazu dient auch die 1 000-Meter-Abstandsregelung, die bereits als Empfehlung in den bestehenden Regionalplänen Windenergie weitgehend umgesetzt worden ist. Sie wurde nun auch vom Bund aufgegriffen. Es bleibt unser Ziel, dass das Geld aus dem Ausbau der erneuerbaren Energien auch den betroffenen Kommunen zugutekommt.

Ein besonderes Anliegen der Koalition wird es sein, der heimischen Industrie durch die Nutzung von grüner Energie einen Standortvorteil zu verschaffen. Dazu soll der in Brandenburg erzeugte Strom aus erneuerbaren Energien in zunehmendem Maße direkt in den Regionen genutzt werden können, nämlich da, wo er auch erzeugt wird. Wer sich an die 90er-Jahre erinnert: – Es gab damals den Satz: Erneuerbare Energien haben eine ganze Reihe von Vorteilen, sie sind nachhaltig, sie sind ökologisch, aber sie sind auch dezentrale Energieträger und gewährleisten eine dezentrale Energieversorgung. – An diesen Satz sollten wir uns, glaube ich, wieder erinnern. Deshalb werden wir uns für eine entsprechende Anpassung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes einsetzen. Wir wollen bei den erneuerbaren Energien Dezentralisierung und Demokratisierung voranbringen.

*(Beifall SPD und B90/GRÜNE sowie des Abgeordneten Domres [DIE LINKE])*

Bei der wirtschaftlichen Nutzung spielt natürlich auch der Wasserstoff bei uns hier in Brandenburg eine Schlüssel-

rolle. Damit werden wir Vorhaben zur emissionsarmen Industrieproduktion, das Reallaborprojekt „Referenzkraftwerk Lausitz“ oder die Nutzung von Wasserstoffzügen auf den Weg bringen.

Wir wollen, können und werden Vorreiter im Bereich der klimafreundlichen Wirtschaft, der Wirtschaft der Zukunft sein. Wir wollen Wirtschaftswachstum mit Klimaschutz verbinden. Dass wir das können, hat sich inzwischen nicht nur deutschland- und europaweit herumgesprochen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Brandenburg wird nur mit unseren ländlichen Räumen zur Gewinnerregion im 21. Jahrhundert. Die Menschen, die auf dem Land leben und arbeiten, haben großen Anteil daran, dass dieses Land Brandenburg ein starkes Land ist.

*(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)*

Die Menschen dort pflegen, schützen und nutzen Brandenburgs einzigartige Natur- und Kulturlandschaft. Wie schon 1990 muss auch heute noch gelten: Unser Naturreichtum ist unser Tafelsilber. – Bei aller Freude über Wirtschaftswachstum und den Ausbau der Infrastruktur: Dieses Tafelsilber müssen und werden wir auch an kommende Generationen weitergeben. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist auch unser Auftrag.

*(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE sowie der Abgeordneten Dannenberg [DIE LINKE])*

Den Brandenburgerinnen und Brandenburgern in den grünen Berufen müssen wir nicht erzählen, was Nachhaltig-

keit ist. Sie arbeiten und leben in der Natur, sie arbeiten und leben mit der Natur.

*(Beifall SPD und CDU)*

Sie wissen, wie man Wald aufforstet und wie man den bekanntermaßen nicht allzu ertragreichen märkischen Böden gute Erträge abringt. Wir müssen sie unterstützen, damit sie noch stärker, noch nachhaltiger wirtschaften können. Wir müssen sie auch dabei unterstützen, dass sie von ihrer Arbeit leben können. Gute und gesunde Lebensmittel, die wir alle bedenkenlos essen können, gibt es eben nicht zu Billigpreisen.

*(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE sowie des Abgeordneten Domres [DIE LINKE])*

Nachhaltigkeit gibt es nicht zum Nulltarif. Land- und Forstwirtschaft und Klimaschutz gehören zusammen und sind zwei Seiten der gleichen Medaille.

Die Koalition wird auch den ländlichen Raum stärken – gemeinsam mit den Menschen, die dort zu Hause sind. Dabei geht es keineswegs nur um die uns besonders wichtige Landwirtschaft, sondern auch um Wohnen. Es geht um Zuzug, um den Ausbau der Infrastruktur und den Tourismus.

Wir wollen mit mehr ökologischer Landwirtschaft und mehr Tier- und Artenschutz unsere natürlichen Lebensgrundlagen erhalten und die Wertschöpfung auch im ländlichen Raum verbessern. Dazu soll auch eine Regionalkennzeichnung von Lebensmitteln beitragen.

Wir wollen mit einem Agrarstrukturgesetz den Ausverkauf von Grund und Boden an Finanzinvestoren stoppen.

*(Beifall SPD, B90/GRÜNE sowie DIE LINKE)*

Wir müssen beim Waldumbau, bei der Wiederaufforstung und der Moorrevitalisierung vorankommen. Wir werden die Landwirte, die Waldbesitzer und alle anderen, die unsere ländlichen Räume im wahrsten Sinne des Wortes beleben, mit Rat und Tat, aber auch finanziell unterstützen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Vielzahl unserer Vorhaben, Maßnahmen, Projekte und Ideen zeigt: Wir meinen es ernst mit der Gewinnerregion Brandenburg. Es mangelt uns nicht an Mut, es mangelt uns nicht an Zuversicht und es mangelt uns erst recht nicht an Vertrauen. Wir sind guten Mutes, dass wir in der neuen Legislaturperiode einen großen Schritt in Richtung Zukunft gehen werden. Wir sind zuversichtlich, dass wir die Brandenburgerinnen und Brandenburger sowie alle Akteure in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft für unser Ziel begeistern können und auch gewinnen werden.

Wir werben um das Vertrauen der Menschen in unserem Land, wir werben um Ihr Vertrauen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir werben um das Vertrauen aller, die in Brandenburg leben und arbeiten, um das Vertrauen aller, für die Brandenburg wirkliche Heimat ist.

Sozialdemokratie, Christdemokratie und Bündnisgrüne haben verschiedene Lebenswege, verschiedene Gepflogenheiten und in Teilen auch verschiedene

Einstellungen. Und es ist wahr: Am Anfang mussten wir uns zusammenraufen – mit unterschiedlichen Strukturen, unterschiedlichen Politikstilen, unterschiedlichen Erfahrungen und auch unterschiedlichen Akteuren. Aber recht bald haben wir alle gespürt: Ob in einer Regierung zwei oder drei Parteien sitzen, ist vielleicht gar nicht so entscheidend. Entscheidend sind die Sachfragen, entscheidend sind die Dinge, die wir für die Menschen im Land bewegen können und bewegen wollen. Sie sind wichtiger als Partei- oder Koalitionsmathematik.

Auf dieser Grundlage haben wir zusammengefunden. Wir haben auf das Gemeinsame geschaut: Wir alle stehen für unser Grundgesetz ein; wir alle verteidigen unsere Demokratie. Wir alle wollen das Beste für Brandenburg. Wir alle sind bereit und fähig, die Unterschiede zwischen uns nicht als Hindernis, sondern als Bereicherung zu sehen.

Ich darf einmal rekapitulieren: Eine Bereicherung und Erleichterung war es für die Beteiligten auch, dass wir festgestellt haben – das ging relativ schnell –, dass wir gemeinsam lachen können, wenn wir mal wieder festsaßen und es scheinbar weder vor noch zurück ging. Glauben Sie mir: Die Verhandlungen waren nicht immer bequem. Aber uns eint das Ziel, den Nutzen für die Menschen in unserem Land zu mehren, dieses Land zukunftsfester zu machen und weiter voranzubringen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Streit gehört zu einer lebendigen Demokratie. Sie, sehr geehrte Frau Präsidentin, haben in Ihrer Antrittsrede Meinungsstreit als Kennzeichen guter Politik

gewürdigt und eine positive Streitkultur eingefordert. Die Regierungskoalition, die Landesregierung und auch ich persönlich unterstützen das. Ich bin fest davon überzeugt, dass der Zusammenhalt der Koalition, das Vertrauen, das entstanden ist, und die gemeinsamen Ziele, auf die wir uns geeinigt haben, dass all das beispielhaft sein wird für ganz Brandenburg. Wir haben – aus unterschiedlichen Lebensläufen, aus unterschiedlichen Erfahrungen, aus unterschiedlichen Positionen heraus – ein großes Ziel: Wir wollen dieses Land für die Menschen, die hier leben, besser machen. Politik – egal auf welcher Ebene – wird nur dann erfolgreich sein, wenn sie sich den Menschen zuwendet und das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern sucht und pflegt. Der politische Dialog ist so lebendig wie lange nicht mehr.

Wir wollen eine Jugend, die sich für Politik interessiert. Wir wollen Bürgerinnen und Bürger, die sich einmischen und uns ihre Meinung sagen. Protest, Kritik, Fragen – das sind zunächst alles Einladungen zum Miteinander. Wir alle – Parlamentarier, Regierungsmitglieder, Landrätinnen und Landräte, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister – sind es den Brandenburgerinnen und Brandenburgern schuldig, zuzuhören. Wir sind es ihnen schuldig, sie zu fragen, sie reden zu lassen, ihnen zu antworten und nicht zuletzt auch Rechenschaft über das zu legen, was wir in diesem Parlament tun. Ich habe in den letzten Jahren gelernt, dass ich mir dafür noch mehr Zeit nehmen muss. Für mich ist es eine Frage des Respekts, dass ich mir diese Zeit auch nehmen werde. Außerdem erfahre ich auf

diese Weise sehr vieles direkt, von dem ich sonst nur auf Umwegen – wenn überhaupt – erfahren würde.

Wir wollen also auch Neues wagen im Hinblick auf die Art und Weise, wie wir Politik machen. Wir haben Mut, Zuversicht und Vertrauen in den Koalitionsverhandlungen gewonnen, sodass auch ein neuer Politikstil gelingen kann – für die Menschen in Brandenburg, aber vor allen Dingen auch mit den Menschen in Brandenburg. Wir werden um das Vertrauen der Menschen werben und dafür auch weiterhin zu den Menschen gehen.

Die Landesregierung und ich persönlich werden die Bürgerdialoge fortsetzen und verstetigen, und wir werden die überaus wertvollen Kabinettsitzungen vor Ort fortführen. Es geht um ein besseres gegenseitiges Verständnis, und es geht auch in dieser Frage um Vertrauen. Wenn wir gute Politik machen, dann reichen die Gespräche an den Esstischen der Menschen bis in dieses Plenum und bis an den Kabinetttisch. Dann sitzen wir wirklich alle gemeinsam an einem Tisch.

*(Beifall SPD sowie vereinzelt CDU und B90/GRÜNE)*

Gefährlich wird es, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Dialog nicht mehr möglich ist. Gewalt, Hass und Hetze grenzen eben nicht nur aus; sie zerstören vor allem die Basis für Dialog. Mit manchen Bühnenschreihälsen, die Demokratie und Verfassung verächtlich machen, ist Dialog tatsächlich nicht möglich. Darauf sollten wir auch gar keine Zeit und Mühe verwenden.

Aber die vielen anderen können und sollten wir zu erreichen versuchen – die große Mehrheit, die eigentlich mitmachen will, die zurzeit aber aus verschiedenen Gründen nur schwer zu erreichen ist. Kommunikationstheoretisch könnte man sagen: Sender und Empfänger kommen derzeit manchmal noch nicht so zusammen, wie sie es sollten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen muss es uns auch ein Herzensanliegen sein, politische Bildung und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu stärken. Generationengerechtigkeit heißt eben auch Mitsprache und Mitentscheidung von Kindern und Jugendlichen. Mit der Senkung des Wahlalters, mit Kinder- und Jugendparlamenten, mit „Jugend debattiert“ haben wir hier bereits viel erreicht. Wir werden diese Beteiligung weiter ausbauen, denn Ernstgenommen werden ist auch ein Impfpfpass gegen Populismus und Rassismus.

*(Beifall SPD, CDU, B90/GRÜNE sowie vereinzelt DIE LINKE)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein neuer Politikstil entsteht nicht über Nacht. Doch wir können auf viele gute Erfahrungen und Beispiele zurückgreifen. Aufbruch können wir in Brandenburg! Das haben wir vor drei Jahrzehnten schon einmal geschafft.

Wir wollen jetzt mit Energie und Entschlossenheit an die Arbeit gehen und den Koalitionsvertrag umsetzen. Wir sind die Koalition der Mitte, wir sind die Brandenburg-Koalition. Wir sind eine Koalition für die große Mehrheit der Menschen in unserem Land, die in diesem Land leben und die dieses Land lieben – für die Men-

schen, die unser Land aufgebaut haben und es jeden Tag mit ihrem Optimismus und ihrer Arbeit weiter voranbringen. Diesen Menschen Mut zu machen, diesen Menschen den Rücken zu stärken, diesen Menschen beizustehen, wenn sie Hilfe brauchen – das ist der Grundkonsens unserer Koalition.

Im 30. Jahr der deutschen Einheit hat Brandenburg die Bundesratspräsidentschaft übernommen. Sie ist für unser ganzes Land und auch für mich persönlich eine große Ehre und Verpflichtung zugleich. Gemeinsam mit allen anderen Ländern und dem Bund, gemeinsam mit den Menschen in ganz Deutschland wollen wir dieses Jahr nutzen und das Miteinander stärken.

Vor 15 Jahren hatten wir schon einmal die Ehre, die Bundesratspräsidentschaft zu übernehmen. Wie hat sich Brandenburg, wie hat sich unsere Landeshauptstadt seitdem verändert! Wir haben also allen Grund stolz zu sein, Frohsinn zu verbreiten und gegebenenfalls auch hin und wieder einmal zu feiern. Zeigen wir, dass wir Brandenburgerinnen und Brandenburger uns eben nicht nur nach innen freuen können. Ich bin sicher, dass wir am 3. Oktober des Jahres 2020 hier eine sehr schöne Jubiläumsfeier zur deutschen Einheit haben werden, nämlich die Feier anlässlich des 30. Jahrestages der deutschen Einheit hier, in Potsdam, mit vielen Gästen aus ganz Deutschland und der ganzen Welt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, 75 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, 40 Jahre nach Gründung der Solidarność, 35 Jahre nach Glasnost und Perestroika, 30 Jahre nach

der Öffnung des Eisernen Vorhangs, 30 Jahre nach der Wiedervereinigung, 30 Jahre nach der Neugründung der ostdeutschen Länder, 15 Jahre nach der EU-Osterweiterung – also jetzt – wird es Zeit, dass wir für Zusammenhalt, Sicherheit und Nachhaltigkeit in Brandenburg, in Deutschland, in Europa und weltweit erneut enger zusammenrücken. Nur gemeinsam werden wir es schaffen, die Zukunft unserer Kinder und Enkel zu sichern.

Wir können stolz und selbstbewusst auf 30 Jahre Land Brandenburg zurückblicken. Wir blicken mit Mut, Zuversicht und Vertrauen auf Brandenburg als Gewinnerregion im 21. Jahrhundert.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit, obwohl ich Sie heute zeitlich doch sehr lange beansprucht habe. – Herzlichen Dank.

*(Anhaltender Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)*

## **Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:**

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Inzwischen hat sich die Besuchertribüne neu gefüllt, und ich begrüße ganz herzlich Schülerinnen und Schüler der Regine-Hildebrandt-Gesamtschule in Birkenwerder sowie Bürgerinnen und Bürger aus dem Landkreis Elbe-Elster. Seien Sie uns herzlich willkommen!

*(Allgemeiner Beifall)*

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Aussprache. Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kalbitz zu uns.

*(Beifall AfD)*



# Andreas Kalbitz

Vorsitzender der AfD-Fraktion



Andreas Kalbitz

**F**rau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Ich bin noch ganz überwältigt von der Worthülsenparade des Ministerpräsidenten, von nicht enden wollenden Versprechungen und Rekorderfolgsmeldungen. Das Paradies naht ja jetzt offensichtlich. 30 Jahre nach dem, was die SPD da nicht unmaßgeblich alles mit vermurkst hat, löst sich das jetzt mithilfe der CDU und der Grünen in Freude auf.

Ich freue mich auch, dass Sie das neu entdeckt haben: Sie haben ja vorher – am Ende Ihrer Rede – leicht verzückt über das Format des Bürgerdialogs, das Sie neu entdeckt haben, gesprochen. Mal etwas Neues: Mit Menschen reden. – Ja, kann man machen.

*(Zuruf des Abgeordneten Adler [SPD])*

Sie haben ja selbst erwähnt, dass es schwer sei, das einzuüben. Da wünsche ich Ihnen viel Erfolg – den haben Sie nämlich schwer nötig.

*(Beifall AfD)*

Aber schon in der Präambel Ihres Koalitionsvertrages wird klar, wo Ihr Hauptbetätigungsfeld liegen wird: nicht

beim Schutz der Bürger, nicht bei der Förderung der Familie als Eckpfeiler unserer Gesellschaft und auch nicht bei der Bewältigung der Folgen der unkontrollierten Masseneinwanderung. Nein, beim deutschen Sonderweg des dogmatischen Klimaschutzes blickt man dann noch tiefer auf Ihr undifferenziertes Bekenntnis zur Multikulturalität und der ausschließlichen Betrachtung von Zuwanderung als Bereicherung, ohne reale Probleme ansprechen zu dürfen und zu wollen.

Da dürfte jedem schnell klar werden, wer sich bei den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt hat: Das waren die Grünen – muss man ganz klar sagen. Die Koalitionstaktgeber vom linken Rand müssen zur Inhaltsdurchsetzung eigentlich gar nicht regieren.

*(Zuruf des Abgeordneten Domres [DIE LINKE])*

Der Weg in den Zerfall der bürgerlichen Gesellschaft kann nun in Brandenburg durch die grüne Regierungsbeteiligung noch konsequenter verfolgt wer-

den – und die Union hilft dabei auch noch fleißig mit. Konrad Adenauer würde sich im Grabe umdrehen.

*(Beifall AfD – Dr. Redmann [CDU]:  
Haben Sie den Koalitionsvertrag  
überhaupt gelesen?! – Walter  
[DIE LINKE]: Hat er nicht!)*

Sie haben keine Brandenburg-Koalition, sondern mehr eine „Frankensteinkoalition“ geschmiedet; das muss man ganz klar sagen. Und Sie wissen das offensichtlich auch, wie man an Ihren Ausführungen erkennt.

Der eigentliche Grund für Ihre Zusammenarbeit – der zunehmende Widerstand der Bürger gegen den von Links aufkotroyierten Zeitgeist klingt schon in der Einleitung des Vertrages an – hört sich erst einmal gut an – Zitat –:

„Gemeinsam sorgen wir entschlossen dafür, dass Hass, Rassismus, Diskriminierung, Antisemitismus, politischer und religiöser Extremismus niemals die Oberhand gewinnen.“

*(Vereinzelt Beifall AfD – Domres  
[DIE LINKE]: Das ist auch richtig!)*

Das teilen wir vollumfänglich;

*(Zuruf von der SPD: Das sind doch  
Heuchler!)*

darum geht es nicht. Die Realität ist ganz einfach: Es geht natürlich darum, das parteipolitisch zu instrumentalisieren. Das tun Sie ja gekonnt, indem Sie Dinge wie den Begriff des Populismus mit dem Begriff des Extremismus vermengen. Sie verschieben die Grenze immer weiter, um das Sagbare selbst zu definieren.

Schlechte Nachrichten im Übrigen: Die

Einzigsten, die den ganzen Tag nur über Rassen und Geschlechter nachdenken, sitzen in der Regierung. Der grüne Hass auf den alten weißen Mann hat Rassismus und Sexismus schon lange wieder gesellschaftsfähig gemacht. Dazu kommt noch die ständig indirekte doppeldeutige Duldung politischer Gewalt bis hin zur offenen Solidarisierung mit noch nicht letalen Terroristen der sogenannten Antifa. Herr Stohn kennt sich da ja aus, er war schon eifrig mit denen Fähnchen gegen den AfD-Parteitag schwenken. Dass ausgerechnet Parteien, welche für den ungezügelten Import von Juden Hass, ja sogar für den Familiennachzug terroristischer Gefährder stehen, sich dann als Brandmauer gegen Antisemitismus starkmachen, ist scheinheilig und widersprüchlich.

*(Beifall AfD)*

Aber wir vergaßen, dass – wie schon zu DDR-Zeiten – die Regierung bestimmte, wer Hetzer sind. Auch heute hat sie den Alleinvertretungsanspruch, darüber zu befinden, was Hass und was der Kampf für das Gute ist – all das kennen wir schon. Diese pseudodemokratische Denkweise zieht sich selbst durch Ihre Regierungserklärung. Sie setzen die Kritik an politischen Inhalten und die Forderung nach Volksabstimmungen mit der – Zitat – „Verächtlichmachung von Verfassung und Demokratie“ gleich. Und: Mit diesen Leuten muss man ja nicht reden. Diese Leute gehören mit allen Mitteln ausgegrenzt. Man braucht ja schließlich keinen Populismus. – Sie sollten einmal darüber nachdenken, was das über das eigene Demokratieverständnis aus-



sagt, wenn man ein diskreditierendes Wort für in der Gesellschaft weitverbreitete Meinungen prägt. Sie haben offensichtlich in dieser Allianz – diese Koalition ist eine Allianz der Wahlverlierer –

*(Zuruf des Abgeordneten Rostock  
[B90/GRÜNE])*

auch schon Ihre Misserfolgsgeschichte vergessen und die Prozente, die Sie alle erhalten haben – die Sitzreihen haben sich ja deutlich gelichtet –, verdrängt. Aber da stehen Sie in Brandenburg wenigstens weniger schlecht da als auf Bundesebene.

Scheinheilig ist auch das Bekenntnis zur freien Kunst, weil sie in Brandenburg immer stark mit dem Staat verflochten war. Wir würden gerne einmal sehen, dass Sie auch wirklich oppositionelle Kunst fördern, zum Beispiel solche mit Kritik an der Grenzöffnung und unkontrollierten Zuwanderung.

Besonders dreist ist allerdings, dass Sie die deutsche Einheit für Ihr Hirngespinnst des Kampfes gegen diese angeblich allgegenwärtige Nazigefahr, die wir jetzt haben – und wo der Machtverlust so offensichtlich wird –, instrumentalisieren.

Zu den Folgen der Einheit schreiben Sie – Zitat –:

„Verstärkt wird diese Diskussion durch die Frage nach Ursachen für den zunehmenden Rechtspopulismus.“

Wieso kommen Sie eigentlich nicht auf die Idee, dass der Aufstieg der neuen Kraft etwas damit zu tun haben könnte, dass an deren Position etwas dran ist? Nein, bei Ihnen werden Willensbildungen nicht als funktionierende Demokratie

oder Normalisierung unseres Parteiensystems wahrgenommen, sondern als regelrechte Krankheit verstanden. Das ist eine schlichte Verachtung des Wählerwillens!

*(Beifall AfD)*

So kommt es, dass Sie ironischerweise ausgerechnet in dem Abschnitt, der sich um das Ende der letzten deutschen Diktatur dreht, die Bekämpfung des politischen Gegners in Ihr Regierungsprogramm schreiben. Ein Schelm, der Böses dabei denkt! Doch was wollen Sie hinsichtlich der Landesentwicklung konkret umsetzen? Zumindest nicht viel. Versprechen haben wir ja jetzt viele gehört. Hauptsächlich scheinen sich Ihre Vorhaben in diesem Bereich darum zu drehen, wie man am besten Planungen delegieren kann, oder es geht um die Bearbeitung bestehender Planungskonzepte.

Hinzu kommen zugegebenermaßen diverse kleine bzw. Kleinstprojekte. Als die wenigen konkreten Neuvorgaben sind eigentlich nur die Erschließung von alten Bahn- und Militärflächen sowie die Neugliederung von Landschaftsschutzgebieten zu nennen.

Auch Ihre Pläne für eine Konzentration der Landesentwicklung auf die Hauptverkehrsachsen passen in Wirklichkeit nicht zu Ihrer proklamierten ganzheitlichen Regionalstrategie oder einer effektiven Förderung wirklich abseits gelegener Räume. Wir kennen das Phänomen: Wo die Lebensadern der Regionalbahnen nicht vorhanden sind, sieht der ländliche Raum ganz anders aus. Dieses Problem wurde nicht gelöst. Interessanterweise in der letzten Legislaturperiode oft von der

CDU angesprochen, findet es sich ebenso wenig wie anderes, das für die CDU prägend oder charakteristisch war, in diesem Koalitionsvertrag. Wirkliche Pläne zur zielführenden Förderung des ländlichen Raumes mit klarer Benennung der jeweiligen Problemlagen, genau definierte Ziele oder Visionen? Fehlanzeige! Unter dem Strich zu wenig – vor allem für eine Partei, die mit in der Regierung ist und deren Wahlkampflogan „Hallo Dorf, Tschüss Abgehängt“ war. Dass diese Aussage von der grünen Vertretung des großstädtischen Bionademilieus wenig glaubhaft ist, war ja klar.

Schließlich wurde die Landwirtschaftsfachkräftestudie noch um das Thema Zuwanderung erweitert. Was auch sonst? – Das war es dann schon.

Zum Thema Integration bietet die Landesregierung derart wirkungslose Pseudomaßnahmen oder schädliche Ideen an, dass man sich wundern muss. Statt syrische Kriegsflüchtlinge wegen des nahenden Endes des Bürgerkrieges auf ihre Rückkehr vorzubereiten, wollen Sie das Landesaufnahmeprogramm sogar noch verlängern.

*(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE:  
Gut so!)*

Statt sich endlich effektiv gegen kriminelle Schlepperei einzusetzen, bekennen Sie sich zur weiteren Aufnahme von „aus Seenot Geretteten“. Warum Seenotrettung mit einem Taxiservice Hunderte Kilometer nach Norden anstatt nur 12 Kilometer nach Süden erfolgen muss, kann ebenfalls niemand erklären. Außerdem sind Menschen, die sich einen Schlepper leisten können, mitnichten diejenigen, die

am meisten Hilfe benötigen, und jeder vor Ort eingesetzte Euro würde 50- oder 100-mal so viel bewirken wie in Deutschland. Aber das am Rande.

*(Beifall AfD)*

Statt klarer Benennung von Asylmissbrauch volles Bekenntnis zum zur Duldung weißgewaschenen Status der Berechtigung der Unberechtigten mit samt Einmischung in private Betriebe mittels verbindlicher Regelungen. Der Wirtschaft die eigene Regierungsideologie aufzwingen – großartige Idee! Alles schon mal da gewesen! Statt deutscher Leitkultur und Erwartungshaltung Integration als Bringschuld – Zitat – „interkulturelle Öffnung der Landesverwaltung und der politischen Entscheidungsprozesse.“ Ich bin ganz zuversichtlich, dass die Brandenburger begeistert sein werden, ihr Zusammenleben täglich neu aushandeln zu dürfen.

*(Beifall AfD)*

Statt endlich vollumfänglicher politischer Rückendeckung für Polizei und Rettungsdienste das angeblich bewährte System der interkulturellen Kompetenzvermittlung. Bewährt? – Die Realität sieht anders aus. Fragen Sie Polizeibeamte und Rettungskräfte vor Ort, schauen Sie sich die gestiegenen Zahlen der Angriffe auf Polizeibeamte und Feuerwehrleute in den Einsätzen an! Der Respekt vor der Ordnungsmacht sinkt und da werden Ihre Placebo-Maßnahmen sogenannter interkultureller Kompetenzvermittlung auch nicht helfen. Und da fragen Sie sich allen Ernstes, warum die Sicherheitskräfte in Scharen zur AfD überlaufen! Das wundert

mich überhaupt nicht, das hat etwas mit gesundem Menschenverstand derjenigen zu tun, die da draußen ausbaden müssen, was Sie hier drinnen verzapfen und beschließen.

*(Beifall AfD)*

Stattdessen wollen Sie die Polizei mit lächerlichen 250 Extrastellen abspeisen, 250 Stellen, deren Aufbau auch noch die ganze Legislaturperiode benötigt. Jetzt ist das aufzuräumen, was Rot-Rot mit großem Schwung kaputt gefrühstückt hat. Ich weiß, Sie haben das schon verdrängt, doch wir erinnern uns an die Polizeistrukturereform, die diese Situation erst verursacht hat, die jetzt ausgebügelt werden muss. Mit diesen 250 Extrastellen wird es kein Mehr an Sicherheit geben. Unter Mühen wird der Status quo gewahrt. Wir schauen dabei noch nicht auf diejenigen, die demnächst in Pension gehen. Da sieht es nämlich ähnlich düster wie bei den Lehrern aus.

*(Walter [DIE LINKE]: So ein Unsinn! Mann!)*

Aber eine angemessene Unterstützung dieser tragenden Säule unserer Allgemeinheit war ja auch kaum zu erwarten, wenn Grüne und Rote als parlamentarischer Arm linksextremer Steinewerfer und Polizeihasser in der Regierung sitzen.

*(Unruhe bei der Fraktion DIE LINKE – Walter [DIE LINKE]: So ein Unsinn!)*

Quo vadis, CDU? Was ist aus euch geworden?

*(Beifall AfD – Heiterkeit CDU)*

Außer einem bunten Reigen infantiler Anbiederungspolitik gegenüber der Bedrohung der Neuzeit im religiösen Gewand – ich rede nicht vom Islam, sondern vom Islamismus, um das ganz klar zu differenzieren – kommt hierzu nichts Reales. Da kommt mehr Geld für kommunale Integrationssimulation, für eine teilweise Begrenzung der Höchstunterbringungszeiten in Gemeinschaftsunterkünften; es kommen mehr sogenannte Beratungsangebote für sogenannte Flüchtlinge. Doch schauen Sie sich die realen Zahlen von Abbrechern von Sprachkursen einmal an! Es kommt das schnellere Anerkennen von ausländischen Abschlüssen. Das muss gar nicht schlecht sein, wenn es denn eine vernünftige qualitative Überprüfung gäbe. Doch wenn vom sogenannten Fachkräftemangel gesprochen wird, dürfen wir auch nicht vergessen – das wird ja ständig verschwiegen oder einfach negiert –, dass wir jedes Jahr 180 000 hochqualifizierte deutsche Fachkräfte durch Abwanderung in andere Länder verlieren. Wie aber begegnen Sie diesem Problem? Statt einer Bekämpfung der Asylklageflut, indem Sie an die Ursachen gehen, wird in lächerlicher Weise an den Symptomen herumgeeiert. 40 Stellen für die Justiz – das ist doch keine auskömmliche Ausstattung, wie Sie behauptet haben. Sie beschäftigen sich mit den Symptomen, nicht mit den Ursachen!

In der Bundesrepublik befinden sich ungefähr 700 000 nicht bleibeberechtigte Personen, die häufig illegal eingereist sind, über ihre Herkunft falsche Angaben gemacht haben und in vielen Fällen sogar Straftäter sind. Doch statt wenigstens die

Intensivierung von Abschiebung oder das Festsetzen dieser Personen voranzutreiben, sagt die Landesregierung: Abschiebehaft darf nur die Ultima Ratio sein. – Jetzt hat man eine Taskforce gegründet, getreu dem Motto: Wenn ich nicht mehr weiterweiß, gründe ich ´nen Arbeitskreis.

*(Unmut bei der Fraktion  
B90/GRÜNE)*

Nicht einmal eine eigene Abschiebeanstalt soll Brandenburg bekommen. Das ist eine derartige Minimalforderung, dass sie es sogar ins CDU-Programm geschafft hat. Man muss ganz klar sagen: Noch nicht einmal damit konnten Sie sich durchsetzen. Wie kann man sich eigentlich, werte Union, derart über den Tisch ziehen und als Feigenblättchen missbrauchen lassen für eine dezidiert rot-grüne Politik? Eigentlich müsste man „grün-rot“ sagen, denn das ist der Stempel, der gesessen hat. Chapeau! bei der Gelegenheit!

Knallhart setzt die Koalition stattdessen die Förderung der freiwilligen Rückkehr dagegen. Da werden die Betroffenen ja zittern – natürlich vor Freude. Durch die sperrangelweit offenen Grenzen kann man auch gleich mehrfach einreisen. Das ist so, als wenn ein Einbrecher, der in eine Wohnung eingedrungen ist, dafür bezahlt würde, dass er wieder geht. Sie schreiben: „Brandenburg braucht Zuwanderung, um ein wirtschaftlich und sozial erfolgreiches Land zu bleiben.“ Sie erhöhen damit Zuwanderung zu einer Grundvoraussetzung unseres Fortkommens. Sie meinen, durch den Rückgang des Erwerbsspersonenpotenzials würde die Rekrutierung von ausländischen Ar-

beitskräften wichtiger werden. Das würde auch gelten, wenn wir wie Australien oder Japan eine wirkliche Zuwanderung nach Bedarf betreiben würden, aber nicht bei einer Politik, die wie hierzulande hohe Pull-Faktoren für zukünftige Sozialfälle aufweist. Die Zahlen belegen das eindeutig. Andererseits werden durch hohe Abgabeleistungen Hochqualifizierte abgeschreckt, die die Option haben, in andere Länder zu gehen, wo die Steuerlast nicht so hoch und die Bürokratie nicht so ausgeprägt ist. Die Sozialleistungen mögen dort geringer sein, aber das interessiert Hochqualifizierte nicht. Trotzdem schürt die Koalition fleißig den Mythos des wirtschaftlichen Mehrwerts der Flüchtlingskatastrophe.

*(Domres [DIE LINKE]: Sag doch mal was zu Brandenburg, Mann!)*

Die Realität ist: Drei von vier Syrern leben von Hartz IV. Aber wenn man die Wahrheit ausspricht, ist es für Sie gleich Hetze, weil man Ihren politischen Vorstellungen nicht entspricht.

*(Zuruf von der SPD)*

Es gibt noch andere Möglichkeiten, dem Problem einer überalternden Bevölkerung beizukommen. Andere Staaten zeigen anschaulich, wie eine konsequente Politik zur Erhöhung der Geburtenrate aussehen kann. In Ungarn gibt es Ehegründungskredite in Höhe von rund 30 000 Euro, Frauen mit vier oder mehr Kindern müssen keine Einkommenssteuern mehr zahlen. Auch Russland hat effektive Maßnahmen zur Familienförderung eingesetzt, aber das ist hierzulande uninteressant. Wir haben in der letzten

Legislaturperiode auch ganz praktische Initiativen zur Familienförderung eingebracht: Den Antrag auf Senkung der Mehrwertsteuer für Kinderprodukte – als Initiative beim Bundesrat –, das Babywillkommendarlehen in Höhe von 25 000 Euro – das wollten Sie alles nicht haben. Wir haben ein Babystarterset für in Brandenburg geborene Kinder beantragt – das wollten Sie auch nicht haben. Wir haben die Wiedereinführung des Haushaltstages beantragt, drei Tage für Väter, drei Tage für Mütter, sechs Tage für Alleinerziehende – das wollten Sie – die Sie angeblich so sozial sind – auch nicht haben.

Gerade so konnte sich die Landesregierung noch zur Beitragsfreiheit für zwei weitere Kita-Jahre überwinden.

*(Stohn [SPD]: Lassen Sie mich raten: Das war auch von Ihnen!)*

Ein Witz, da die vollständige Beitragsfreiheit schon lange versprochen war!

Und dem Satz – ich habe das mehrfach nachgelesen – „Die Koalition will Familien umfangreiche Unterstützung anbieten“, folgt kein ordentlicher Maßnahmenkatalog. Da kommt gar nichts, nur die Förderung von Familienzentren – das war’s. Sicherlich keine falsche Idee, aber auch lächerlich wenig, und dann wird noch der Schwerpunkt gesetzt, dass diese Beratungseinrichtungen für Transkinder sensibilisiert werden sollen. Wieder Minderheitenfetischismus statt Familienpolitik in der Fläche. Das erinnert mich an das Zitat von Sigmar Gabriel, der irgendwann entsetzt feststellte, die SPD habe die Mehrheitsgesellschaft aus dem

Fokus verloren. Herzlichen Glückwunsch, liebe SPD, Sigmar Gabriel hat recht!

*(Beifall AfD)*

Von den ideologischen Untiefen grüner Politik zu ihrem Herzstück, der Klimaagenda: Nichts hat im Koalitionsvertrag eine derart herausgehobene Stellung. Im Infrastrukturbereich sollen, anstatt abgehängte Regionen durch gute Anbindung als Wirtschaftsstandort attraktiver zu machen, mit Bundesmitteln 30 Millionen Euro für Radwege ausgegeben werden. Das entspricht einem Drittel der übrigen Straßenmittel. Jedes Gesetz soll auf seine Klimatauglichkeit überprüft und die Windkraft soll ausgebaut werden. Auch die Stadtentwicklung ist hauptsächlich auf Klimafragen ausgerichtet. Selbst eigentlich sinnvolle Projekte wie die Wasserstoffforschung werden grünideologisch aufgeladen. 16 Millionen Euro lässt die Regierung für den Klimaschutzplan springen. Setzen wir diese Zahlen einmal ins Verhältnis zum Beispiel zur Polizei, können wir schon einiges darüber sagen, in welchem Verhältnis die Sicherheit der Bürger zum Weltsamartertum dieser Koalition steht.

Wind, Solar und Wasserkraft haben enorme Nachteile. Sie sind wegen der hohen Strompreise und des Verlusts unzähliger Arbeitsplätze nicht sozialverträglich. Wir erinnern uns noch daran, wie die Solartechnologie als großer Jobmotor angepriesen wurde. Das war Unsinn, hat sich in Luft aufgelöst, weil die Asiaten das irgendwann besser und wettbewerbsfähiger konnten. Genauso, was die Windkraft angeht: Jetzt stellt man plötzlich fest, dass man mit der Entsorgung

Probleme hat. Wer übernimmt da die Finanzierung? Alles unausgegoren!

Wirtschaftlich ist es auch nicht, und mit der Versorgungssicherheit – von der Sie sprachen, Herr Woidke –, die zu gewährleisten ist, ist es auch nicht weit her, wenn man den Strom nicht speichern kann. Die bisher einzige halbwegs realisierbare Möglichkeit, Strom aus regenerativen Energien zu speichern, sind Pumpspeicherkraftwerke. Die Speicherkapazität von gerade einmal 53 MW des neuen Batterieprojekts „Big Battery“ veranschaulicht, dass dies auf absehbare Zeit auch so bleiben wird. Pump- und Wasserkraftwerke sind auch alles andere als ökologisch. Nach Inbetriebnahme solcher sind Flüsse als Lebensadern unserer Ökosysteme häufig nicht wiederzuerkennen. Es gibt Probleme mit wichtigen Sedimentbewegungen, und ganze Fischpopulationen bzw. -arten werden ausgerottet.

Hinzu kommt der enorme Flächenverbrauch von Windkraft, der unsere letzten zusammenhängenden Waldgebiete bedroht, denn wir wissen: Wenn Sie – ich habe die Landesentwicklungspläne im Blick – am Ausbau der Windkraft in dieser Form festhalten, kann das nur mit Windkraft im Wald funktionieren. Anders wird es nicht gehen. Auch das Festhalten an der 1 000-Meter-Regelung ist eine Mogelpackung, weil wir wissen, dass es inzwischen Windräder gibt, die 130 Meter hoch sind, und dann bedeutete die 10H-Regelung einen Abstand von 1 300 Metern. Insofern ist das auch kein Fortschritt, sondern eher ein Rückschritt in der Praxis.

*(Beifall AfD)*

Es geht also um Klima gegen Naturschutz, und selbst bei vollständiger Akzeptanz wäre die einzige Möglichkeit für effektiven Klimaschutz, eine Politik zu betreiben, die den großen CO<sub>2</sub>-Emittierern als Vorbild dient. Das leisten volatile Energieträger nicht. Allein Chinas Steigerungsraten bei der Kohleverstromung liegen auf dem deutschen Gesamtniveau. Doch anstatt in wirklich innovationsorientierte Projekte zu investieren, zum Beispiel in die Erforschung von Fusionskraft und Dual-Fluid-Reaktoren, beschreitet die Landesregierung ideologisch blind weiter den deutschen Sonderweg der volatilen Energiewende. Herr Woidke sagte eben, wie unverzichtbar die Forschung in Brandenburg ist. Dann unterstützen Sie endlich derart wichtige Projekte in vollem Umfang, anstatt Geld für Windmühlen und pseudowissenschaftlichen Gender-Unsinn zu verschwenden! Es hilft auch nichts, dass sich Herr Woidke mit dem angeblichen Standortvorteil Ökostrom in Bezug auf Tesla brüstet, da jeder weiß, dass diese Ansiedlung nur durch massive Subventionen zustande kommt – wenn sie denn gelingt. Mein Optimismus, was Großprojekte im Land Brandenburg angeht, hält sich in engen Grenzen – das muss ich ehrlich sagen.

*(Beifall AfD – Zuruf von Ministerpräsident Dr. Woidke)*

Ich rede gar nicht mehr vom BER, das kann ohnehin keiner mehr hören.

*(Bretz [CDU]: Sie haben ja gar keinen Optimismus!)*

Wir reden vom Lausitzring, wir reden von CargoLifter – alle haben es noch in Erinnerung.

*(Ministerpräsident Dr. Woidke: Da waren Sie noch gar nicht hier!)*

Wir werden also sehen, was dabei herauskommt. Sollten es Arbeitsplätze für das Land Brandenburg sein, würden wir uns darüber freuen. – Nein, die sinnlose Zeche berappt natürlich der kleine Mann. So sieht moderne sozialdemokratische Politik aus. Das betrifft auch die CDU, da gibt es keinen Unterschied mehr.

In der Lausitz sei die „Skepsis mit Händen zu greifen“. Wer konnte das kommen sehen, nach dem rot-roten Dilettantismus der letzten Jahre? Aber dafür hat Herr Woidke ein neues Format entdeckt: den Bürgerdialog. Wenn man jetzt mit Menschen in der Lausitz spricht, dann sensibilisiert man sich vielleicht auch für die Probleme derer, die da leben und arbeiten und auch in Zukunft arbeiten wollen – völlig egal, ob man zur erfolgreichen Umsetzung dieser Versprechen geltende Naturgesetze überwinden müsste.

Sie sprachen außerdem das bereits erfolgte Herunterfahren von zwei Kraftwerksblöcken in Jänschwalde an: Davon sind schon 600 Menschen betroffen. Und dann sagten Sie dazu weiter – nichts.

*(Bretz [CDU]: So ein Stuss!)*

Das dürfte exemplarisch für die zukünftige Unterstützung der Lausitzbewohner sein. Die Demokratisierung der Erneuerbaren ist interessant. Würden Sie hier echten Entscheidungsspielraum zugestehen, würden Sie kein einziges Windrad mehr bauen, weil die Dinger

nämlich keiner vor seiner Haustür haben will und Brandenburg jetzt schon völlig verspargelt ist.

*(Beifall AfD – Domres [DIE LINKE]: Mann, Mann, Mann!)*

Herr Woidke sagt: Brandenburg wird seinen Beitrag zu den Zielen des Klimaabkommens leisten. Großartig! Da sind wir wohl die Einzigen. Die Frage ist, um welchen Preis – die Menschen müssen es ja bezahlen.

Zum Schluss noch die Bildungspolitik: Obwohl das Leistungsniveau seit Jahren fällt, wird die durch Radikalegalitarismus geprägte Ideologie auch hier gnadenlos fortgeführt. Totale Inklusion – völlig egal, ob förderungsbedürftige Kinder nicht mehr adäquat gefördert und leistungsstarke Schüler vernachlässigt werden –, Aushöhlung des Leistungsprinzips – symptomatisch hier die Abschaffung von Halbjahreszeugnissen und Ziffernoten in den unteren Jahrgangsstufen, ganz abgesehen von der nicht zielführenden Kompetenzorientierung –, dazu noch das eben erfolgte Bekenntnis zu noch mehr Quereinsteigern – Verbesserung der Unterrichtsqualität ade! Da nützen auch die ganzen schöngefärbten Plansoll-Übererfüllungsberichte nichts. Wenn ich mir das Bertolt-Brecht-Gymnasium in Brandenburg an der Havel anschau und dort einmal durchgehe, sehe ich, dass der Zustand einfach nur bedauerenswert ist, und da helfen auch die Luftschlösser, die Sie hier im parlamentarischen Glasturm bauen, nichts.

Angesichts all dessen nützt auch die erwähnte Digitalisierung nichts, über die ich mich freuen würde, wenn sie denn

einmal käme. Da ist in der letzten Legislaturperiode nicht viel passiert, in der vorletzten auch nicht – da gab es das Internet übrigens schon.

Dass Niveauabsenkung bei der Bildung der Kern linker Politik ist, weiß jeder, aber dass die Union hier munter mitmacht, ist bezeichnend. Sich in der Opposition als Verfechter einer bürgerlichen Bildungspolitik inszenieren und dann einen Vertrag unterschreiben, in dem das Wort „Gymnasium“ nicht einmal vorkommt – genau mein Humor!

*(Beifall AfD – Dr. Redmann [CDU]: Stimmt doch gar nicht! Was erzählen Sie denn für einen Quatsch?)*

Darauf, wie Sie die folgende Steigerung der Studienberechtigungsanzahlen mit der Stärkung der Ausbildung in Einklang bringen wollen, sind wir schon gespannt.

Alarmiert aufhorchen sollte jeder bei Herrn Woidkes Aussage bezüglich der Immunisierung gegen Demokratiefeinde durch gute Bildung. Wir wissen ganz genau, wer in den Augen von Rot, Dunkelrot und Grün Antidemokraten sein sollen. Das kennen wir alles von vor 89 – für die Menschen, die hier gelebt und das erlebt haben –: jeder, der nicht links ist.

*(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)*

Sie können es in noch so schöne Chiffren packen: Es bedeutet die Verabschiedung vom Beutelsbacher Konsens und ideologisierten Unterricht, den keiner wollen kann.

*(Bretz [CDU]: Kommt bei Ihnen auch mal Inhalt?)*

Zusammengefasst: Die Koalition betreibt eine Politik der kulturellen und sozialen Fragmentierung, die unsere Gesellschaft nicht voranbringt. Darunter wird die Demokratie, in der über Sachfragen abgestimmt werden muss, leiden. Eine Gesellschaft ohne Zusammenhalt und öffentliche Sicherheit wird die Folge sein. Das dritte Schlagwort – die Nachhaltigkeit – wird durch eine gegen den Naturschutz gerichtete und klimatisch wirkungslose Klimapolitik ad absurdum geführt. Außerdem werden die Zukunftschancen unserer Kinder durch eine katastrophale linke Bildungspolitik zerstört.

Natürlich darf auch das Bekenntnis zur Auflösung unseres Nationalstaats nicht fehlen – Stichwort EU –, ganz abgesehen von der absurden Gender-Ideologie. Fast schon zum Lachen ist die „geschlechtergerechte Haushaltsführung“. Abgerundet wird das noch vom totalitären Kampf gegen Rechts, der sich natürlich in der Hauptsache nicht gegen wirklich bekämpfungswerte extreme Bestrebungen richtet, sondern gegen einen parteipolitischen Konkurrenten, dem Sie mit Argumenten einfach nicht mehr beikommen. Das ist die Wahrheit.

*(Beifall AfD)*

Von den linken Parteien war das nicht anders zu erwarten. Die Union hat offensichtlich noch nicht genug gelitten, verrät das bürgerliche Lager endgültig und beweist so anschaulich, dass sie eventuell nicht mehr reformierbar ist. Das würde ich persönlich bedauern. Wenn Sie alle Inhalte über Bord werfen, ist natürlich auch klar, dass der Aufbau von Vertrauen



zu Ihren neuen Koalitionspartnern nicht sonderlich schwerfiel.

*(Bretz [CDU]: Das ist intellektueller Dünnschiss!)*

Das freut uns, da Sie uns hiermit das Alleinstellungsmerkmal als konservativ bürgerliche Volkspartei geben – vielen Dank. Mit der Unterschrift unter dieses Machwerk werden Sie noch mehr Wählern – und übrigens auch den eigenen Mitgliedern – die Augen öffnen.

Eine Gewinnerregion wird die Mark bei der konsequenten Umsetzung dieses Koalitionsvertrags, an der ich auch zweifele, nicht unbedingt. Da kommen mir eher Länder in den Sinn – diese Koalitionen haben ja solche Namen –: Kenia, Afghanistan, Simbabwe; je nachdem, wel-

che Farbe zuerst genannt wird – schön bunt, hört sich alles nicht stabil an. Stabilität hätte Brandenburg jenseits von farbenfrohen Versprechungen aber verdient. – Vielen Dank.

*(Beifall AfD)*

### **Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:**

Wir setzen die Aussprache fort. Das Wort hat der Abgeordnete Stohn von der SPD-Fraktion.

*(Bretz [CDU]: Herr Kalbitz, möge Ihnen der Weihnachtsmann Besinnlichkeit schenken! – Frau Bessin [AfD]: Sind Sie der Weihnachtsmann?)*



# Erik Stohn

Vorsitzender der SPD-Fraktion



Erik Stohn

**M**eine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Präsidentin! Werte Gäste! Was Sie in der letzten halben Stunde gehört haben, war viel schlechte Luft, viel Negatives, viel Polarisierung. Kommen wir doch einmal auf unser schönes Brandenburg zurück.

*(Beifall SPD, B90/GRÜNE sowie vereinzelt CDU)*

Wir reden heute über die nächsten fünf Jahre. Wir haben heute die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten gehört. Hier machen sich drei Fraktionen bzw. drei Parteien auf, die nicht den kleinsten gemeinsamen Nenner, nicht die Addition aller Positionen darstellen. Sie sind angetreten, um mit neuem Mut, neuer Kraft die Herausforderungen der Zukunft zu stemmen.

*(Dr. Berndt [AfD]: Amen!)*

Wir haben uns zusammengerauft, wir haben inhaltlich um die besten Lösungen und Ideen gerungen. Wir sind nicht den einfachen Weg gegangen, sondern haben uns auf einen gemeinsamen Weg verständigt; Formelkompromisse sind unseres nicht.

SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben unterschiedliche Erfahrungen und Ansichten eingebracht. Diese haben wir zusammengeführt und schlagen ein neues Kapitel für Brandenburg auf.

*(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)*

Und ja, es ist wahr: Koalitionen sind keine Liebesheiraten, sondern Bündnisse auf Zeit. Das Besondere an dieser Koalition ist aber, dass wir uns gemeinsam auf den Weg machen und Gegensätze überwinden wollen. Das will ich mit Blick auf den Zustand der Großen Koalition in Berlin auch sagen: An diese Stelle wollen wir nie kommen. Warum? Weil wir miteinander reden werden, anstatt übereinander zu klagen, weil wir nicht ans Mikrofon treten, sondern zum Telefonhörer greifen werden. Wir werden gemeinsam und mit offenen Herzen die Fragen, die die Menschen umtreiben, bearbeiten und lösen. Wir wollen Probleme bewältigen und sie nicht aufbauschen. Das ist in unseren Verhandlungen deutlich geworden: Wir

wollen keine kleinen Schritte gehen, sondern die Siebenmeilenstiefel anziehen, und keine Beruhigungspillen verteilen, sondern sinnvolle Verabredungen für die Zukunft unseres Landes treffen.

*(Beifall SPD)*

Das ist mit diesem Koalitionsvertrag auch gelungen. Er ist mutig, und es wird anstrengend, aber es wird auch spannend in den nächsten fünf Jahren.

Ich für meinen Teil kann versprechen, dass die unterschiedlichen Perspektiven immer erkennbar sein werden. SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden nicht zur Unkenntlichkeit verschmelzen.

*(Dr. Berndt [AfD]: Ach nee?)*

– Nein.

Und ich kann Ihnen sagen: Nicht jeder Tag der Verhandlungen war gleich schön und gleich einfach. Aber es ist uns gelungen, eine Vertrauensbasis aufzubauen. Die Verhandlungen haben gezeigt: Wir können auch schwierige und schwierigste Dinge miteinander besprechen und zu Verabredungen kommen.

*(Beifall SPD, B90/GRÜNE sowie vereinzelt CDU)*

Wir wollen Gegensätze überwinden und sozialen Fortschritt, ökonomische Vernunft und ökologische Nachhaltigkeit zu einer neuen Politik zusammenführen. Davon haben alle mehr.

*(Beifall SPD, B90/GRÜNE sowie vereinzelt CDU)*

Wir wollen Brandenburg zu einem Gewinnerland machen. Wer wird konkret gewinnen?

Pendler werden gewinnen. Sie werden leichter von A nach B kommen. Es wird längere Züge geben, die mehr Platz bieten. Die Züge werden häufiger fahren, weil wir die Takte verbessern. Sie werden auch schneller fahren, weil wir die Gleise ausbauen.

Und ja, auch Radfahrer werden gewinnen, weil wir die Ausgaben für Radwege deutlich erhöhen, alte Radwege sanieren, sodass man täglich mit dem Rad zur Arbeit fahren oder eben bei Ausflügen durch unser schönes Land reisen kann.

Familien in diesem Land werden gewinnen. Wir werden nämlich die Kitabeiträge abschaffen, damit Familien mehr Geld zur Verfügung haben. Familien werden ihre Kinder mit einem besseren Gefühl in die Kindergärten schicken,

*(Dr. Berndt [AfD]: Ach, wird das schön!)*

weil wir die Gruppen verkleinern werden und eine Erzieherin im Ergebnis mehr Zeit für die einzelnen Kinder und in diesem anspruchsvollen wie auch wundervollen Beruf weniger Stress haben wird.

*(Beifall SPD, B90/GRÜNE sowie vereinzelt CDU)*

Auch Kinder werden gewinnen. Wir bringen 400 Fachkräfte an die Schulen und bauen multiprofessionelle Teams auf, bestehend aus sozialen, pädagogischen Fachkräften sowie Verwaltungs- und IT-Fachkräften. Wir werden Teams an Schulen vor Ort unterstützen, die vor besonderen Herausforderungen stehen. Der

Aufbau dieser Teams wird auf der Grundlage von Sozialindikatoren erfolgen.

Und ja, auch Patientinnen und Patienten werden gewinnen, denn wenn man krank ist, braucht man schnell Hilfe, und die muss überall gewährleistet werden. Deswegen werden wir jedes Krankenhaus in Brandenburg erhalten.

*(Beifall SPD, B90/GRÜNE sowie vereinzelt CDU)*

Eine solide Grundversorgung muss es überall geben. Komplexe Leistungen werden wir an einzelnen Standorten konzentrieren. Und: Brandenburg wird künftig Medizinerinnen und Mediziner selbst ausbilden. Anfang der 90er-Jahre dachten wir noch: Es reicht, wenn eine große Stadt in der Mitte unseres Landes, nämlich Berlin, unsere Mediziner ausbildet. – Das war ein Trugschluss, daraus haben wir gelernt. Jetzt gründen wir eine eigene staatliche medizinische Fakultät und bekommen mehr Fachkräfte. Mit dem Brandenburg-Stipendium stellen wir auch sicher, dass sich genügend Ärztinnen und Ärzte in allen – auch unterversorgten – Regionen niederlassen. Denn wir unterstützen diejenigen, die sich schon während ihres Studiums bereiterklären, in diesen unterversorgten Regionen zu praktizieren.

Auch Mieter werden gewinnen. Wir haben es heute gelesen: Im Speckgürtel steigen die Mieten mittlerweile auf Berliner Niveau. Daher starten wir eine Wohnungsbauoffensive und nehmen dafür jährlich 100 Millionen Euro in die Hand. Wir werden die Arbeit im Bündnis für Wohnen fortsetzen und uns speziell auf

den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau konzentrieren.

*(Beifall SPD, B90/GRÜNE sowie vereinzelt CDU)*

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden auch profitieren und gewinnen. Wir werden die Tarifbindung in Brandenburg stärken.

*(Walter [DIE LINKE]: Ab wann?)*

Öffentliche Aufträge, also Aufträge aus der Hand aller Brandenburgerinnen und Brandenburger, sollen nur diejenigen erhalten, die auf Tarifniveau oder tarifähnlichem Niveau zahlen.

*(Frau Dannenberg und Walter [DIE LINKE]: Wann?)*

Außerdem werden wir den Mindestlohn, der ein sozialpolitischer Meilenstein war, armutsfest machen: Wer einen öffentlichen Auftrag erhalten will, muss seinen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mindestens 13 Euro pro Stunde zahlen. Auch im Bund werden wir uns für eine deutliche Erhöhung des allgemeinen Mindestlohns einsetzen.

*(Beifall SPD, B90/GRÜNE sowie vereinzelt CDU)*

Universitäten werden gewinnen. Wir werden deutlich mehr Geld für Hochschulen ausgeben, denn Brandenburg braucht die klügsten Köpfe. Jedes Jahr wird die Grundfinanzierung der Hochschulen um 5 Millionen Euro angehoben. Das heißt, am Ende der Legislaturperiode stehen insgesamt über 75 Millionen Euro mehr zur Verfügung als heute – für die Zukunft in Forschung und Wissenschaft.

Und, sehr verehrte Damen und Herren, auch der Rechtsstaat wird gewinnen. Durch eine bedarfs- und sachgerechte Ausstattung der Justiz werden Altverfahren abgebaut, Verfahren beschleunigt und der Generationswechsel eingeleitet.

*(Beifall SPD, B90/GRÜNE sowie vereinzelt CDU)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Feuerwehr wird gewinnen und damit wir alle. Es wird Geld für Fahrzeuge, moderne Wachen und Ausrüstung geben. Wir wissen: Es geht nicht nur um die Ausstattung, sondern Feuerwehrleute müssen auch fit gemacht und ausgebildet werden. Dafür müssen sie derzeit nach Eisenhüttenstadt; das ist für manche schwer erreichbar. Deswegen schaffen wir eine zweite Ausbildungsstätte für hauptamtliche und freiwillige Feuerwehrleute, um da Verbesserungen hinzubekommen.

*(Beifall SPD, B90/GRÜNE sowie vereinzelt CDU)*

Wir alle wissen um das Engagement von 40 000 ehrenamtlichen Feuerwehrkräften in diesem Land. Mit der Retterprämie erkennen wir die Leistung an und sagen denjenigen Danke, die immer für uns da sind und ins Feuer gehen, wenn andere dort herausgeholt werden wollen.

*(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)*

An dieser Stelle herzlichen Dank an unsere Rettungskräfte!

*(Beifall des Abgeordneten Domres [DIE LINKE])*

Auch Sportlerinnen und Sportler werden gewinnen. Wir investieren in Sportstätten, und Brandenburg bekommt eine neue Attraktion: Wir bauen das Haus des Sports für Spitzen- wie Breitensport. Die Bedingungen für die Aktiven werden also noch besser.

Auch die Landwirte gewinnen, und zwar im Ökolandbau wie auch im konventionellen Anbau. Wir wollen regionale Wertschöpfungsketten stärken, um mit kurzen Transportwegen die Umwelt zu schonen, faire Preise für die Erzeuger zu erzielen und gute Qualität und Frische für die Verbraucher zu garantieren. Beim Ökolandbau liegen wir bereits über dem Bundesdurchschnitt, aber wir wollen noch besser werden.

*(Beifall SPD und B90/GRÜNE sowie vereinzelt CDU)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch das Klima gewinnt.

*(Dr. Berndt [AfD]: Och, toll!)*

Der Klimaschutz wird der Schwerpunkt unserer Arbeit. Wir werden darauf achten, dass die Energieversorgung gesichert bleibt, dass die Menschen, die heute in der Energieregion Lausitz leben, auch in Zukunft eine gute Perspektive haben und dass Strom für die Menschen in ganz Brandenburg bezahlbar bleibt. Und ja, wir werden die Akzeptanz für Windkraft erhöhen. Dafür haben wir bereits in der vergangenen Legislaturperiode den sogenannten Windeuro eingeführt. Das heißt, dass 10 000 Euro pro Anlage und Jahr in den Kommunen, wo die Windräder stehen, ankommen und dort eingesetzt werden können. Das för-

dert die Akzeptanz der Windkraft. Außerdem halten wir am Abstand von 1 000 Metern zur Wohnbebauung fest. Das sind Beiträge zum Klimaschutz. Auch Klimaschutz geht nicht ohne soziale Akzeptanz bei den Menschen; das ist uns gewiss. Diesen Weg gehen wir also.

*(Beifall SPD und B90/GRÜNE sowie vereinzelt CDU)*

Alle in Brandenburg sollen gewinnen. Deshalb werden wir alle Regionen mit Glasfaser ausstatten und so ein schnelles Internetvergnügen bereiten. Das hilft Unternehmen, die darauf angewiesen sind, und hilft genauso Otto Normalverbraucher, der abends Netflix schauen oder die Weihnachtsgeschenke online bestellen will.

Menschen, denen die Stadt zu eng und zu laut ist, sollen bei uns einen Platz finden. Wohn- und Arbeitsorte sollen gut miteinander verbunden werden. Auch dazu braucht es ein gutes Netz; denn manche wollen an einigen Tagen auch von zu Hause arbeiten. Das ist, was meine Generation will, und das soll sie in Brandenburg finden.

Brandenburg ist attraktiv für früher Abgewanderte: Sie kehren zurück und wollen dort leben, sich niederlassen, wo sie einst groß geworden sind. Es ist eine selbstbewusste ostdeutsche Generation herangewachsen, die gut ausgebildet ist und ihren Beitrag leisten will. Sie alle sollen ihren Platz bei uns finden. Der Siedlungsstern rund um Berlin ist in den vergangenen Jahren größer geworden. Wir wollen die Zacken noch länger machen, die Strahlkraft soll erhöht werden – bis weit in den ländlichen Raum.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Brandenburg wird gewinnen. All diese Projekte und Maßnahmen bringen unser Land voran. Aber diese Entwicklung wollen wir jetzt beschleunigen – mit dem Zukunftsinvestitionsfonds.

*(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE – Dr. Berndt [AfD]: Oh!)*

Das ist zinspolitisch wie konjunkturpolitisch eine kluge Entscheidung, denn Brandenburg braucht Investitionen. Es geht nicht nur um das Decken von Bedarfen oder die Abkehr vom falschen Sparen oder Sparen auf Kosten der Infrastruktur. Ich glaube, es ist auch ein Beitrag zur Demokratie. Denn es ist die Antwort auf die Erwartung, dass alles jetzt, gleich, schnell, ja sofort passieren muss. Und ich habe die feste Erwartung, dass auch der Bund sich Brandenburg zum Vorbild nehmen wird.

*(Zuruf von der AfD)*

Denn es ist ja nicht nur die gemeinsame Empfehlung des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des BDI, sondern auch von vielen anderen. Ich glaube, dass dies der richtige Weg ist, um unser Land schneller in die Zukunft zu führen.

*(Beifall SPD und B90/GRÜNE sowie vereinzelt CDU)*

Wir werden das Miteinander stärken, um das Land insgesamt stärker zu machen. Wir wollen, dass Menschen einander begegnen und das Verständnis füreinander wächst. Ich möchte keine fragmentierte und individualisierte Gesellschaft, in der nur der Lauteste Recht be-

kommt. Ein altes Sprichwort sagt: Das schlechteste Rad am Karren ist meistens das lauteste.

*(Dr. Berndt [AfD]: Deswegen demonstrieren Sie mit der Antifa!)*

Hören Sie also auch den Leisen zu, geben Sie auch den Schwachen eine Stimme! Seien Sie offen für kluge Gedanken, machen Sie Politik für alle! Wir sind das Parlament für alle Brandenburgerinnen und Brandenburger.

*(Frau Dannenberg [DIE LINKE]: Es ist gut, dass es die Antifa gibt! – Frau Bessin [AfD]: Ach, das ist ja eine tolle Aussage!)*

– Würden Sie Ihren Dialog bitte in der Pause führen? – Vielen Dank.

Für die SPD gilt: Wir sind für alle in Brandenburg da – nicht nur für diejenigen, die uns gewählt haben. Das unterscheidet uns übrigens von einer anderen hier im Parlament vertretenen Partei.

*(Zuruf des Abgeordneten Dr. Berndt [AfD])*

Die ersten Tage haben es wieder deutlich gemacht: Sie haben nicht den Anspruch, Politik zu machen, Sie haben nicht den Anspruch, Probleme zu lösen. Nein, Sie bauschen Probleme auf, Sie schaffen Probleme und halten die Arbeit hier im Parlament auf,

*(Zuruf der Abgeordneten Duggen [AfD])*

zum Beispiel mit nicht enden wollenden Abstimmungen über immer wieder neue Personalvorschläge für das Amt eines überparteilich und neutral agierenden

Präsidiumsmitglieds: Sie machen keinen vernünftigen Vorschlag, schlagen keine Person vor, die wählbar ist oder sich auf den Straßen und Marktplätzen dieses Landes auch einmal für Zusammenhalt statt für Spaltung einsetzt.

*(Dr. Berndt [AfD]: Demokratie ist so anstrengend, Herr Stohn, nicht? – Keller [SPD]: Deswegen ist auch keiner da – wo sind denn Ihre Leute?!)*

– Man kann das so machen, aber dann macht man halt nichts für die Menschen, Herr Berndt, sondern nur für sich. Ich bin mir sicher, dass die Menschen im Land dieses Schauspiel auch durchschauen.

*(Dr. Berndt [AfD]: Das wollen wir mal sehen!)*

Wir machen Politik mit den Menschen und für alle Menschen.

Herr Kalbitz – was wundert es mich! – ist nicht da; also werde ich meine Redezeit auch nicht auf die ganzen Stöckchen verwenden, die er uns hingehalten hat.

*(Beifall SPD und B90/GRÜNE sowie vereinzelt CDU)*

Denn wir kennen die Methode: Stacheln und provozieren – und hinterher in die Kamera heulen! – Ach, jetzt weiß ich, was er macht.

*(Vereinzelt Heiterkeit)*

Das bringt unser Land nicht weiter. Wir wollen Menschen zusammenbringen und gesellschaftliche Konflikte lösen. Sie, die Konflikte entfachen und anheizen, werden in uns entschiedene Gegner finden.



*(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE  
sowie des Abgeordneten Domres  
[DIE LINKE])*

Brandenburg ist ein tolerantes Land. Die größten Herausforderungen, die uns aufgegeben wurden, haben wir immer im Miteinander bewältigt. Wir wissen um diese Stärke Brandenburgs. Unser Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke und die ihn tragende Fraktion setzen auf Zusammenhalt und wollen mit praktischen Verbesserungen den Lebensalltag der Menschen besser gestalten. Wir werden alles dafür tun, Brandenburg zu einem Gewinnerland zu machen.

*(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)*

Wir konzentrieren uns auf den Auftrag, den uns die Bürgerinnen und Bürger erteilt haben. Die Menschen erwarten, dass wir die Probleme lösen.

*(Dr. Berndt [AfD]: Von Ihnen nicht!)*

Unser Job ist es, den Rahmen dafür zu organisieren, dass Menschen ihre Talente entdecken und ausleben können, dass sie Familien gründen und ihren Enkeln einen lebenswerten Planeten hinterlassen. Wir wollen dafür sorgen, dass alle von ihrer Arbeit leben können,

*(Zuruf der Abgeordneten Duggen  
[AfD])*

am liebsten in tariflichen Beschäftigungsverhältnissen.

*(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE  
sowie des Abgeordneten Domres  
[DIE LINKE])*

Wir wollen dafür sorgen, dass mehr Menschen mit Bus und Bahn fahren können, um ihren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Wir wollen dafür sorgen, dass der Kohleausstieg begleitet wird, dass die Versorgungssicherheit erhalten bleibt und neue Perspektiven für die Menschen in der Region entstehen. Wir lassen uns nicht aufhalten und werden mit neuer Gestaltungskraft in diese Legislaturperiode gehen. Dabei geht unser Gestaltungsdrang über diese Legislaturperiode hinaus.

*(Dr. Berndt [AfD]: Um Gottes willen!)*

Der Kompromiss für die Strukturentwicklung in der Lausitz umfasst 20 Jahre und reicht bis ins Jahr 2038. Wir werden dafür sorgen, dass die Zeitschiene, wie sie im Kohlekompromiss verabredet ist, verlässlich eingehalten wird. Nur dann fassen Menschen Vertrauen und gewinnen Sicherheit. Im Jahr 2050 soll unser Land klimaneutral wirtschaften und leben. Das, liebe Kritiker, zeigt, welchen Ehrgeiz diese Koalition hat – weit mehr, als uns die linke Seite der Opposition attestiert. Sehr geehrte Kathrin Dannenberg, sehr geehrter Sebastian Walter, ich freue mich auf Ihre kritischen Beiträge, von denen wir in den vergangenen Tagen ja schon einiges hören durften. Und da gerade Weihnachtszeit ist, erlaube ich mir, einen Wunsch zu äußern.

*(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE:  
Weihnachtsstollen für alle! – Walter  
[DIE LINKE]: Von Frau Theiss! – Hei-  
terkeit DIE LINKE)*

– Das müssen Sie mit ihr selbst verabreden.

Ich habe den Wunsch, dass eure Beiträge von Sachlichkeit geprägt sind

*(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Immer!)*

und das Ziel haben, eure Ideen einzubringen. Denn auch eine Oppositionspartei hat zwar das Recht, alles zu diskreditieren, was von der Koalition kommt, auch gegen die eigenen Überzeugungen – siehe Zukunftsinvestitionsfonds. Doch wäre es nicht besser, wenn dieses Schauspiel nicht täglich aufgeführt würde?

Ich hoffe, dass Sie nicht immer nur das Haar in der Suppe suchen. Sie dürfen gern loben, wo Lob angebracht ist, und sollen dort kritisieren, wo Kritik nötig ist. Dann entsteht in diesem Parlament ein Ideenwettbewerb, der unserem Land hilft, der es voranbringt. Das wäre ostdeutscher Pragmatismus, und das würde Brandenburg gut zu Gesicht stehen.

*(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE – Frau Dannenberg  
[DIE LINKE]: Da klatscht die CDU!  
Ich lache mich kaputt!)*

Deswegen an dieser Stelle meinen herzlichen Glückwunsch an Kathrin Dannenberg und Sebastian Walter. Ich freue mich auf den Austausch. Wir werden

*(Walter [DIE LINKE]: Wir werden viel Spaß miteinander haben!)*

viel Spaß miteinander haben und uns mit euren Anträgen sachlich befassen sowie unseren Standpunkt dazu entwickeln und erläutern.

Nur in einem solidarischen Wettstreit um die besten Lösungen kann man die

Herausforderungen derzeit bewältigen – wie es gerade in der Lausitz passiert: Verschiedene Seiten setzen sich an einen Tisch und suchen einen gemeinsamen Weg. Das ist ein gutes Beispiel für Zusammenhalt in diesem Land.

In diesem Geist wurde diese Koalition ausgehandelt und beschlossen. Diese Koalition ist auch Ausdruck des Wählerwillens der Brandenburgerinnen und Brandenburger. Das Signal dabei lautet: Arbeitet zusammen und macht das Beste daraus! – Das werden wir tun.

Liebe Freie Wähler, Sie haben angekündigt, die Straße ins Parlament tragen zu wollen. Ich hoffe aber auch, dass Sie das Parlament auf die Straße tragen. Wir jedenfalls werden das tun. Wir sind ein offenes Parlament und öffnen unsere Türen. Wir suchen das Gespräch mit unseren Gästen und hören zu. Wir werden aber auch hinausgehen – mehr als in der Vergangenheit. Mit mir als Vorsitzendem der SPD-Fraktion werden wir unterwegs sein. Wir werden eine Fraktion sein, die das Gespräch sucht, Beschlüsse erläutert und genauer nachfragt. Meine Fraktion besteht nur aus direkt gewählten Abgeordneten. Das zeigt, wie stark verankert die SPD-Abgeordneten in ihren Regionen sind.

*(Frau Bessin [AfD]: Das zeigt, wie stark die SPD geschrumpft ist!)*

Da, wo wir jedoch nicht gewonnen haben, wo wir keine Direktmandate gewinnen konnten, werden wir stärker als zuvor unterwegs sein. Denn das ist die logische Konsequenz aus dem, was ich gesagt habe: Wir machen Politik für ganz

Brandenburg, für jede Region und für alle Menschen.

*(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)*

Wir Brandenburgerinnen und Brandenburger können mit einigem Stolz darauf zurückblicken und sehen, was wir in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten erreicht haben. Der Zusammenhalt war dabei immer unsere größte Stärke. Das Miteinander und die Bereitschaft, sich neu aufzumachen, etwas zu wagen, ist doch das, was uns heute weiterbringt, damit in 30 Jahren die Brandenburgerinnen und Brandenburger sagen können: Ihr habt damals die Weichen richtig gestellt und unser Land auf einem sicheren, auf einem soliden Kurs gehalten; beherzt und ohne Übermut, mit dem Sinn für das Machbare, dem Gespür, dass jede Veränderung neue Sicherheiten stiften muss, mit dem Willen zur Erneuerung, ohne Be-

währtes aufzugeben. – Das ist unser Auftrag aus der Landtagswahl. Dem stellen wir uns. – Vielen Dank.

*(Starker Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)*

### **Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:**

Meine Damen und Herren, von der Abgeordneten Bessin wurde eine Kurzintervention angezeigt. Dazu muss ich jetzt auf § 29 Abs. 7 unserer Geschäftsordnung verweisen. Dort heißt es:

„Während der Fragestunde sowie einer Regierungserklärung sind Fragen zu einem Redebeitrag sowie Kurzinterventionen nicht zulässig.“

*(Vereinzelt Beifall SPD)*

Das Wort hat der Abgeordnete Walter für die Fraktion DIE LINKE.



# Sebastian Walter

Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE



Sebastian Walter

**S**ehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Lieber Herr Stohn, ich musste mir nach Ihrer Rede gerade noch die Freudentränen wegwischen.

*(Stohn [SPD]: Es freut mich, Sie gerührt zu haben!)*

– Ja, ich sage Ihnen, Sie haben mich gerade an der Stelle zu Tränen gerührt, als Sie von Schauspielerei geredet haben. Also der Schauspieler, der hier die Märchen erzählt, waren heute leider Sie. Aber so ist es.

*(Beifall DIE LINKE sowie vereinzelt AfD)*

– Ihren Applaus brauche ich ganz sicher nicht.

*(Lachen bei der AfD)*

Sehr geehrter Herr Woidke, was Ihre neue Koalition angeht, so sprechen Sie sich selbst schon ziemlich viel Mut zu, auffällig viel Mut zu.

Übrigens schön, dass Sie alle schon so miteinander lachen können. Das ist ja wichtig.

*(Stohn [SPD]: Es ist ja auch bald Weihnachten!)*

Hoffen wir also, dass auch die Menschen in Brandenburg in den vor uns liegenden Jahren viel zu lachen haben.

Herr Ministerpräsident, Sie haben viel und lange geredet, aber kaum etwas Konkretes gesagt. Wie sieht Brandenburg Ihrer Rede zufolge aus, Herr Ministerpräsident? – Man könnte es auf den Punkt bringen: Brandenburg goes to heaven, weil Tesla nicht nur nach Grünheide kommt, sondern auch zum Mars mit eigener Rakete fliegt. Aber der Mars ist weit weg. Das Leben ist hier auf Erden, jeden Tag.

Sie sprechen von Gewinnerregionen – viele schöne Worte –, aber wer sollen die Gewinnerinnen und Gewinner sein, Herr Woidke?

Sie reden einerseits von den klügsten und engagiertesten Menschen aus ganz Deutschland, aus ganz Europa und am besten aus der ganzen Welt, die nach Brandenburg kommen sollen, und andererseits von vor allem älteren Ostdeutschen, die in ihrem Leben mit Brüchen fertigwerden mussten und nun skeptisch

gegenüber Veränderungen sind. Was aber bieten Sie diesen Menschen?

Man hat den Eindruck, „Gewinnerregion“ wird eher zur Beschwörungsformel für Tesla-Tanz im märkischen Sand. Sie zitieren hier Gewinnerregionen. Sie sagen, die „Gewinnerregion“ ist ein Wort, das man nicht leichtfertig in die Welt setzt. Dazu braucht es Mut und Zuversicht, und das Wichtigste ist Vertrauen. – Sie wollten eigentlich sagen, dass diese Marktwirtschaft aus Sicht der Landesregierung etwas sozialer sein könnte. Aber nicht einmal diesen Satz haben Sie gesagt. Sie haben nicht einen einzigen Satz zur sozialen Situation in diesem Land gesagt, obwohl die Probleme so groß sind.

*(Beifall DIE LINKE)*

Dann haben Sie gesagt: Brandenburg, da will ich hin, denn da kann man Zukunft gestalten.

Herr Woidke, Sie redeten davon, dass Sie viel im Land unterwegs waren und noch mehr unterwegs sein wollen. Na, dann machen wir uns beide einmal gemeinsam auf eine Reise. Als Erstes gehen wir in meine Autowerkstatt, wo wir den Kfz-Mechaniker treffen, der in zwei Jahren in Rente geht. Wenn der „Gewinnerregion“ hört, dann denkt er an blühende Landschaften, dann denkt er an Treuhand und dann denkt er an seinen Rentenbescheid, der ihm 560 Euro im Monat voraussagt. Er wird Sie fragen, ob Sie überhaupt wissen, wie es sich anfühlt, nach 40 Jahren harter Arbeit eine solche Klatsche von der Rentenversicherung zu bekommen. Dann schaut er erstaunt und neidvoll auf Tesla. Denn er will seit fünf Jahren eine kleine Nebenhalle bauen und

wartet seitdem auf eine Genehmigung. Keiner, keine Taskforce hilft ihm, ihm nicht und vielen anderen auch nicht, aber dem mächtigen Tesla-Konzern, der anders als mein Kfz-Mechaniker bisher nicht einen einzigen Cent Steuern gezahlt und auch nicht einen Arbeitsplatz geschaffen hat.

Ich sage Ihnen ganz deutlich – ich will nicht, dass Sie mich an der Stelle missverstehen –: Natürlich begrüßen wir eine solche große Investition.

*(Dr. Redmann [CDU]: Ach ja!)*

Diese Investition ist übrigens nicht vom Himmel gefallen, und Herr Musk hat nicht darauf gewartet, dass Herr Redmann mit seiner Fraktion mit in die Landesregierung kommt,

*(Heiterkeit und Beifall DIE LINKE)*

sondern diese Investition von Tesla ist natürlich auch Ergebnis von rot-roter Politik in den letzten Jahren.

*(Lachen bei SPD und CDU – Dr. Redmann [CDU]: Ach nee!)*

– Na, zumindest von linker Politik. Dass die SPD lacht, ist auch klar.

*(Beifall DIE LINKE – Bretz [CDU]: Und der Rentenbescheid?)*

Wissen Sie, was jetzt der Unterschied ist? – Der Unterschied, Herr Bretz, ist, dass zumindest wir deutlich machen werden, dass Herr Musk nicht denken soll, dass Brandenburg hier zum wilden Osten wird und er hier wilder Osten spielen kann. Arbeitsplätze darf es nur noch mit guten Löhnen und guten Arbeitsbedingungen geben – anders als bei ihm zu

Hause. Dafür tragen wir alle hier direkt Verantwortung.

*(Beifall DIE LINKE – Zuruf des Abgeordneten Stohn [SPD])*

Herr Stohn, ich nehme Sie auch gern mit. Dann fahren wir jetzt also mit Herrn Stohn und Herrn Woidke gemeinsam nach Frankfurt (Oder). Da treffen wir die alleinerziehende Mutter mit zwei Kindern, einem vier Jahre alten Kind und einem acht Jahre alten Kind. Sie arbeitet dort im Callcenter.

*(Bretz [CDU]: Ist Herr Wilke auch dabei?)*

Diese junge Mutter hat Sie gewählt, Herr Woidke. Wissen Sie, warum? – Weil Sie, Herr Woidke, und Ihre SPD – erstens – kostenlose KITAS und – zweitens – kostenloses Mittagessen an den Schulen versprochen haben. Was sagen Sie dieser Frau jetzt? – Kostenlose KITAS, vielleicht in ein paar Jahren, vielleicht in nur einem Jahr. Einmal schauen. Mittagessen? – Fehlanzeige. Aber kein Problem, denn dafür gibt es ja jetzt Noten in den Klassen 1 und 2. – Herzlichen Glückwunsch!

*(Heiterkeit der Abgeordneten Dannenberg [DIE LINKE])*

Davon wird zwar kein Kind satt, aber die CDU kann lachen. Glückwunsch!

*(Beifall DIE LINKE)*

Diese Mutter wird Sie fragen, Herr Ministerpräsident, ob Sie wissen, wie es sich anfühlt, wenn man den Briefkasten aus Angst nicht mehr aufmachen will, weil darin sowieso nur noch Mahnungen

und Rechnungen sind, die sie nicht bezahlen kann. Davon, Herr Ministerpräsident, gibt es Tausende in diesem Land. Was haben Sie denen zu sagen?

Nun betrachten wir meinen Neffen:

Der ist jetzt 15 Jahre alt und hört Ihren Satz, dass man hier Zukunft gestalten könne. Dann schaut er sich die Zukunft einmal konkret an, will hier in Brandenburg eine Ausbildung oder ein Studium absolvieren. Seine Freunde in Westdeutschland lachen, weil die für denselben Beruf, den er ergreifen will, monatlich 600 Euro brutto mehr bekommen. Dann hört er im Radio, dass BASF in Brandenburg investieren könnte – was wir auch begrüßen –, aber die Begründung lässt ihn tatsächlich zweifeln. Denn die Begründung, die wir zumindest gestern lesen konnten, lautete, dass man nach Brandenburg kommen könne, weil es hier für den Konzern geringere Lohnkosten als in Westdeutschland geben werde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Reklame für das Billiglohnland Brandenburg hatten wir doch schon einmal. Das hat uns in soziale Schieflagen geführt. Das hatten wir 10 Jahre lang, als es die sogenannte Große Koalition aus SPD und CDU hier gab. Ich habe gehofft, die SPD hätte daraus gelernt. Ich hoffe, es bleibt dabei: Machen Sie keine Reklame für Billiglohnpolitik, lassen Sie die CDU erzählen, aber bleiben Sie dabei: Wir brauchen gute Löhne in diesem Land, und nicht erst nächstes oder übernächstes Jahr, sondern möglichst schnell.

*(Beifall DIE LINKE – Zuruf von der AfD: Was haben die Gewerkschaften 30 Jahre lang getan?)*

Es ist eben nicht so, lieber Herr Ministerpräsident, dass die Zeiten der schlechten Löhne vorbei sind. Immer noch arbeitet jeder dritte Brandenburger im Niedriglohnbereich, jeder zweite junge Mensch arbeitet befristet. Das sind auch Tausende, und was sagen Sie denen?

Ich sage Ihnen einmal, was ich dazu in Ihrer Rede lese. Sie reden von Zusammenhalt, Sicherheit und Nachhaltigkeit. Und wo ist die Gerechtigkeit?

*(Stohn [SPD]: Das ist miteinander verknüpft!)*

Wo ist die Gerechtigkeit, lieber Herr Stohn?

*(Raschke [B90/GRÜNE]: Die entsteht aus der Verbindung!)*

Lieber Herr Woidke, in Ihrer Rede kommt das Wort ganze drei Mal vor, und auch nur in Bezug auf Finanzpolitik. Chancengerechtigkeit nennen Sie auch an einer Stelle. Sie behaupten, Sie hätten eine Vielzahl von Vorhaben, Maßnahmen, Projekten und Ideen – die hätte ich übrigens heute gern gehört –, aber wenn es um konkrete Maßnahmen geht, nennen Sie an allererster Stelle die Neuverschuldung in Höhe von 1 Milliarde Euro. Das ist schon bemerkenswert. Und dann sagen Sie, dass das kein Widerspruch zu nachhaltiger Finanzpolitik sei.

Lieber Herr Woidke! Unser ehemaliger Finanzminister, Christian Görke, hat nicht ohne Widerstand in den letzten 10 Jahren fast 1 Milliarde Euro an Schulden abgebaut. Und nach 10 Jahren haben Sie keine neue Idee? Sie setzen sich tatsächlich am Ende Ihrer Koalitionsverhandlungen zusammen, und dann

kommt der Vorschlag: Wir machen mal ein Investitionspaket im Umfang von 1 Milliarde Euro. – Das hatten wir schon im letzten Plenum. Und Sie haben bis heute kein konkretes Projekt genannt, was tatsächlich zusätzlich ist.

*(Beifall DIE LINKE – Dr. Redmann [CDU]: Sie müssen zuhören!)*

Deshalb sage ich Ihnen ganz deutlich: Dieses Projekt zeigt doch Ihre Ideenlosigkeit für dieses Land. Und was soll denn der Zukunftsinvestitionsfonds bringen?

*(Bretz [CDU]: Das sagen wir Ihnen!)*

– Herr Woidke hat es mir ja schon gesagt, Herr Bretz. Hören Sie einmal zu, wenn Sie auch vorhin nicht zugehört haben: Das kommunale Investitionsprogramm soll davon finanziert werden. Das hat Herr Woidke heute gesagt. Hatten wir das nicht schon in der letzten Legislaturperiode?

*(Bretz [CDU]: Er hat von einem KIP II gesprochen!)*

Haben wir es nicht schon? Was ist denn an dieser Stelle tatsächlich zusätzlich?

*(Bretz [CDU]: KIP III!)*

– Es wird ja noch besser, Herr Bretz, ganz ruhig. – Das nächste Beispiel ist: Was soll aus diesem Zukunftsinvestitionsprogramm an Zusätzlichem finanziert werden, etwas, das dieses Land nach vorne bringt, damit die Märchen, die Herr Stohn erzählt, auch tatsächlich wahr werden?

Was kommt als Nächstes? Die Kofinanzierung von Bundesmitteln. Ver-



dammt kreativ, liebe Koalition, wirklich.  
Herzlichen Glückwunsch!

*(Beifall DIE LINKE – Dr. Redmann  
[CDU]: Das habt ihr doch damals  
nicht hinbekommen!)*

Dann sagt Herr Woidke, er will Funklöcher schließen. Das Programm, auf das er sich bezieht, ist übrigens aus der letzten Legislaturperiode. Also, auch da wird es keine Finanzierung geben.

*(Zuruf von der SPD)*

Und Herr Woidke, Sie und auch viele andere Parteien haben oft genug, auch im Wahlkampf, gesagt – und das wissen Sie auch –: Wir können noch 1 Milliarde für neue Funkmasten ausgeben. – Obwohl das gar nicht unser Job ist. Wir machen den Job von privaten Konzernen, die 20 Milliarden Euro Umsatz machen; mit zwei Dritteln Kofinanzierung bauen wir denen die Funkmasten: um das Mobilfunkproblem in diesem Land zu lösen, damit Herr Stohn auf dem Handy Netflix bekommt, damit die Leute besser bei Amazon ihre Geschenke bestellen können – wobei ich besser fände, wenn Sie nicht bei Amazon bestellten, sondern vor Ort einkaufen gingen, Herr Stohn.

*(Beifall DIE LINKE)*

Das Einzige, was tatsächlich helfen würde, wäre das nationale Roaming. Ich möchte Ihnen das erklären, vielleicht nehmen Sie es mit, Herr Stohn, das wäre eine Idee von uns, auch Herr Woidke hat es im Wahlkampf öfter erwähnt.

*(Stohn [SPD]: Das ist nicht Ihre Idee!)*

– Na, das ist doch gut, dann setzen Sie sie um! Lassen Sie es mich trotzdem erklären, vielleicht hilft das ja noch: Sie sind D1-Kunde. Und dann sind Sie irgendwo, wollen Netflix gucken und sehen: Ich habe keinen Empfang. – Gleichzeitig ist es aber so, dass Sie mit dem D2-Netz Netflix empfangen könnten.

*(Stohn [SPD]: Das ist wieder ein ganz anderes Problem!)*

Was könnten wir tun? Wir könnten dafür sorgen, dass die Konzerne endlich ihre Verantwortung wahrnehmen – was in Osteuropa überall möglich ist. Wissen Sie, was die machen? Die verpflichten die Konzerne, dass sie auch Kunden anderer Netze dieses Netz zur Verfügung stellen. Wenn Sie das endlich machen würden, hätte das etwas mit Mut zu tun.

*(Beifall DIE LINKE – Kalbitz [AfD]: Wo wart ihr in den letzten fünf Jahren?)*

Nicht ideenreich ist übrigens auch der Koalitionsvertrag. Ich verstehe es ja. Sie sagen, Sie haben die schnellste Koalitionsvereinbarung geschafft usw. usf. Am Ende gab es Smoothies, das war auch schön zu sehen.

*(Zuruf von der CDU)*

– Nein, tatsächlich gar nicht. – Aber ich sage Ihnen: Ideenreich ist der Koalitionsvertrag nicht, denn immer dort, wo es konkret wurde, gibt es Prüfaufträge – 55 Prüfaufträge. Entschuldigen Sie bitte, wissen Sie, was ich heute eigentlich erwartet habe? Aber wenn man sich die 55 Prüfaufträge anschaut, wundert es einen ja auch nicht. Sie kriegen es ja nicht einmal fertig, ein 100-Tage-Pro-

gramm aufzuschreiben, in dem Sie all Ihre Ideen und erste Schritte mal ganz konkret formulieren. Das würde uns doch schon reichen, da würden wir Sie auch gern unterstützen. Aber Sie bauen hier jahrelange Wunschkonzerte auf, und wir werden in fünf Jahren hier sitzen und sagen: Oh, wir haben 1 Milliarde Euro mehr Neuschulden, aber wirklich passiert ist hier nichts.

Sie haben also nicht einmal ein 100-Tage-Programm auf die Reihe bekommen, sondern Sie haben zu prüfende Maßnahmen und einen bunten Dschungel aus Strategien. Herzlichen Glückwunsch, liebe Kenia-Koalition!

*(Zuruf des Abgeordneten Dr. Redmann [CDU])*

Diese Koalition wird eben nicht dem gerecht, was nötig ist.

Viele Menschen lesen jeden Tag, was Sie ihnen sagen, Herr Ministerpräsident: dass die Arbeitslosigkeit so gering wie nie ist, dass die Renten steigen und jetzt Investitionen wie nie in das Land fließen. Ja, die Statistiken sind gut, aber das Leben ist eben immer konkret. Und da gibt es noch viel zu viele Menschen, die in den Überschriften und Ihren Statistiken offensichtlich nicht vorkommen. Das ist die Wahrheit, und das muss man hier auch deutlich sagen.

*(Beifall DIE LINKE)*

Sie erklären der alleinerziehenden Mutter, dem vor der Rente stehenden Kfz-Mechaniker und meinem Neffen, dass sie Lebensmittel nicht mehr billig bekommen. Richtig, wir wollen nicht, dass die Landwirtschaft wegen der nied-

rigen Preise kaputtgeht. Aber dann müssen wir auch dafür sorgen, dass mein Neffe, der Kfz-Mechaniker mit rund 560 Euro Rente und die alleinerziehende Mutter tatsächlich das Geld haben, um es ordentlich zu investieren, um gute Lebensmittel zu kaufen und dabei nicht ein neues Finanzproblem zu bekommen.

*(Beifall DIE LINKE)*

Ich sage Ihnen ganz ehrlich, ich habe das Gefühl, dass Sie deren Verbitterung, Enttäuschung und Sorgen nicht hören.

Sie haben von einem Rauschen in der Leitung gesprochen. Sie haben von Sendern und Empfängern in der brandenburgischen Politik geredet, die derzeit anscheinend nicht oder zu wenig zusammenkommen. Aber wissen Sie, Herr Woidke, Sie gehen dabei davon aus, dass es die Bürgerinnen und Bürger sind, die durch dieses Rauschen die Politik nicht richtig wahrnehmen. Ich denke, es ist umgekehrt: Sie sind es, der durch das Rauschen die Bürgerinnen und Bürger nicht richtig wahrnimmt. Das Rauschen liegt bei Ihnen, Herr Woidke.

Das ist die Lage, wenn man über Kommunikationsprobleme in der brandenburgischen Politik spricht. Es rauscht eben jetzt schon so einiges an dieser sogenannten Kenia-Koalition vorbei. Das Wahlergebnis vom 1. September ist ja nicht deswegen so ausgefallen, wie es ausgefallen ist, weil die Wählerinnen und Wähler endlich eine Koalition haben wollten, wo drei Partner viel miteinander lachen können,

*(Vereinzelt Beifall DIE LINKE)*

oder weil es die AfD gibt.

*(Zuruf von der AfD: Sondern?)*

Wir alle, meine Damen und Herren von SPD, CDU und Grünen, haben doch eine Lehre erteilt bekommen. Wir alle müssen doch lernen, dass unsere bisherige Politik nicht auf der Höhe der Zeit ist,

*(Beifall AfD)*

dass sie eben nicht die Gewissheit vermittelt – bleiben Sie mal ganz entspannt, zu Ihnen komme ich gleich noch –, dass man damit die Anforderungen von heute und morgen packt und der Zukunft gerecht wird, dass Politik in dem Stil, wie wir sie bisher gemacht haben, kein Vertrauen schafft. Das ist doch das Problem und nicht, dass die Leute zurück in Mief und völkischen Aberwitz

*(Lachen bei der AfD)*

oder in die 30er-Jahre wollen.

Wir als Linke haben jedenfalls begonnen, daraus unsere Lehren zu ziehen. Menschen glauben nicht, dass es in ihrem Interesse vorangehen wird, dass es anders wird als bisher. Deswegen mauern sie sich ein. Wir müssen ihnen wieder Sicherheit geben, Dinge ansprechen, die 10 Jahre nicht angesprochen worden sind. Klare Kante heißt: die wirklichen Probleme ansprechen. Was vor uns liegt, wird nur funktionieren, wenn es Sicherheit gibt – wie Herr Woidke gesagt hat –, aber vor allem soziale Sicherheit, und die muss konkret sein und darf nicht irgendwo in der Zukunft liegen.

*(Beifall DIE LINKE)*

Was schlussfolgern wir daraus? Wir schlussfolgern daraus, dass wir einen

handlungsfähigen Staat brauchen, was die Rückerlangung des Öffentlichen bedeutet – nicht mehr und nicht weniger. Auch Sie alle müssen doch sehen – egal ob bei den Funkmasten, der Krankenhausversorgung, bei den Bussen, beim Straßenbau –, dass der Spruch „Der Markt regelt alles!“ schon lange nicht mehr trägt. Der Markt regelt doch nur eines: Die Profite von ganz wenigen auf Kosten ganz vieler. Das sehen wir jeden Tag in den Pflegeheimen in diesem Land, das sehen wir jeden Tag in den Krankenhäusern in diesem Land und auch in Kultureinrichtungen dieses Landes.

*(Beifall DIE LINKE)*

Wenn wir auf die dynamischen Entwicklungen und den Wandel, den Herr Woidke angesprochen hat, reagieren wollen, müssen wir die Frage stellen: Wem gehört das Land? Es gibt Bereiche, mit denen darf man keinen Profit machen, weder mit Gesundheit noch mit Bussen, Bahnen oder Wohnen. Wir müssen die Dinge wieder selbst in die Hand nehmen, um Zukunft gestalten zu können, um sie in allen Regionen zu sichern. Öffentliche Daseinsvorsorge sichert man nicht mit Regionalbeauftragten, denen man 100 000 Euro in den Koffer packt und die dann einmal im Jahr herumlaufen und irgendwelche Vereine glücklich machen, sondern öffentliche Daseinsvorsorge in allen Regionen sichert man dadurch, dass man sie selbst in die Hand nimmt und das auch ordentlich ausfinanziert.

*(Beifall DIE LINKE)*

Wir unterstützen Sie dabei, wenn Sie die Dinge ernsthaft selbst in die Hand

nehmen und sich auch sicher sind, dass wir das können. An dieser Stelle helfen auch keine Überschriften, sondern hilft nur handlungsfähige Politik. Dazu, Herr Woidke, bräuchte man Mut und störungsfreie Leitungen.

Wenn es um diese wirklichen Dinge geht, können wir auch gerne zusammenarbeiten, aber nicht so, wie Sie es heute in Ihrer Rede dargestellt haben. Ich kann verstehen, dass Sie die Leute im Land motivieren wollen. Das können und wollen wir unterstützen. Aber es fehlt uns an konkreten Projekten an der richtigen Stelle mit wirklich sozialer Substanz. Das ist ziemlich schade und eigentlich gar nicht zum Lachen.

Sie appellieren viel, benennen Absichten, aber dann kommt erst einmal eine Weile nichts und dann etwas Dünnes, Überschriften, unter denen bereits nach einer Woche immer weniger steht, dafür immer mehr Fragezeichen. Ich habe am Anfang gedacht – auch bei Tesla und auch bei anderen Bereichen –, dass Sie die Karten, die Sie in der Hand haben, einfach nicht auf den Tisch legen wollen, weil Sie noch Geheimverhandlungen führen oder andere Dinge. Das könnte ich verstehen, das hat etwas mit seriöser Politik zu tun. Aber ich habe immer mehr das Gefühl, Sie haben gar keine Karten in der Hand.

*(Beifall der Abgeordneten Johlige  
[DIE LINKE])*

Ich kann nur hoffen, dass Sie noch ein paar Asse im Ärmel haben; denn sonst enttäuschen Sie Hoffnungen, und das wollen wir hier alle nicht.

*(Beifall DIE LINKE)*

Gestern konnten wir erleben, dass es mittlerweile so viele Investitionsankündigungen gibt wie noch nie. Das ist tatsächlich spannend. Es sind so viele Investitionen, dass nicht einmal in Ihrer Regierung klar ist, wer sich denn nun als Erster damit brüsten kann. Fangen Sie mit konkreter Politik an und hören Sie mit diesen ganzen PR-Kampagnen der letzten Woche und auch der von heute endlich auf! Die Jagd nach Überschriften hilft niemandem in diesem Land. Das haben wir tatsächlich in den letzten Jahren, als wir noch gemeinsam in einer Koalition waren, deutlich anders gemacht.

*(Zuruf des Abgeordneten Stohn  
[SPD])*

Ich sage Ihnen auch: Wir könnten auch anders in diesem Land. Die Leute warten seit dreißig Jahren auf gerechte Löhne und auf Anerkennung.

*(Zuruf von der AfD)*

Wir könnten jetzt ... Davon haben Sie keine Ahnung, bleiben Sie mal ganz entspannt.

*(Weitere Zurufe von der AfD)*

– Ja, Ihr Fraktionsvorsitzender war da noch in Bayern. Also: Jetzt könnten wir ...

*(Zurufe von der AfD)*

– Ich rede nicht mit Nazis.

*(Gelächter bei der AfD – Frau Bessin  
[AfD]: Wir auch nicht!)*

Ich sage Ihnen deutlich: Wir könnten jetzt die Tarifreuegulation einführen. Jetzt! Dafür brauchen wir nicht zwei

Jahre Planung. Das machen andere Bundesländer auch. Wir könnten jetzt den Vergabemindestlohn auf 13 Euro erhöhen. Wir könnten jetzt dafür sorgen, dass die Menschen nicht nur hinter schönen Fassaden leben, sondern dass sie sich das auch leisten können. Dazu gehört eben auch ein Mietendeckel. Und da, Herr Woidke, ist Ihnen ja inzwischen auch die eigene Partei schon davongelaufen. Vielleicht weiß es ja die Fraktion. Gott sei Dank hat der Bundesparteitag den Mietendeckel beschlossen. Es wird auch in Brandenburg Zeit, dass wir ihn endlich hier einsortieren, denn dieses Gequatsche – entschuldigen Sie bitte –, das Gerede davon, dass nur helfen würde, immer mehr zu bauen, hilft nicht. Mein Gott, Leute, das versuchen die in Berlin seit zwanzig Jahren, und wir sind genau in dieser Situation. Jeder normale Forscher sagt, dass es nicht funktionieren wird, einfach nur mehr zu bauen. Seht euch doch die Neuvermietungspreise an! Seht sie euch doch einmal an! Die liegen doch selbst in Eberswalde bei über 9 Euro. Und ihr erzählt, dass das die Lösung ist. Das ist wirklich lächerlich und geht auch an dieser Stelle an den konkreten Problemen vorbei.

*(Beifall DIE LINKE)*

Dann sagen Sie, Sie wollen Grund und Boden der Spekulation entziehen. Sehr schön! Warum warten wir darauf noch so lange? Ich meine das wirklich ernst. Wir als Linksfraktion wären dabei, dieses Land sozial gerecht zu gestalten. Lassen Sie es uns doch jetzt tun; denn jetzt stehen die Fragen an. Wir können nicht noch einmal Jahre warten, bis – wie

in Sachsen – Aldi kommt und auf einmal 30 000 Hektar kauft

*(Dr. Redmann [CDU]: Da ist aber viel liegen geblieben!)*

und damit spekulieren will. Also lassen Sie uns miteinander arbeiten und uns da aufs Tempo drücken!

Ich sage Ihnen auch ganz klar – das wird Sie nicht überraschen –: Wir haben in der Kitafrage zwei Dinge zu klären. Da werfen Sie uns nicht nur vor, dass es um die Beitragsfreiheit geht. Ja, uns geht es um die Beitragsfreiheit, die Beitragsfreiheit sofort und für alle. Denn alles andere, was Sie hier herumdoktern werden, wird auch den Kommunen nicht helfen. Wir brauchen eine Überarbeitung des Kita-Gesetzes – möglichst schnell –, und das Ergebnis muss sein, dass wir die Kommunen sehr schnell entlasten, indem wir die Beiträge erlassen und damit auch keinen Heckmeck und keine Schwierigkeiten mehr bei der Abrechnung haben. So könnten wir den Kommunen konkret helfen.

*(Beifall DIE LINKE – Zurufe von der AfD)*

Die Bemühungen, die die Landesregierung in Bezug auf Tesla unternimmt, sind wichtig und gut. Aber ich bitte Sie: Legen Sie offen, was Sie wirklich wissen, und stimmen Sie sich untereinander ab!

An der Stelle will ich auch sagen: Es geht auch darum, dass wir bei allen großen Ankündigungen auch den kleinen und mittelständischen Unternehmerinnen und Unternehmern helfen. Lassen Sie uns gemeinsam eine Taskforce gründen,

*(Aha! bei der AfD)*

die sich auch um Genehmigungsverfahren für kleine und mittelständische Unternehmen kümmert, die Planungsverfahren tatsächlich vereinfacht. Dann können Sie mit ihrer 1 Milliarde Euro machen, was Sie wollen. Die werden Sie gar nicht ausgeben können, weil nämlich gar keiner die Investitionen umsetzen kann. Das habe ich Ihnen aber schon das letzte Mal erklärt.

*(Zuruf des Abgeordneten Stohn [SPD])*

Das Wichtigste ist – und das muss ins Zentrum kommen –: Wissen Sie, wie wir jede Entwicklung, egal ob die Digitalisierung oder die weitere Globalisierung, klären können, wie wir den Leuten Sicherheit geben können? Indem wir Solidarität in den Vordergrund stellen und die soziale Frage klären. Das ist doch die Grundlage dafür, dass die Menschen bereit sind zu Veränderungen, auch bereit sind, die Digitalisierung anzugehen. Aber es muss darum gehen, Sicherheit zu geben. Das geht nur mit guten Tarifverträgen. Das geht nur mit der Sicherheit, dass es meinen Kindern mal besser geht, als es mir heute geht. Das war doch einmal das Versprechen. Das war doch einmal das Selbstverständliche. Dann lassen Sie uns doch gemeinsam dafür sorgen, dass das Selbstverständliche wieder selbstverständlich wird! Dabei werden wir Sie unterstützen.

*(Beifall DIE LINKE)*

Es geht darum, dass man nicht vor jeder Rechnung, die kommt, Angst haben muss. Es geht darum, dass man nicht vor jeder noch so kleinen ungeplanten Aus-

gabe ängstlich prüft, ob man sich die leisten kann. Oder darum, ob die Klassenfahrt der Kinder zu teuer wird. Wenn wir über Kinderarmut reden, müssen wir auch an dieser Stelle immer wieder deutlich machen: Kinderarmut folgt aus Elternarmut. Deshalb gilt es diese zu bekämpfen.

*(Beifall DIE LINKE)*

Wenn ich über Solidarität rede, muss ich auch über Spaltung reden. Jetzt sind Sie endlich dran.

*(Aha! bei der AfD)*

Wissen Sie, Herr Kalbitz, ich habe die Reden hier in den letzten fünf Jahren immer verfolgt. Das war immer dieselbe Leier. Man könnte fast sagen: Es ist immer dieselbe Platte seit den 30er-Jahren. Es ist immer dasselbe. Und das ist es eben: Sie haben keine Antwort auf die Fragen der Zeit. Sie haben nicht einen einzigen Satz gesagt, wie Sie das mit Ihrer Politik ändern wollen. Erklären Sie doch mal: Wie wird die Kellnerin durch Ihre Politik nur einen einzigen Cent pro Stunde mehr verdienen? Keine Antwort.

*(Zurufe der Abgeordneten Kalbitz und Galau [AfD])*

Wie wird nur ein einziger Bus mehr fahren durch Ihre Politik?

*(Zurufe der Abgeordneten Kalbitz und Galau [AfD])*

Wie wird nur ein einziges Krankenhaus erhalten werden durch Ihre Politik?

*(Zurufe der Abgeordneten Galau und Dr. Berndt [AfD])*

Wissen Sie, was Sie machen? Sie erzählen die ganze Zeit, dass man einfach alle Ausländer abschiebt, und dann ist alles gut. Dann sagen Sie doch mal, wer soll Sie denn einmal im Krankenhaus pflegen, Herr Kalbitz?

*(Kalbitz [AfD]: Sie reden wirres Zeug!)*

So schnell wirkt Ihre Familienpolitik nicht.

An dieser Stelle sage ich ganz deutlich – das ist tatsächlich das Problem –: Sie haben hier über Wende 2.0 gequatscht, aber Sie haben kein Angebot in der Sache. Sie helfen niemandem und deshalb sind Ihre Vorschläge oder Ihre Reden hier von uns weiterhin deutlich abzulehnen.

*(Beifall DIE LINKE, SPD, CDU und B90/GRÜNE)*

Ich komme zum Thema Bildung. Darüber wird nicht geredet. Bildungserfolg ist in Deutschland so abhängig vom Geldbeutel der Eltern wie in keinem anderen Land. PISA hat gezeigt: Nicht die Spitzen sind unser Problem, sondern die sozial Benachteiligten. Dafür haben wir immer wieder Konzepte vorgelegt, die an den Sozialdemokraten gescheitert sind. Erinnern Sie sich und fragen Sie uns!

Dass wir Lehrer brauchen, Herr Woidke, wissen wir. Dass wir Kitaerzieher brauchen, wissen wir. Aber die Frage ist doch auch, wie wir diese bekommen. Da hätte ich schon erwartet, dass wir darüber reden, wie wir die Ausbildungsbedingungen für die Erzieherinnen und Erzieher verbessern können. Reden wir über Ausbildungsvergütung! Machen wir es praktisch! Schaffen wir die Schulgelder in

diesem Land ab! Das wäre tatsächlich praktisch gewesen. Aber keine Sorge, auch da werden wir helfen.

*(Beifall DIE LINKE)*

Wenn wir dann darüber reden, wird nach jeder PISA-Studie und jeder Betrachtung immer wieder gesagt: Das Problem der Bildung in Deutschland ist dadurch zu lösen, dass man für ein längeres gemeinsames Lernen sorgt. – Davon ist im Koalitionsvertrag überhaupt keine Rede mehr. Das ist tatsächlich das Problem: dass Sie nichts mehr dazu sagen und damit wieder nichts gegen die Schwierigkeiten im Bildungsbereich tun, sondern die Spaltung zwischen Arm und Reich in diesem Land weiter verschärfen und damit sogar schon bei den Kindern anfangen.

Zu den ländlichen Regionen sage ich Ihnen: Es ist schön, dass Sie die Ergebnisse der Enquetekommission umsetzen wollen. Hoffentlich wird daraus nicht der 56. Prüfauftrag! Deshalb werden wir jetzt – auch um die Sache weiter zu befördern – die Enquetekommission für die Landwirtschaft einrichten, um sie zu unterstützen.

Auch zu Energiepolitik und zum Strukturwandel, zur Lausitz und zum Klimapaket haben Sie heute viel Richtiges gesagt. Ich sage Ihnen trotzdem – darauf müssen wir gemeinsam achten –: Strukturwandel und starke Regionalpolitik sind mehr als die Lausitz. Wenn Sie sagen, es müsse jetzt zum Strukturstärkungsgesetz kommen und es müsse zum Kohleausstiegsgesetz kommen, dann bitte ich Sie: Nutzen Sie Ihre heißen Drähte nach Berlin in die Große Koalition. Nutzen Sie sie! Sie

haben eine Bundestagsabgeordnete in Ihrer Landtagsfraktion, die heute leider nicht anwesend ist; ansonsten hätte ich sie gern begrüßt. Vielleicht kann sie ja helfen; das wäre noch viel schöner.

*(Beifall DIE LINKE)*

Beim Strukturwandel geht es tatsächlich darum, Herr Woidke, gemeinsam Identitäten zu entwickeln, wie Sie richtig gesagt haben. Aber wissen Sie, wie man keine Identitäten entwickelt und wie man dafür sorgt, dass es nicht zu einer guten Entwicklung kommt und zu keinem guten Strukturwandel gemeinsam mit den Menschen? Ich sage es Ihnen: Das schafft man nicht, wenn man Klimaleugnern mit 40 000 Euro Steuergeldern eine Bühne bietet. Da sage ich Ihnen: Das ist wirklich ein Problem.

*(Dr. Berndt [AfD]: Klimaleugner – was für ein Wort!)*

Zumindest waren es Klimawandelzweifel, für die gegen jegliche Vernunft 40 000 Euro ausgegeben wurden. Diese 40 000 Euro hätten Vereine und Verbände in der Lausitz wirklich gebraucht, die wirklich gute Projekte für den Strukturwandel machen. Lassen Sie uns daher den Lausitzfonds noch einmal überprüfen und die Art und Weise, wie Gelder übergeben werden. So, wie es hier stattfindet, geht es nicht.

*(Beifall DIE LINKE und B90/GRÜNE – Widerspruch von der AfD)*

Bei aller Umweltpolitik sage ich Ihnen auch, dass Umweltverschmutzung am Ende nicht zum Privileg derjenigen werden darf, die sie sich leisten können.

Das ist keine Klimapolitik, die die Welt rettet. Deshalb lassen Sie uns vorsichtig sein, wenn wir über Belastungen für die Menschen in diesem Land reden und wenn wir über Belastungen der Pendlerinnen und Pendler reden. Denn auch diese fragen sich: Warum muss ich als Pendler die ganze Zeche zahlen, obwohl die Konzerne die ganze Zeit Party hatten und sich aus ihrer Verantwortung gestohlen haben? – Lassen Sie uns deshalb gemeinsam eine ordentliche Klimapolitik machen, denn sonst haben wir neben dem Klimakippunkt bald einen sozialen Kippunkt – und dann kämpfen wir gegen den Klimawandel, aber keiner macht mit, weil es sich keiner leisten kann. Das müssen wir verhindern!

*(Beifall DIE LINKE)*

Der soziale Kippunkt ist auch dadurch immer näher gerückt, dass 40 Familien in Deutschland mehr als 50 % des gesamten Reichtums besitzen. Das ist tatsächlich demokratiegefährdend. Deswegen rufe ich die SPD an dieser Stelle auf: Machen Sie nach Ihrem großen Bundesparteitag und Ihrer angeblichen Linkswende Ernst! Wir laden Sie ein: Lassen Sie uns tatsächlich die Umverteilung von unten nach oben stoppen! Lassen Sie es uns so machen, dass es gerecht wird und dass diejenigen, die mehr haben, auch mehr Lasten tragen müssen. Das muss auch hier in der Landespolitik deutlich werden.

*(Beifall DIE LINKE)*

Wir sind an Ihrer Seite, Herr Ministerpräsident, wenn Sie die Menschen im Land im Blick haben und den Mut auf-



bringen, ganz konkret etwas für die Menschen zu verändern. Wir sind dabei an Ihrer Seite; das will ich hier ganz deutlich betonen. Wir sind auch an Ihrer Seite, wenn es um die Verteidigung dieser Demokratie, unserer Verfassung und der Freiheit geht.

*(Vereinzelt Beifall DIE LINKE – Lachen des Abgeordneten Galau [AfD] – Frau Dannenberg [DIE LINKE], an die AfD gewandt: Das finden Sie zum Lachen?)*

Wir sind an Ihrer Seite, wenn wir der Gefahr von Rechts, deren Terror und Beifallkatschern auch hier in diesem Haus gemeinsam Kante zeigen. Das ist wichtiger denn je!

*(Beifall DIE LINKE, SPD, CDU und B90/GRÜNE)*

Wir sind aber nicht an Ihrer Seite, wenn Sie sich drei neue Staatssekretäre

berufen, daraus drei Staatskanzleien machen, um sich darüber zu freuen, wie schön Sie in der Koalition miteinander lachen können. Ich sage Ihnen: Ihr früherer Staatskanzleichef, Herr Gorholt, hat Ihnen gestern etwas ganz Wesentliches mit auf den Weg gegeben: „Um den Schwachen zu helfen, muss man selber stark sein.“ Wir, meine Damen und Herren, werden stark sein. Rechnen Sie mit uns, bauen Sie auf uns, wenn es um Solidarität und Gerechtigkeit geht. – Vielen Dank.

*(Beifall DIE LINKE)*

### **Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:**

Wir setzen mit Herrn Dr. Redmann für die CDU-Fraktion fort.

*(Vereinzelt Beifall CDU und SPD)*



# Dr. Jan Redmann

Vorsitzender der CDU-Fraktion



Dr. Jan Redmann

**F**rau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Was, wenn wir morgen neu anfangen müssten, wenn wir uns neu erfinden müssten, wenn über Nacht nicht mehr gilt, was gestern noch galt? Wir gedenken gegenwärtig in dichter Folge der Ereignisse der friedlichen Revolution vor 30 Jahren. Ich musste in diesen Tagen viel an meine Eltern denken, denen sich diese Fragen vor 30 Jahren mit voller Wucht stellten. Unsere Elterngeneration war damals so alt wie wir heute. Welche enormen Leistungen waren das, den damaligen Wandel so gut zu bewältigen und unser Land Brandenburg neu aufzubauen! Hätte die folgende Generation das ebenso geschafft? Für viele heutige Familienväter und Familienmütter ist das gar keine hypothetische Frage, denn wieder erleben wir eine Zeit des Wandels. Sie alle kennen die Stichworte: demografischer Wandel, Energiewende, globale Migration; die Arbeit ändert sich, unser Alltag ändert sich, und auch unsere Gesellschaft verändert sich.

Es ist nur allzu verständlich, dass mancher sich sorgt – ob seine Kinder, ob ihr Beruf oder unser aller Heimat zu den Gewinnern oder den Verlierern dieser Veränderungen zählen. Die heutige De-

batte zeigt, wie unterschiedlich die in diesem Parlament vertretenen Parteien auf solche Zukunftssorgen reagieren. Wir haben soeben Sebastian Walter gehört, der über die Rückerlangung des Öffentlichen fabulierte. Ich finde, er hätte es ruhig etwas klarer ausdrücken können: Was er meint, ist eine Verteufelung des Unternehmertums.

*(Widerspruch und Gelächter bei der Fraktion DIE LINKE)*

Was er meint, sind Verstaatlichungsfantasien. Er will wieder hin zu volkseigenen Betrieben. Was er meint, ist eigentlich Sozialismus, meine Damen und Herren. Darüber darf man sich keine Illusionen machen.

*(Beifall CDU sowie vereinzelt AfD – Empörung und Gelächter bei der Fraktion DIE LINKE – Widerspruch des Abgeordneten Walter [DIE LINKE])*

Herr Walter, Sie hatten dazu ein Beispiel genannt, das Sie sich offensichtlich

schlecht überlegt hatten, als Sie die staatlichen Pflegeheime priesen, die es angeblich richten sollen. Waren Sie einmal zu DDR-Zeiten in einem Pflegeheim? Vermutlich nicht – dafür sind Sie etwas zu jung.

*(Vereinzelt Beifall CDU – Widerspruch bei der Fraktion DIE LINKE)*

Lassen Sie es sich am besten von Ihren Kollegen aus der Fraktion erzählen: Das waren unterfinanzierte Verwahrn-  
stalten an der Grenze der Menschenwürde. Dahin will ich nicht zurück!

*(Beifall CDU sowie vereinzelt AfD – Frau Dannenberg [DIE LINKE]: Hallo, geht's noch?)*

Wir haben auf der anderen Seite die AfD erlebt: Kollege Kalbitz, das war eine substanzlose Pöbelrede. Sie begeben sich mit voller Lust in eine Opferrolle – mit voller Absicht und großem Vergnügen, das konnte man auch sehen: Da träumte es sich so bequem von einer Zeit, als das Land angeblich noch Ihnen gehörte – zum Glück gehörte es niemals Ihnen –, als ein Deutscher noch ein Deutscher war, ein Mann noch ein Mann und er noch mit voller Lust unterscheiden durfte zwischen Freund und Feind, am liebsten auf irgendwelchen Sommercamps zu Pfingsten. Ach ja, die gute alte Zeit!

*(Beifall CDU, SPD sowie vereinzelt B90/GRÜNE und DIE LINKE)*

Damit wir uns hier nicht missverstehen: Ich sehe natürlich Unterschiede zwischen der Linkspartei und der AfD.

*(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Ein Glück!)*

Es muss aber gestattet sein, auf eine zentrale Gemeinsamkeit hinzuweisen:

*(Frau Dannenberg [DIE LINKE]: Vorsicht, Vorsicht!)*

Sie beide suchen Ihr Heil in Rezepten der Vergangenheit.

*(Beifall CDU – Zuruf des Abgeordneten Kalbitz [AfD])*

Die gute Nachricht des heutigen Morgens ist aber: Die Parteien der Mitte haben sich für die Zukunft entschieden, genau so, wie es die Generation unserer Eltern vor 30 Jahren getan hat, übrigens unter weit schwierigeren Bedingungen.

Wer dem Ministerpräsidenten heute Morgen zugehört hat, kann gar nicht zweifeln: Unsere neue Koalition will Brandenburg mutig in die Zukunft führen, meine Damen und Herren.

*(Beifall CDU)*

In einer Zeit, die neues Denken verlangt, bekommt Brandenburg ein Regierungsbündnis, das es so noch nie gab. Diesem Bündnis hat am 1. September eine breite bürgerliche Mehrheit ihr Vertrauen ausgesprochen. Dieses Vertrauen werden wir rechtfertigen.

*(Zurufe von der AfD)*

In einem rot-schwarz-grünen Bündnis wird die CDU natürlich die Werte ihrer Wählerinnen und Wähler einbringen – mit Selbstbewusstsein und auch mit Nachdruck, aber immer in dem Bewusstsein, dass wir allen Wählerinnen und Wählern den gemeinsamen Erfolg dieser Regierung schulden – auch den Wählerinnen und Wählern der Opposition.

Rot-Schwarz-Grün ist mehr als die Summe seiner Teile: Gemeinsam bilden wir eine neue, integrative Mitte. Gerade unser breites Bündnis kann Handlungsfähigkeit beweisen, indem wir alte Gegensätze überwinden. Gemeinsam wissen wir: Freiheit bringt Sicherheit. Vielfalt braucht Zusammenhalt, denn nur, wer sich in der Heimat geborgen fühlt, wird bereit sein, sich der Welt zu öffnen. Und: Ökonomie und Ökologie ergeben erst zusammen eine nachhaltigere Wirtschaft, im Übrigen auch eine nachhaltigere Landwirtschaft.

Sicherheit, Nachhaltigkeit, Zusammenhalt – das sind nicht drei Projekte dreier Partner, Herr Walter. Das ist unser gemeinsames Projekt. Und das Projekt heißt: Brandenburg in eine sichere Zukunft führen.

*(Beifall CDU, SPD und B90/GRÜNE)*

Zeiten des Wandels müssen Zeiten eines starken Staats sein. Das Versprechen, das diese Koalition heute Morgen allen Brandenburgerinnen und Brandenburger gegeben hat, ist ein Staat, der investiert, ein Staat, der befähigt, ein Staat, der schützt. Heute Morgen geht von diesem Haus das klare Signal aus: Die rot-schwarz-grüne Koalition sorgt vor und setzt sich durch.

*(Domres [DIE LINKE]: Für sich sorgt sie vor!)*

Auf uns können sich die Brandenburgerinnen und Brandenburger verlassen.

*(Beifall CDU, SPD und B90/GRÜNE)*

Wenn wir vom Wandel sprechen, dürfen wir vom Offensichtlichen nicht schweigen: Zu den kontroversesten Veränderungen unserer Gesellschaft gehört die Zuwanderung. Brandenburg wird vielfältiger, nicht erst, aber besonders seit den Fluchtbewegungen des Jahres 2015. Und es stimmt: Dadurch wird das Land oft reicher, manchmal aber auch konfliktreicher. Das hat viele Menschen verunsichert und unser Land teilweise sogar gespalten. Gerade beim Streitthema Migration kommt es darauf an, alte Gegensätze zu überwinden und der Rhetorik der Extreme eine Politik der Mitte entgegenzusetzen. Brandenburg war seit jeher ein weltoffenes Land, und Brandenburgs Zukunft hängt davon ab, dass wir ein weltoffenes Land bleiben. Doch gerade wer Weltoffenheit will, muss auch Regeln des Zusammenlebens mögen und diese Regeln konsequent verteidigen. Nur so können wir Hetze und Extremismus den Boden entziehen. Unsere Koalition ist dazu fest entschlossen.

*(Beifall CDU, SPD und B90/GRÜNE)*

Wir helfen Schutzbedürftigen, aber wir müssen auch jene zurückführen, die unseren Schutz nicht brauchen oder gar das Gastrecht missbrauchen. Gleichzeitig arbeiten wir daran, Rückführungen besser zu organisieren. Unter der rot-roten Vorgängerregierung entstandene Vollzugsdefizite – der Streit zwischen Innen- und Justizministerium ist ja legendär – werden wir beheben. Erst zusammen wird daraus eine verantwortungsvolle Politik. Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt dabei Gefährdern und Intensivstraf-tätern. Mit einer eigenen Taskforce wird

der Innenminister ihre Abschiebung konsequenter durchsetzen und so die Handlungsfähigkeit des Staates beweisen.

*(Beifall CDU)*

In diesem Zusammenhang begrüße ich ausdrücklich, dass die Innenministerkonferenz auch Rückführungen nach Syrien geprüft wissen will, soweit es Straftäter und Gefährder betrifft. Denn wer durch seine Taten Deutschland unsicherer macht, kann nicht glaubwürdig die Unsicherheit andernorts gegen seine eigene Abschiebung anführen – das ist widersprüchlich und überzeugt mich nicht.

Manche Kritiker, meine Damen und Herren, machen sich über den starken Staat lustig. Verächtlich sprechen sie von Law-and-Order-Politik und tun so, als wäre ein Leben in Sicherheit ein Bedürfnis einer kleingeistigen Minderheit. Was für eine Arroganz! Jeder hat das Recht, nicht nur in Sicherheit zu leben, sondern sich auch sicher zu fühlen. Und es ist unsere Pflicht, das zu garantieren. Vergessen wir eines nicht: Der Rechtsstaat schützt besonders die Schwachen vor dem Recht des Stärkeren, zum Beispiel Kinder, Frauen, Andersdenkende und Anderslebende. Der Rechtsstaat schützt auch alle Menschen, deren Wurzeln außerhalb Deutschlands liegen und die heute tagtäglich für Deutschlands Zukunft arbeiten. Im Übrigen schützt er auch alle Menschen, die sich Angriffen ausgesetzt sehen, weil sie sich für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft engagieren – in Parteien, Initiativen, Vereinen. Der Rechtsstaat schützt nicht weniger als die freie und offene Gesellschaft.

*(Beifall CDU, SPD und B90/GRÜNE)*

Wem das zu pathetisch ist, dem sage ich: Der Rechtsstaat steht auch jedem bei Abzocke, Einbrüchen oder häuslicher Gewalt zur Seite. Und Justizministerin Hoffmann hat recht: Auch hier, bei der Verfolgung der sogenannten leichten und mittelschweren Kriminalität, muss Brandenburg besser werden. Davon hängt vielleicht nicht die offene Gesellschaft ab, dafür aber umso mehr das Sicherheitsgefühl der Menschen im Alltag. Bei allen Delikten und für alle Menschen in Brandenburg muss wieder gelten: Auf unseren Rechtsstaat ist Verlass!

*(Beifall CDU, SPD und B90/GRÜNE)*

Dafür stehen 300 neue Stellen in Polizei und viele Dutzend neue Stellen in der Justiz. Dafür stehen im Übrigen alle mehr als 8 200 Brandenburger Polizistinnen und Polizisten, denen ich für ihren täglichen Einsatz für die Heimat sehr herzlich danke.

*(Beifall CDU, SPD und B90/GRÜNE)*

Sie leisten ihren Dienst unter immer härteren Bedingungen. Leider sind Übergriffe auf Ordnungskräfte – wie jüngst der schändliche Angriff auf einen Feuerwehrmann in Augsburg – Teil einer neuen Respektlosigkeit, die manche Teile unserer Gesellschaft erfasst zu haben scheint. Darum ist es richtig, dass wir einen Polizeibeauftragten einsetzen, an den sich Polizisten bei dienstlichen Problemen wenden können. Und wenn Polizisten sogar persönlich bedroht werden, müssen sie natürlich von der namentlichen Kenn-

zeichnungspflicht ausgenommen werden  
– auch das ist richtig und überfällig.

*(Beifall CDU)*

Die Brandenburger können sich auf ihre Polizistinnen und Polizisten verlassen,

*(Beifall des Abgeordneten Keller [SPD])*

die Brandenburger Polizei auf die neue rot-schwarz-grüne Regierung mit ihrem Innenminister Michael Stübgen.

*(Beifall CDU)*

In Zeiten des Wandels müssen wir Sicherheit breiter denken: Innere Sicherheit ist die Grundvoraussetzung. Wirklich sicher fühlen sich die Menschen aber erst, wenn soziale Sicherheit hinzukommt. Die Arbeitswelt verändert sich, mehrere Generationen einer Familie leben häufig nicht mehr am selben Ort. Unter diesen Bedingungen müssen sich die Menschen zum Beispiel darauf verlassen können, dass ihre Angehörigen gut gepflegt werden. Darum wird diese Koalition einen Pakt für die Pflege auflegen und jedes Jahr 30 Milliarden Euro für gute Pflege ausgeben.

Sie müssen sich auch auf eine gute medizinische Versorgung verlassen. Darum wird die Koalition die Krankenhäuser massiv fördern und die Medizinausbildung ausbauen. Einen Fehler wird die CDU aber nicht machen, und das wäre, soziale Sicherheit auf Leistungen des Sozialstaates zu verengen. Soziale Sicherheit muss mehr sein. Dazu muss auch immer gehören, Menschen durch Fördern und Fordern zu befähigen.

*(Beifall CDU)*

Wie von jedem Arbeitnehmer verlangt wird, dass er jeden Morgen pünktlich am Arbeitsplatz erscheint, muss dies erst recht für jene gelten, die von den Steuern und Beiträgen dieser Arbeitnehmer leben. Ich habe deshalb kein Verständnis für unentschuldigt versäumte Termine beim Arbeitsamt, abgebrochene Qualifizierungsmaßnahmen oder fehlendes Engagement bei der Jobsuche. Aus Sicht der CDU-Fraktion sind deshalb auch nach dem Urteil des Verfassungsgerichts Hartz-IV-Sanktionen grundsätzlich notwendig.

*(Beifall CDU)*

Gleichzeitig müssen wir bei der Förderung besser werden: Viele Berufe stellen immer höhere Anforderungen. Das ist gut so, denn seinen hochqualifizierten Arbeitskräften verdankt Deutschland sein Wirtschaftswachstum. Aber die Menschen erwarten zu Recht, dass wir sie auf dem Weg in die neue Berufswelt auch mitnehmen. Das ist auch einer der Gründe, warum dieser Koalition Bildung so wichtig ist. Wir investieren massiv in Kitas und Schulen, fördern aber auch Hochschulen und unterstützen Weiterbildungseinrichtungen.

Zu den Prioritäten dieser Koalition gehört es, Wirtschaftsstrukturen für das 21. Jahrhundert zu entwickeln. Das gilt für alle Regionen Brandenburgs und natürlich besonders für die Lausitz.

Wir schulden der Lausitz viel, meine Damen und Herren. Bis heute bildet sie das Rückgrat der ostdeutschen Wirtschaft. Berlin glänzt dank Strom aus der

Lausitz, dank Ingenieurskunst aus der Lausitz und dank harter Arbeit in der Lausitz. Das dürfen wir bei der Debatte um neue Energien nie vergessen, so notwendig sie zweifellos ist.

*(Beifall CDU, SPD und B90/GRÜNE)*

Deutschland hat sich für den Kohleausstieg entschieden aus Verantwortung für das Weltklima, zu der sich auch diese Koalition ohne Wenn und Aber bekennt. Deutschland wird darum für die Zukunft der Lausitz einstehen. Unsere Brandenburger Koalition wird beweisen, dass sie nach vorn blickt. Die Risiken des Kohleausstiegs sieht jeder – unsere Aufgabe ist es, seine Chancen erfolgreich zu ergreifen. Denn Chancen gibt es. Ein Forscher hat ausgerechnet, dass Deutschland der Lausitz mit einer Million Euro pro betroffenem Arbeitsplatz helfen wird. Wenn das keine Grundlage für eine erfolgreiche Strukturentwicklung ist, dann weiß ich nicht, wie sie sonst aussehen sollte. Die Herausforderungen der Lausitz sind groß, aber die Koalition wird noch größer denken.

*(Heiterkeit beim Abgeordneten  
Dr. Zeschmann [BVB/FW])*

Strukturentwicklung ist keine Notoperation, die der Kohleausstieg erzwingt. Strukturentwicklung geht nicht nur die Lausitz an. Strukturentwicklung muss jederzeit und überall passieren; das heißt, nachhaltig wirtschaften. Darum gilt: Was gut für die Lausitz ist, ist gut für ganz Brandenburg, und gute Wirtschaftspolitik für Brandenburg ist gute Politik für die Lausitz.

*(Beifall CDU, SPD und B90/GRÜNE)*

Brandenburg bietet Chancen für neue, nachhaltige Wirtschafts- und Geschäftsmodelle. Das behaupte ich nicht nur, das ist bewiesen: Im Wettbewerb um Teslas Gigafabrik hat sich Brandenburg gegen Standorte überall auf der Welt durchgesetzt. Darauf können wir Brandenburger stolz sein. Mich fasziniert Elon Musk. Mich beeindruckt vor allem, dass er sich niemals von Zweiflern kleinkriegen ließ, die ihm sagten: Aus deinen Visionen wird nie etwas. – Heute ist er einer der innovativsten Unternehmer der Welt. Mancher liebt ja Helmut Schmidts Satz: „Wer Visionen hat, der soll zum Arzt gehen.“ Bei allem Respekt vor Helmut Schmidt: Diesen Satz fand ich schon immer falsch. Und Elon Musk gibt mir recht: Wer Visionen hat, geht nach Brandenburg und verwirklicht sie.

*(Beifall CDU, SPD und B90/GRÜNE)*

Wir haben unsere Koalition unter das Motto gestellt, Brandenburg zur Gewinnerregion des 21. Jahrhunderts zu machen. Ein zugegebenermaßen ehrgeiziges Motto, aber dieser Ehrgeiz ist dringend nötig, denn innerhalb Europas, aber auch innerhalb Deutschlands sind Regionen im Wettbewerb. Im Fall Brandenburgs entscheidet sich dieser Wettbewerb konkret an zwei Fragen: Wie schnell bin ich in Berlin, Dresden oder Stettin? – Und: Wie schnell bin ich im Internet?

Wenn wir diesen Wettbewerb gewinnen wollen, müssen wir investieren. Bauminister Guido Beermann hat ein Jahrzehnt der Investitionen gefordert, und ich pflichte ihm bei. Darum beschließen die Regierungsfractionen hier im Landtag in diesen Tagen einen Zukunftsfonds, mit



dem wir 1 Milliarde Euro investieren werden – ich betone: zusätzlich zu dem, was wir ohnehin investieren würden. Damit folgen wir dem Rat von immer mehr Ökonomen; ich verweise zum Beispiel auf die Empfehlung der fünf Wirtschaftsweisen an die Bundesregierung. Damit folgen wir dem Ruf der Wirtschaft. Ich zitiere die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg, die feststellen, dass in Teilen Brandenburgs die Wirtschaftsstruktur oft nicht auf der Höhe der Zeit sei, und fordern, dass der Staat seine Aufgaben besser erfüllt, und zwar auch in den ländlichen Regionen. Ganz sicher folgen wir damit dem Wunsch der Bürger nach einem starken Staat, der sich für die Herausforderungen gerüstet zeigt.

*(Beifall CDU – Heiterkeit beim Abgeordneten Walter [DIE LINKE])*

Mit diesem Fonds wirtschaften wir solide. Für die CDU steht der Zukunftsfonds unter einer klaren Bedingung, nämlich, dass er ausschließlich solchen Investitionen dient, die künftig einen hohen Nutzen entfalten, und zwar mit jedem einzelnen Cent.

*(Beifall CDU, SPD und B90/GRÜNE)*

Mit Überraschung, aber auch etwas Freude nehme ich zur Kenntnis, dass ausgerechnet die Vertreter der Linkspartei dieser Tage Geschmack an Haushaltsdisziplin gefunden haben. Späte Einsicht hat ja immer etwas Rührendes.

*(Unmut bei der Fraktion DIE LINKE – Walter [DIE LINKE]: Sie hören nicht zu!)*

– Doch! Wir schulden unseren Kindern und Enkeln, Herr Walter, neben soliden Finanzen auch eine funktionierende Infrastruktur, und die gehört leider nicht zum Nachlass des ehemaligen Finanzministers Görke. Unter ihm ist die Investitionsquote kontinuierlich gesunken.

*(Walter [DIE LINKE]: Stimmt doch nicht!)*

Die Straßen und Schienen sind in schlechtem Zustand – das ist ein Ergebnis der Finanzpolitik der Linken und das Gegenteil von nachhaltigem Wirtschaften.

*(Beifall CDU und BVB/FW – Heiterkeit und Unruhe bei der Fraktion DIE LINKE)*

Ich war wirklich überrascht, Sebastian Walter, dass Sie hier so gegen die Kofinanzierung von Projekten, die mit Bundesmitteln finanziert werden, argumentiert haben. Sie haben schon kritisiert, dass wir das vorhaben.

*(Unmut bei der Fraktion DIE LINKE)*

Die Kofinanzierung wird dazu führen, dass wir aus der einen Milliarde mehrere Milliarden machen können, nämlich mit dem Geld von der EU, mit dem Geld vom Bund, und dann kommt richtig etwas heraus.

*(Beifall CDU und BVB/FW)*

Sie waren in Ihrer Regierungszeit leider häufig nicht in der Lage, die Kofinanzierung von Bundesmitteln zu gewährleisten, und das ist ein Problem, unter dem Brandenburg bis heute leidet.

*(Beifall CDU)*

Wenn in der Vergangenheit der Grundsatz, Kredite ausschließlich für Investitionen zu nutzen, so konsequent beachtet worden wäre, wie wir es jetzt tun, dann käme jetzt niemand auf die Idee, über eine Schuldenbremse auch nur nachzudenken. Die linke Kritik finde ich insofern scheinheilig. Noch einmal in aller Deutlichkeit: Das wird ein Fonds für alle Regionen, ein Fonds für die nächste Generation, ein Fonds für Brandenburgs Zukunft, meine Damen und Herren.

*(Beifall CDU, SPD und B90/  
GRÜNE – Zuruf von der Fraktion  
DIE LINKE: Zaubern kann der wohl  
auch schon!)*

Im Wettbewerb der Regionen hat Brandenburg übrigens schon heute einen Vorsprung. Ich finde, es ist der entscheidende Vorsprung. Zu uns wollen mehr Menschen ziehen als in jedes andere Bundesland. Damit das so bleibt, brauchen wir eine Willkommenskultur für Familien. Darum macht die Koalition weitere große Schritte in Richtung Beitragsfreiheit der Kita. Das ist mitnichten eine sozialpolitische Frage, sondern eine Frage der Gerechtigkeit und kluger Standortpolitik. Viel zu schnell führen die Kindergartenbeiträge dazu, dass sich für Eltern mit mittleren Einkommen Leistung kaum mehr lohnt und sich ihr Lebensstandard von dem nicht arbeitender Eltern nur wenig unterscheidet. Das ändern wir!

*(Beifall CDU und B90/GRÜNE –  
Domres [DIE LINKE]: Wann?)*

Diese Koalition nimmt auch in einem anderen wichtigen Politikfeld einen Paradigmenwechsel vor. Stand in der zurückliegenden Legislaturperiode noch eine Kreisgebietsreform im Mittelpunkt, die gerade dem ländlichen Raum Entwicklungspotenziale pauschal absprach, setzen wir nun mit einer neuen strategischen Landesplanung auf Wachstum im ganzen Land. Gesundes Wachstum in ganz Brandenburg! Das heißt für uns: weniger Verbote, bessere Straßen, kürzere Bahnstrecken, dichtere Funknetze und vor allem die klare Zusage: Zugang zu schnellem Internet für jeden Brandenburger. Mobilfunk und Internet gehören zum guten Leben und erst recht zum modernen Arbeiten. Warum sollte das in der brandenburgischen Kleinstadt anders sein als in Berlin? Digitalisierung ist zwar ein abstraktes Fremdwort, doch unsere Koalition wird es ins Brandenburgische übersetzen.

Digitalisierung bringt wieder Leben aufs Land. Das setzt Mut voraus, nämlich zu machen, was andere für unmöglich halten. Was, wenn Busse wie Sammeltaxis funktionieren würden? Ein Ruf, und eine halbe Stunde später steht es vor der Haustür. Was, wenn der Arzt übers Smartphone „zum Hausbesuch“ vorbeischauen könnte?

*(Dr. Berndt [AfD]: Das ist doch Wahnsinn! Das funktioniert nicht!)*

Was, wenn der tägliche Weg zur Arbeit nicht über die Autobahn oder mit dem Zug nach Berlin führen würde, sondern quer über den Hof ins heimische Büro in der Scheune. Dann, meine Damen und Herren, hätte das Leben auf

dem Land eine neue Perspektive. Arbeiten und Verdienen wie in der Stadt, Leben auf dem Dorf – das ist der Traum vieler junger Familien. Unsere Politik ist es, aus diesem Traum Brandenburger Wirklichkeit zu machen.

*(Beifall CDU, SPD und B90/GRÜNE)*

Die Koalition hat sich sehr ehrgeizigen Zielen verpflichtet, die wir in Geld oder Stellen oder in Projekten messen. All diese Ziele sind unabdingbar. Mein ganz persönliches Ziel für unsere Koalition der neuen Mitte lässt sich jedoch nicht in Zahlen messen. Mein Ziel ist es, dass wir den Brandenburgerinnen und

Brandenburgern den Mut geben, zu sagen: Wir wollen Vorreiter werden. Wir wollen unser Land voranbringen, genau wie es die Generation unserer Eltern vor dreißig Jahren getan hat. Wir haben Lust auf Zukunft. Meine Damen und Herren, ich bin überzeugt, Brandenburg kann das. – Vielen Dank.

*(Beifall CDU, SPD und B90/GRÜNE)*

### **Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:**

Das Wort hat der Abgeordnete Vida von der Fraktion BVB / FREIE WÄHLER.



# Péter Vida

Vorsitzender der Fraktion  
BVB / FREIE WÄHLER



Péter Vida

**S**ehr geehrte Frau Präsidentin!  
Sehr geehrte Abgeordnete! Es ist mir eine große Ehre, heute im Namen der BVB / FREIE WÄHLER Fraktion hier im Landtag zu Ihnen sprechen zu dürfen.

*(Beifall BVB/FW)*

Wir hatten sicherlich einen der steinigsten Wege hinter uns, um die Gnade zu erfahren, den Bürgern des Landes in dieser Formation dienen zu können. Diese Erfahrung schafft Demut, mit der wir und auch ich an die neuen Aufgaben herangehen wollen. Nun weiß ich auch, dass es bei vielen von Ihnen ähnlich steinige Wege gegeben hat, und gerade als Ministerpräsident stehen Sie täglich vor Herausforderungen – mehr noch als die allermeisten von uns. Deswegen sage ich von den harten, aber inzwischen etwas angenehmeren Bänken der Opposition, dass wir auch aus dieser Stellung heraus der Regierung unsere Fürsprache und unsere Gebete schulden, auf dass sie die Geschicke des Landes gut leite, denn wir alle haben Interesse daran, dass sie Erfolg hat. Zugleich schuldet sie, die Landesregierung, uns Gehör, wenn wir Vorschläge und Ideen haben, was man im Land besser machen könnte.

Man wird in ein paar Jahren zurückblicken und fragen: Was konnten wir hier in diesem Landtag für die Bürger unseres Landes erreichen? Haben wir auf ihre Wünsche, ihre Träume gehört? Wie haben wir ihnen gedient? – Das ist auch die Triebfeder für uns als BVB / FREIE WÄHLER. Wir können und wollen keine weltpolitischen Visionen formulieren, sondern mit unseren Brandenburger Möglichkeiten und gesundem Menschenverstand zum Wohlergehen unserer Bürger beitragen.

*(Beifall BVB/FW sowie des Abgeordneten Brüning [CDU])*

Immer da, wo Sorgen, Nöte, Zwänge ihr Zelt aufgeschlagen haben, wollen und werden wir zur Stelle sein. Deswegen, meine Damen und Herren, stehen wir auch zu unserem Versprechen, die vielen Altanschießer in unserem Land nicht allein zu lassen.

*(Beifall BVB/FW)*

Zigtausend Haushalte haben Phasen durchlaufen, in denen ihnen das schiere Unrecht fast die Luft zum Atmen nahm. Als viele schon aufgaben – und es haben viele aufgegeben –, stach von Ferne und für manche unerwartet das Licht von Karlsruhe in den steilsten rechtlichen Weg, auf dem viele von ihnen in ihrem ganzen Leben gekämpft hatten. Und es gab ihnen Hoffnung, dass auch sie Recht erhalten würden. Doch viele sind bis heute in Enttäuschung und Tristesse gefangen, weil das Land und die Kommunen, auf deren Handeln sie vertrauten, keine Lösung darboten. Für uns steht fest: Hier im Landtag nahm diese Misere ihren Lauf, und mit einem mutigen Schritt muss sie auch hier ihr Ende finden.

*(Beifall BVB/FW)*

Die 7. Wahlperiode muss einen Schlusstrich unter die Erhebung und Vollstreckung dieser verfassungswidrigen Beiträge setzen, und deswegen rufe ich in aller Bescheidenheit zu einem überparteilichen Lösungskompromiss zur Rückzahlung der Beiträge auf. Der soziale Frieden und die Fähigkeit dieses Gremiums, ohne Ansehen der jeweiligen Person Fehler einzugestehen, gebieten eine derartige Lösung.

Wenn uns wieder entgegengehalten werden sollte, was alles nicht geht: Erinnern wir uns kurz an die Zeit, als es noch Straßenausbaubeiträge gab. Der in den letzten eineinhalb Jahren gegangene Weg ist untrennbar verbunden mit dem Willen, Gegebenheiten zu hinterfragen. Es galt als Beton gewordenes Gesetz, dass das so zu sein habe. Doch die Entschlossenheit Tausender und Abertausender Bran-

denburger – weit über die persönliche Betroffenheit hinaus – hat uns gezeigt, welch demokratischer und sozialer Geist in ihnen wohnt. Und schließlich kam es dazu – woran zu glauben ich nicht aufgehört habe –, dass wir diese ungerechten Beiträge abschafften und Kosten für All-gemeingüter nicht mehr Einzelnen aufhal-sen.

*(Beifall BVB/FW sowie des Abgeord-neten Brüning [CDU])*

Als wir diesen Erfolg errangen, war das nicht nur ein fiskalischer Vorteil für manche, sondern eine gesamtgesell-schaftliche Absage an den wiederholten Versuch, die Gesellschaft zu spalten, so-zialen Neid einzureden und Bevölkerungs-teile – Mieter, Eigentümer – gegeneinan-der aufzustacheln. Deswegen werden wir auch nicht ruhen, Kommunalabgaben ge-rechter und transparenter zu regeln.

*(Beifall BVB/FW)*

Wir müssen die Denke, wer einmal gezahlt habe, könne ein weiteres Mal zahlen, überwinden und dürfen Kommu-nalabgaben nicht zum Schauplatz von Umverteilungskämpfen werden lassen, sondern müssen die Lebensleistung der Menschen würdigen und sie entspre-chend behandeln.

*(Beifall BVB/FW)*

Das gilt ebenso für die Erschlie-ßungsbeiträge, die einer grundlegenden Reform unterzogen werden müssen.

Auch bei unbefestigten Straßen ma-chen wir uns mit Anträgen, Vorschlägen auf den Weg der Mitbestimmung und der spürbaren Entlastung. Vor allem brau-

chen wir auf diesem Weg Rechtsstaatlichkeit. Die jahrelangen Prozesse, wie im Bereich der Altanschießerbeiträge, auf deren Wegen sich die Verbände wie losgelöst von Recht und Gesetz eine Volte nach der anderen ausdachten, müssen der Vergangenheit angehören.

*(Beifall BVB/FW)*

Um dies zu schaffen, meine Damen und Herren, brauchen wir gut ausgestattete Gerichte, motiviertes Justizpersonal. Nur wenn Verfahrensdauern noch einen Bezug zum Sachverhalt haben, wächst das Vertrauen in den Rechtsstaat. Daher erwarten die Bürger zu Recht, dass in allen Gerichtsbarkeiten zeitnah die nötigen Stellenaufstockungen nicht nur auf dem Papier, sondern tatsächlich erfolgen und alle Gerichte erhalten bleiben.

*(Beifall BVB/FW)*

Dasselbe gilt für Staatsanwaltschaft und Polizei. Dabei geht es nicht um gefühlte Sicherheit, sondern um echte Sicherheit, auf die es einen Anspruch gibt und deren untere Grenze nicht unterschritten werden darf. Deswegen werben wir auch für Reaktionszeiten bei der Polizei, vergleichbar mit denen von Rettungsdiensten.

*(Beifall BVB/FW)*

Meine Damen und Herren, wir haben heute schon vieles über soziale Gerechtigkeit gehört. Diese kann man nicht denken, ohne eine Antwort auf die drängende Frage nach ausreichend bezahlbarem Wohnraum zu geben. Das ist ein soziales Gebot, eine soziale Selbstverständlichkeit – zumindest sollte das so sein –,

denn bei Wohnraum geht es nicht um persönliche Begehrlichkeiten, sondern um ein Grundrecht, welches für ein gleichberechtigtes Leben absolut zu erfüllen ist, weshalb die Forderung völlig berechtigt ist. Deswegen muss das Land alle Instrumente ausschöpfen, die gegeben sind – Kappungsgrenzenverordnung, Kündigungssperrfristverordnung –, die Erstellung qualifizierter Mietspiegel in den Kommunen unterstützen, denn gerade sie eignen sich als soziales Instrument, um galoppierende Mietpreiserhöhungen gerade mittelgroßer Vermieter zumindest ein Stück weit zu bremsen.

*(Beifall BVB/FW)*

Die Gründung kreislicher Wohnungsbaugesellschaften sollte gefördert werden. Gerade die Landkreise können aufgrund ihrer regionalen Struktur einen Ausgleich zwischen wirtschaftlich stärkeren und wirtschaftlich schwächeren Teilen des Landes schaffen und hier auch mit sozialem Augenmaß – noch mehr als eine einzelne Kommune – entsprechende Wohnbauten fördern und unterstützen, ob in Genossenschaftsmodellen oder in kreislichen Gesellschaften, um damit gutes Wohnen in allen Generationen und Lebenslagen zu ermöglichen. Das heißt, dass es sich für junge Leute lohnt, bei guten Wohnbedingungen in Brandenburg zu Hause zu sein, auch für ältere Bürger wie für Menschen mit Behinderungen, damit die Barrierefreiheit in Städten und Gemeinden auch in diesem Punkt weiter ausgebaut wird.

*(Beifall BVB/FW sowie der Abgeordneten Hildebrandt [SPD])*

Meine Damen und Herren, soziale Gerechtigkeit bedeutet aber auch gesellschaftliche Teilhabe, und das heißt für uns als BVB / FREIE WÄHLER zuvörderst Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs als Garant für Mobilität und tatsächlich gleichwertige Lebensverhältnisse. Gerade Landkreise mit hoher Rücklage – und davon gibt es einige – können noch stärker kommunale Buslinien fördern. Das Land sollte das unterstützen, denn hierbei geht es nicht um eine Luxusforderung, sondern um die Möglichkeit, alle Landesteile gut zu erreichen, und darum, ein gut angebundenes Leben zu ermöglichen. Das Land sollte das stärker unterstützen. Das Gleiche gilt für eine kreisgrenzenübergreifende Linienführung von Bussen – es wird immer wieder von vielen Bürgerinnen und Bürgern beklagt, dass dort großer Mangel herrscht. Dazu gehört im Land Brandenburg zentral der Schienenpersonennahverkehr, noch vor dem Busverkehr.

Die Zielbekenntnisse, die wir alle Jahre oder Monate wieder hören, reichen nicht aus. Wir brauchen einen konkreten, messbaren Fortschritt, denn nur er ist Garant für wettbewerbsfähige Regionen und die Attraktivität aller Landesteile, beispielsweise auch für Berufsanfänger. Deswegen braucht es neben den hier genannten Punkten auch die Realisierung der S-Bahn-Anbindung an Stahnsdorf, den 10-Minuten-Takt für S1 und S2, eine bessere Regionalanbindung von solchen wichtigen Orten wie Rheinsberg, Bad Freienwalde, Senftenberg und vielen anderen Orten in unserem Land.

*(Beifall BVB/FW)*

Es geht dabei nicht um Bequemlichkeit, sondern um die Feststellung, dass es nicht nur im Berliner Speckgürtel Zugdruck gibt. Und den Gemeinden dort müssen wir die Chance geben, sich auch etwas anderes als grenzenloses Wachstum zu verordnen.

Immer mehr Flächenversiegelungen und Nachverdichtungen führen zu verkehrlichen Belastungen. Dem muss man das Ziel eines organischen Wachstums und des Erhalts von Grünflächen und gewachsenen Stadtbildern entgegenhalten. Denn flächenmäßige Gewinnmaximierung darf nicht zur Beschränkung von Wohnqualität und Beeinträchtigung erhaltenswerter Umwelt im berlinnahen Raum führen.

*(Beifall BVB/FW sowie vereinzelt AfD)*

Doch, meine Damen und Herren, das kennen wir aus einem anderen Bereich. In Brandenburg wird wie in keinem zweiten Bundesland so selbstverständlich in Natur und Umwelt eingegriffen, um privatprofitorientierte Interessen Einzelner zu bedienen. Durch die Errichtung von fast 4 000 Windrädern hat Brandenburg seinen Beitrag zur Energiewende geleistet. Aufgrund der Volatilität und mangels Speicherkapazitäten wird bereits seit einigen Jahren kein zusätzlicher Strom produziert. Jeder, der hier erzählt, man müsse mehr Windräder bauen, um den Kohleausstieg zu schaffen, täuscht also die Öffentlichkeit.

*(Beifall BVB/FW sowie vereinzelt AfD)*



Zu Beginn der letzten Wahlperiode hatten wir etwa 3 300 Windräder in Brandenburg und deckten 60 % unseres täglichen Durchschnittsstrombedarfs mit Strom aus Braunkohle. Zu Beginn dieser Wahlperiode, also fünf Jahre später, haben wir 3 900 Windräder und decken 60 % unseres täglichen Durchschnittsstrombedarfs mit Strom aus Braunkohle – und das trotz des Vorrangs des Stroms aus erneuerbaren Energien, weiterhin bestehender EEG-Förderung und sonstiger Subventionierungen. Der Strom aus Windrädern stößt in Brandenburg an seine natürlichen Grenzen. Es werden nur noch Überkapazitäten produziert; das wollen manche leider nicht zur Kenntnis nehmen.

*(Beifall BVB/FW)*

Die Folge ist der höchste Strompreis Europas bei uns in Brandenburg, ein wirtschaftlicher Nachteil und das auch noch auf Kosten der Umwelt. Wie es der Ministerpräsident Anfang 2018 formulierte: eine der größten Umverteilungen von unten nach oben. – Und er hatte recht. Leider schlägt sich das im Koalitionsvertrag nicht nieder.

*(Beifall BVB/FW sowie vereinzelt AfD)*

Daher, meine Damen und Herren, sagen wir als BVB / FREIE WÄHLER: Die Belastungsgrenze ist erreicht. Wir brauchen kurzfristig ein Moratorium für den Ausbau von Windenergie, wie es auch Teile dieser Koalition in der vergangenen Wahlperiode noch gefordert haben, sondern eine Garantie, dass zumindest nicht in Wäldern und am Rande von Natur-

schutzgebieten gebaut wird – das kann man wohl erwarten –, und eine Abstandsregelung, meine Damen und Herren, die den veränderten Höhenggebenheiten der Anlagen Rechnung trägt. Das sind nicht die 1 000 Meter, die im Übrigen in weiten Teilen nicht beachtet werden. Gehen Sie nach Crussow bei Angermünde – 750 Meter Abstand – oder nach Horstfelde bei Zossen – 600 Meter Abstand. Auch das ist Realität in Brandenburg.

*(Dr. Redmann [CDU]: Das ist ein Problem!)*

Dazu gehört: Schluss mit der Diffamierung all jener, die sich zusammen mit dem NABU und Umweltschutzbürgerinitiativen vor Ort für den Naturschutz einsetzen.

*(Beifall BVB/FW)*

Es braucht eine echte Hilfe für lärm-belastete Anwohner, denn da rauscht es wirklich, Herr Ministerpräsident, und das rund um die Uhr. Diesen Anwohnern wollen wir gegen Verhöhnung zur Seite stehen.

Dazu gehört auch der geordnete Ausstieg aus der Braunkohle, keine Frage. Wir als BVB / FREIE WÄHLER bekennen uns zum Kompromiss der Kohlekommission. Er bereitet den Ausstieg vor und trägt dabei auch der sozialen Verantwortung Rechnung: kein hochnäsiges Dozieren und wirtschaftliche Fantasieüberlegungen, sondern Erkennen der örtlichen Realitäten. Cottbus wird keine Beamtenstadt und die Lausitz keine Behördenregion sein, sondern all die hart arbeitenden Menschen, die es satthaben, zum

Spielball von Lobbygruppen und hochgeschaukelter politischer Stimmung gemacht zu werden, benötigen eine Perspektive. Deren Umsetzung braucht nun einmal Zeit und muss darin bestehen, dass Forschung, Wissenschaft und Zukunftstechnologie noch enger verzahnt werden, die BTU mit der medizinischen Fakultät gestärkt wird – was von allen unterstützt wird –, Gründer zielgerichtet gefördert und Kooperationen mit Unternehmen ausgebaut werden.

Doch, meine Damen und Herren, wir denken natürlich auch an andere Landesteile. Das kommende Jahrzehnt muss aus unserer Sicht eines des Infrastruktur-Boosts der berlinfernen Regionen werden: Stärken der medizinischen, schulischen und verkehrstechnischen Infrastruktur. Dazu gehört endlich eine europaweit wettbewerbsfähige Internet- und Mobilfunkversorgung. Das ist kein lustiges Evergreen, sondern ein knallharter wirtschaftlicher Standortnachteil, der behoben gehört, und zwar hier und jetzt, so schnell wie möglich. Denn das belastet die kleinen und mittelständischen Unternehmen am meisten. Ebenso müssen viele Landesstraßen von ihrem derzeitigen Walter-Ulbricht-Gedenkzustand

*(Beifall und Lachen BVB/FW sowie vereinzelt AfD)*

in eine Qualität versetzt werden, die des 21. Jahrhunderts würdig ist.

Meine Damen und Herren, wir brauchen auch eine Schulgarantie, und zwar für alle Schulen auch im ländlichen Raum. Dazu gehört eine Garantie für einen Zeitrahmen, der einer Schule ange-

messen ist. Das sind nicht 1, 2 oder 3 Jahre, sondern 10 oder 20 Jahre,

*(Beifall BVB/FW sowie der Abgeordneten Dannenberg [DIE LINKE])*

denn nur das schafft Sicherheit für Eltern, Schüler und Lehrer, hat aber auch eine wesentlich weiter gehende Verbundwirkung für den Ort insgesamt. Dadurch gewinnt ein Ort an Attraktivität und generell an Stabilität. Für all das brauchen wir keine zusätzlich geschaffenen Stellen mit der Schärpe des Regionalkoordinators, sondern gut ausfinanzierte und rechtlich gestärkte Kommunen mit ihren bestehenden Selbstverwaltungsstrukturen.

*(Beifall BVB/FW sowie des Abgeordneten Dr. Berndt [AfD])*

So unterstützen wir als BVB / FREIE WÄHLER grundsätzlich die Kreditaufnahme, fordern aber entsprechende Klarstellungen im Gesetz. Nur fürs Protokoll: Nein, mehr Geld für den BER ist keine Zukunftsinvestition.

*(Beifall BVB/FW sowie vereinzelt AfD)*

Der macht uns wahrlich nicht zur Gewinnerregion. Wir erwarten daher eine verbindliche – das betone ich – Aus- und Zusage, dass kein weiteres Landesgeld – ob als Darlehen oder dann umgewandelt als Stammkapitalerhöhung – in diese betonierte Dauerlast fließt.

*(Beifall BVB/FW sowie des Abgeordneten Dr. Berndt [AfD])*

Es braucht einen echten Schallschutz für alle Betroffenen vor der Inbe-

triebnahme – wie es ihnen gesetzlich zu-  
steht, meine Damen und Herren.

*(Beifall BVB/FW)*

Denn das ist keine Luxusforderung zur Aufwertung der Grundstücke, sondern Gesundheitsschutz. Das ist grundgesetzlich verbürgter Grundrechtsschutz. Und es muss auch Schluss sein mit dem Verhöhnen der Anwohner, von wegen, sie hätten doch gewusst, wohin sie ziehen: Die Allermeisten haben schon immer dort gewohnt, und auch die, die dorthin gezogen sind, haben einen Anspruch darauf, dass ihnen der gesetzlich garantierte Immissionsschutz im Rahmen des Gesundheitsschutzes auch zuteilwird.

*(Beifall BVB/FW sowie des Abgeordneten Dr. Berndt [AfD])*

Deswegen braucht es ein klares, belastbares, rechtlich sicheres Nachtflugverbot, eine verbindliche Absage an eine weitere Start- und Landebahn an diesem im Übrigen ungeeigneten Standort.

*(Beifall BVB/FW)*

Meine Damen und Herren, ich möchte auf ein anderes Thema zu sprechen kommen, welches uns in der vergangenen Wahlperiode intensiv bewegt hat: die Migration und der Flüchtlingszuzug, die gerade im Jahr 2015 und den nachfolgenden Jahren zu sehr vielen Debatten und Anstrengungen hier im Land geführt haben. Brandenburg hat in Würdigung seiner Geschichte im Sinne der Nächstenliebe und Gastfreundschaft gehandelt. Hierbei gilt die Anerkennung nicht uns hier im Landtag, dafür, dass wir dafür die Rahmenbedingungen geschaffen haben,

sondern den Kommunen und Ehrenamtlern, die all das gestemmt haben. Es waren die Initiativen vor Ort, es waren die Kommunen, die diese Kraftanstrengungen im – ich nenne es einmal so – operativen Bereich zu vollbringen hatten.

Doch nun müssen wir auch eine weitere Ebene der Integration beschreiten. Neben dem Ankommen und der Existenzsicherung geht es jetzt darum, Integration in Sprache, Beruf und soziokulturelle Teilhabe zu ermöglichen. Dazu braucht es eine stärkere Unterstützung der Kreisvolkshochschulen, die eine qualitativ hervorragende Arbeit leisten. Sie müssen die Möglichkeit bekommen, ihre Sprachkurse auch in allen Teilen, allen Regionen ihrer Landkreise anzubieten.

Meine Damen und Herren, Brandenburg braucht auch wieder ein Studienkolleg. Alle reden davon, Fachkräftezuwanderung zu unterstützen sowie Fachkräftebetätigung zu ermöglichen und zu erleichtern. Wir sind neben Bremen das einzige Bundesland, das kein Studienkolleg hat, obwohl dieses Migranten ermöglicht, ihre ausländischen Studienabschlüsse anerkennen zu lassen, auf die deutsche Hochschulreife vorbereitet zu werden und dadurch gerade in hochqualifizierte Berufe einzusteigen. Deswegen können wir nicht immer auf Berlin verweisen, sondern brauchen wie jedes andere Flächenland auch ein Studienkolleg, um in diesem Bereich voranzukommen.

*(Beifall BVB/FW)*

Dazu gehört auch eine Unterstützung der migrantischen Selbsthilfegruppen und die Stärkung der migrantischen Selbstverwaltung durch Direktwahl der

Migrationsbeiräte in ganz Brandenburg. So fördern wir christlichen, humanistischen Geist, schaffen messbare Integration und nehmen Vorurteilen den Wind aus den Segeln.

*(Beifall BVB/FW)*

Lassen Sie uns in dieser Wahlperiode auch hier eine gemeinsame Kraftanstrengung vollbringen, denn sie wird sich auszahlen. So stärken wir unser demokratisches Gemeinwesen.

*(Beifall BVB/FW)*

Meine Damen und Herren, zur Stärkung des demokratischen Gemeinwesens gehört noch etwas anderes: Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass sich die Brandenburger eine Meinung zu Sachfragen bilden und diese auch gehört wissen wollen. Eine repräsentative Demokratie punktuell durch direktdemokratische Elemente zu ergänzen und zu bereichern ist das Gebot der Stunde.

*(Beifall BVB/FW sowie vereinzelt AfD)*

Dazu gehört eine Senkung der Quoren für Bürgerentscheide. Wie kann es sein, dass für eine Sachfrage, in der durch die Bürger entschieden werden soll, ein höheres Quorum gilt als für die Wahl eines Hauptverwaltungsbeamten für acht Jahre?

*(Beifall BVB/FW sowie des Abgeordneten Drenske [AfD])*

Dazu gehören auch eine Erleichterung der Unterschriftensammlung bei Volksbegehren und eine Ausdünnung des Ausschlusskatalogs für Bürgerbegehren.

Bürger wollen und können auch sachverständig, nachhaltig und umsichtig über Bebauungspläne der Gemeinde entscheiden und sollten nicht nur gehört werden, sondern verbindlich über stadt- bzw. ortsbildprägende relevante Maßnahmen mitentscheiden können.

*(Beifall BVB/FW sowie vereinzelt AfD)*

Aus gegebenem Anlass füge ich hinzu, weil wir das in vielen Kommunen erleben: Es braucht Rechtssicherheit im Umgang mit Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden, damit keine Frustration um sich greift, wenn man von diesen gesetzlich gegebenen Instrumenten auch Gebrauch macht. Ein erster oder, wenn man so will, hier im Hause zweiter Schritt – nach der Einführung des Livestreams für Ausschusssitzungen – wäre die Einführung von Einwohnerfragestunden hier im Landtag, gerne auch als erstem Landtag Deutschlands. Meine Damen und Herren, alle reden von Schnellebigkeit und vielen komplexen Sachverhalten und Themen, die sich entwickeln. Wahlen können in dieser Schnellebigkeit und Komplexität nicht alle fünf Jahre jede Sachfrage vorhersehen. Deswegen brauchen wir ein themenbezogenes punktuelles Korrektiv in Form direktdemokratischer Beteiligungsmöglichkeiten. Die Möglichkeiten hierzu sollten auch in dieser Wahlperiode gestärkt werden.

*(Beifall BVB/FW sowie vereinzelt AfD)*

Meine Damen und Herren, wie ich eingangs sagte, wird es unsere Aufgabe sein, den Bürgern den Weg zu ebnen, so-

dass sie ihre Chancen, Wünsche, Potenziale und Hoffnungen umsetzen und verwirklichen können, auf dass all die Verheißungen, die dieses Land birgt, für jedermann und zu jeder Zeit erreichbar sein mögen. Das ist ab jetzt unser aller Auftrag – im Dienst für das Gemeinwesen, in Hingabe für die gerechten Belange und mit Einsatzbereitschaft für unsere Mitmenschen.

Immer wenn wir Brandenburger diese Werte würdigen, können wir unsere Ideen und Träume in die Tat umsetzen – im Dienst der Bürger. Nichts gegen die Bürger, alles mit den Bürgern und nichts ohne die Bürger!

*(Beifall BVB/FW)*

So verstehen wir uns auch als mutiges Sprachrohr der vielen, zugegebenermaßen kleinteiligen Anliegen der lokalen Bürgerinitiativen.

Meine Damen und Herren! Heute schlagen wir im Landtag sozusagen ein neues Kapitel auf. Seine Seiten sind noch nicht beschrieben, und sein Inhalt wird bestimmt sein von unserem Entschluss, was wir in diesem Land bewegen wollen,

und unserer Hartnäckigkeit. Für die BVB / FREIE WÄHLER Fraktion kann ich sagen: Solch ein Moment ist immer ein Schritt, der von großen Träumen, tiefer Entschlossenheit und Anfängen voller Demut gekennzeichnet ist. Den sich anschließenden Weg wollen wir nun beschreiten und wir strecken hierbei die Hand zur Zusammenarbeit aus und setzen auf gemeinsame Lösungen. Denn solange wir wahrhaftig zu unseren Idealen und treu an der Seite der Bürger stehen, wird uns das auch gelingen.

Ich wünsche Ihnen und uns allen – zuvörderst den Brandenburgern – eine erfolgreiche Wahlperiode und bedanke mich für Ihre mich beehrende Aufmerksamkeit.

*(Beifall BVB/FW sowie vereinzelt SPD, AfD und B90/GRÜNE)*

### **Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:**

Das Wort hat für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Raschke.



# Benjamin Raschke

Vorsitzender der Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**V**ielen Dank, Frau Präsidentin. – Sehr geehrte Gäste! Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe es genau beobachtet: Einige von Ihnen schauen schon länger ganz sehnsüchtig auf die Uhr. Ich kann das auch verstehen. Wir haben schon fast dreieinhalb Stunden Debatte, und – das ist jetzt irgendwie der Klassiker – nur ich stehe noch zwischen Ihnen und der Mittagspause.

*(Vereinzelt Heiterkeit)*

Da habe ich schlechte Nachrichten: Das dürfte in dieser Legislaturperiode wohl öfter passieren. Aber ich bin da Kummer gewohnt; ich kenne das schon aus der letzten Legislaturperiode, das hat sich für mich nicht verändert. Wenn ich mich ansonsten hier umschaue, sehe ich aber, dass sich einiges verändert hat: Ich sehe ein paar bekannte Gesichter, über die ich mich sehr freue; ich vermisse auch einige. Ich sehe viele neue Gesichter – einige von Ihnen durfte ich schon kennenlernen, andere noch nicht –, ich freue mich sehr auf die Zusammenarbeit. So richtig viel Zeit zum Kennenlernen gab es ja bisher auch nicht – wir sind alle in einer Umbruchphase und haben das auch heute gemerkt: Die Opposition ist



Benjamin Raschke

noch nicht sortiert, die Regierung sortiert sich noch.

*(Walter [DIE LINKE]: Wir sind ziemlich sortiert! – Vereinzelt Heiterkeit)*

Vieles ist noch ungewohnt, zum Beispiel, dass ich bzw. wir jetzt „unsere Minister“ und „unser Ministerpräsident“ sagen dürfen. Da schwingt ein bisschen Stolz mit, das merken Sie schon. Aber so richtig leicht geht das noch nicht von den Lippen.

*(Heiterkeit sowie Beifall B90/GRÜNE und SPD – Frau Dannenberg [DIE LINKE]: Das ist ja auch unser Ministerpräsident! Darf man das nur in der Koalition sagen?!)*

Und während ich in der letzten Legislaturperiode auch relativ frei darin war, zu klatschen, wann ich das wollte – bei guten Reden jeder Fraktion –, ist das jetzt ein bisschen anders. Die Sitten und Gepflogenheiten dieses Hauses sehen ja klassischerweise vor, dass man nur bei Koalitionspartnern klatscht.

*(Frau Dannenberg [DIE LINKE]: Das gibt's ja wohl gar nicht!)*

– Keine Sorge, ich werde mich daran auch nicht streng halten.

*(Walter [DIE LINKE]: Für uns ist das okay!)*

Aber an einer Stelle ist das – das habe ich im letzten Plenum gemerkt – für mich besonders ungewöhnlich: wenn Kollege Jörg Vogelsänger das Wort ergreift und dann auch noch zu Finanzen spricht. Lieber Kollege Jörg Vogelsänger, nehmen Sie es mir bitte nicht krumm, wenn ich da für die Umgewöhnung noch etwas länger Zeit brauchen werde.

*(Heiterkeit – Bischoff [SPD]: Das wird schon!)*

Insgesamt hat die neue Legislaturperiode für jeden – gerade von uns in diesem Raum – große Veränderungen gebracht und wird sicherlich unser Leben in den nächsten fünf Jahren prägen, aber nicht nur das Leben von uns 88 Abgeordneten, sondern insbesondere das der Menschen da draußen, der 2,5 Millionen Brandenburgerinnen und Brandenburger. Sie wird ihr Leben prägen. Nicht nur das Leben der Menschen, sondern – ich bin ja bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – auch das der Pflanzen und Tiere wird sich ändern.

*(Beifall des Abgeordneten Stefke [BVB/FW])*

Wenn ich eine Prognose wagen darf, sage ich – da erwarte ich wenig Widerspruch –, dass das Land in fünf Jahren nicht mehr das gleiche sein wird. Es wird

sich viel verändert haben. Und wenn ich in meine Glaskugel schaue – vielleicht gibt es da jetzt Widerspruch –, zeigt sie mir, dass sich das Leben für viele Menschen verbessert haben wird. Es wird sich verbessert haben, aber – um den Vorwurf gleich vorwegzunehmen – ich werde jetzt nicht in Euphorie ausbrechen. Keine Sorge, ich kenne die Mühen der Ebene und habe großen Respekt vor der Aufgabe, die wir alle uns aufgeladen haben. Was uns auch am Boden hält, ist, dass wir fast täglich neue Entdeckungen bezüglich Entscheidungen früherer Regierungen machen – angefangen beim Flughafen bis zur Gleichstellungspolitik –, die uns die eine oder andere Hypothek mitgeben. Aber insgesamt sind die Voraussetzungen gut: Wir leben in einem friedlichen Land, wir haben eine funktionierende Demokratie, und wir sind drei Partner, die sich unter sehr schwierigen Voraussetzungen zusammengefunden haben – und damit haben wir im Ergebnis eins: diesen Koalitionsvertrag.

*(Der Redner zeigt ein Exemplar des Koalitionsvertrags.)*

Mit diesem Koalitionsvertrag haben wir 50 Abgeordnete der Regierungsfraktionen, haben sich die Ministerinnen und die Minister auf der Regierungsbank viel vorgenommen. Anders gesagt: Wir haben Großes vor.

Der Ministerpräsident sagte es schon: Die Koalition soll ein Gewinn sein – ein Gewinn für das Leben der Menschen in diesem Land. Daran wollen wir hart arbeiten. Und weil es unter anderem Herr Walter gern konkret haben möchte, mache ich es sehr gern auch konkret.



Wenn Sie in Brandenburg leben und kleine Kinder haben, heißt das für Sie konkret: Wir werden in den nächsten fünf Jahren die Qualität in den Kitas verbessern. Aus unserer Idee eines Kitaqualitätsmonitorings für einige Kitas ist in diesem Koalitionsvertrag ein Kitacheck für alle über 2 000 Kitas in diesem Land geworden. Wir werden den Personalschlüssel verstärken. Zur Beitragsfreiheit wurde schon etwas gesagt, dazu muss ich nicht weiter ausführen.

*(Görke [DIE LINKE]: Doch!)*

Das ist das Anliegen, das Projekt von Gordon Hoffmann, Petra Budke, Katja Poschmann und Frau Ernst. Das ist unser gemeinsames Anliegen, für das wir viel Kraft brauchen werden – daher vielleicht ein kleiner Vorschussapplaus für die Kollegen, die daran arbeiten werden.

*(Beifall B90/GRÜNE, SPD und CDU – Walter [DIE LINKE]: Nicht zu glauben, da müsst ihr euch selbst beklatschen! – Rüter [SPD]: Sonst macht's ja keiner!)*

Wenn Sie ältere Familienmitglieder haben, Menschen in Ihrer Familie haben, die Sie pflegen, oder wenn Sie selbst der Pflege bedürfen, steht ab jetzt unsere Sozial- und Gesundheitsministerin Ursula Nonnemacher zur Verfügung.

*(Vereinzelt Heiterkeit)*

Sie hat an ihrer Seite einen großen Pakt für Pflege – wir haben es schon gehört: 30 Millionen Euro jährlich schwer. Das ist Geld, das ganz konkret investiert werden soll, um die Kommunen zu unter-

stützen, um Plätze in der Kurzzeit- und in der Tagespflege zu schaffen, um die Pflegestützpunkte auszubauen und die Gewinnung und Ausbildung von Fachkräften zu verbessern. Wenn Sie in Brandenburg leben und eine solche Fachkraft sind oder werden wollen, dann haben wir viel für Sie vor: Wir wollen die Arbeitszeitmodelle verändern, um den Beruf attraktiver zu machen. Wir bereiten eine große Anhörung zur Einführung einer Pflegekammer vor. Wir wollen die Pflegeschulen modernisieren. Das sind gemeinsame Projekte von Roswitha Schier, Carla Kniestedt, Günter Baaske und Ursula Nonnemacher. Auch sie, glaube ich, brauchen Kraft und könnten einen Vorschussapplaus gut vertragen.

*(Beifall B90/GRÜNE, SPD und CDU)*

Wenn Sie in Brandenburg gesund essen wollen oder Landwirt sind und Ihre Erzeugnisse zu einem fairen Preis verkaufen wollen oder wenn Sie Händlerin oder Gastwirtin sind und das beides zusammenbringen wollen, dann soll und wird diese Koalition ein Gewinn für Sie werden.

Denn wir werden ein Regionalsiegel für hochwertige Brandenburger Produkte einführen. Darauf freut sich unser Agrarminister Jörg Vogelsänger schon,

*(Lachen bei der SPD)*

sicherlich auch Ingo Senftleben, sicherlich auch Johannes Funke. Auch die werden hart daran arbeiten.

*(Beifall B90/GRÜNE)*

## **Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:**

Da ist Ihnen eben ein Name misslungen. Das ist der Herr Vogel.

## **Herr Abg. Raschke (B90/GRÜNE):**

Wenn Sie in Brandenburg ein Haus bauen wollen und das klimaschonend machen wollen, ist für Sie wichtig, dass wir in dieser Legislatur eine Holzbauoffensive starten wollen.

Da schaue ich jetzt zum Vorsitzenden des Umweltausschusses, Wolfgang Roick. Dem ist das ein Herzensanliegen, dass Sie in Brandenburg mit regionalen, einheimischen und klimaschonenden Rohstoffen bauen können.

Wenn Sie in Brandenburg – Stichwort Miete, liebe Kollegen von der Linken – genossenschaftlich bauen wollen, dann wird diese Koalition das unterstützen.

Wenn Sie die Handwerkerin oder der Handwerker sind, die oder der diese Häuser und diese Wohnungen baut, vielleicht kurz vor der Rente stehen und Ihre Rechnung nicht bezahlt bekommen, dann müssen Sie heute vor Gericht noch lange – viele Monate – auf ein Urteil warten.

Wir haben jetzt im Koalitionsvertrag vorgesehen, dass wir die Justiz auch als Säule des Rechtsstaats mit 30 Nachwuchsstellen für Juristinnen und Juristen pro Jahr sowie mit 40 Stellen für weitere Gerichtsdienste stärken. Dafür werde ich mich auch gern persönlich mit Tina Fischer, mit Danny Eichelbaum, mit Erik

Stohn einsetzen. Ich denke, unsere neue Justizministerin wird nichts dagegen haben. – Die ist schon hinausgegangen, die arbeitet schon daran.

*(Heiterkeit B90/GRÜNE)*

Ich hoffe, dass wir auch die Frau Finanzministerin davon überzeugen werden.

*(Vereinzelt Beifall B90/GRÜNE, SPD und CDU)*

Wenn ich bei der Rechts- und Innenpolitik bleibe:

*(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE)*

Wenn Sie in Brandenburg zum Beispiel an der Landesgrenze leben und sich Sorgen um Ihre Sicherheit machen, dann wird diese Koalition ein Gewinn für Sie sein, weil wir die Polizei deutlich stärken werden. Umgekehrt gilt: Wenn Sie eine Polizistin oder ein Polizist einmal ausnahmsweise unangemessen behandelt haben sollte, dann werden Sie sich vertrauensvoll an eine Polizeibeschwerdestelle wenden können, die diese Regierung, diese Koalition einrichten wird.

*(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE)*

Auf dieses Gleichgewicht haben wir uns bei der inneren Sicherheit geeinigt. Marie Schäffer, Inka Gossmann-Reetz und sicherlich auch Björn Lakenmacher werden mit Argusaugen darüber wachen, dass dieses Gleichgewicht eingehalten wird. Und sie werden dabei unseren Innenminister, der gerade nicht im Saal ist – der arbeitet wahrscheinlich schon daran –, sicherlich unterstützen.

Sie merken schon: Für fast jede Lebenslage soll diese Koalition ein Gewinn sein.

Ich will es nicht übertreiben, aber doch noch einen Bereich aufzählen, in dem wir vorhaben, dieses Land über Jahre und Jahrzehnte zu prägen wie sonst in keinem anderen Bereich. Wenn Sie bisher in Brandenburg im Stau stecken, weil zum Beispiel kein Zug oder Bus fährt, oder wenn diese Züge fahren, aber völlig überfüllt sind, oder wenn sie – gefühlt – nie kommen, soll sich das ändern.

Herr Minister Beermann hat eines der größten Aufgabenpakete zu bewältigen: mehr Züge, mehr Sitzplätze, bessere Taktung. Wir haben heute schon mehrfach gehört, die S-Bahn soll langfristig im 10-Minuten-Takt fahren, die Oberzentren sollen alle 60 Minuten an Berlin angebunden sein, wir wollen alte Strecken reaktivieren, wir wollen, dass im ländlichen Raum mehr Busse fahren, wir wollen die Bahnhöfe zu Mobilitätszentralen umbauen, wo man beispielsweise ein Fahrrad ausleihen kann.

Überhaupt, wenn Sie in Brandenburg gern Fahrrad fahren – völlig egal, ob auf dem Dorf oder in der Stadt –, dann haben wir jetzt zusätzlich 20 Millionen Euro für Radinfrastruktur im Gepäck. Da sehe ich schon die Tatkraft in den Augen von Clemens Rostock, von Britta Kornmesser und vielleicht auch von der neuen Kollegin Nicole Walter-Mundt von der CDU leuchten.

*(Beifall B90/GRÜNE, SPD und CDU)*

Der Vorsitzende des Flughafenausschusses ist auch dabei. Wenn ich ihn

anschau, muss ich auch noch einmal darauf hinweisen: Ja, der BER wird das größte Infrastrukturvorhaben dieser Regierung werden. Aber das Thema Fluglärm und Schallschutz soll nicht außen vor bleiben. An dieser Stelle wird sich zumindest eine Sache nicht verändern oder verschlechtern. Auch diese Koalition hat sich ganz klar dazu bekannt: Keine dritte Start- und Landebahn am Flughafen!

*(Beifall B90/GRÜNE und SPD)*

Ich könnte jetzt noch lange so weitermachen. Wir haben viele Verbesserungen vor, und wir haben viel Arbeit für jeden Einzelnen von uns 50 Abgeordneten vor uns. Aber ich will nicht überziehen und es auch nicht übertreiben, will es jedoch auch nicht kleinreden oder schönreden. Das wird richtig viel Arbeit werden, einige Sachen sind da auch noch nicht ganz konkret und einiges wird sich auch nicht ändern und nicht zum Besseren wenden.

Einiges wird sich nicht zum Besseren wenden; deshalb zum Schluss dieser Aufzählung eine Warnung: Wenn Sie in Berlin sind, großzügig einkaufen und beispielsweise mehr als 5 Gramm Cannabis dabei haben, überqueren Sie bitte nicht die Landesgrenze.

*(Heiterkeit B90/GRÜNE)*

Wir konnten uns im Koalitionsvertrag nicht darauf einigen, die Freigrenze zu erhöhen.

*(Vereinzelt Beifall SPD und CDU)*

Ich beende diese Aufzählung jetzt aber auch aus einem anderen Grund. Denn ja, es ist richtig, wir wollen dafür

sorgen, dass diese Koalition für jede Einzelne und jeden Einzelnen in Brandenburg ein Gewinn ist und individuelle Verbesserungen bringt. Ich würde sagen, das ist schon Grund genug, dass sich drei so unterschiedliche Partner an einen Tisch setzen und fünf Jahre lang schwierige Verhandlungen miteinander führen werden, miteinander ringen werden und aus den Unterschieden Kraft schöpfen. Aber das allein reicht nicht. Es geht nicht nur um individuelle Vorteile Einzelner, sondern unser Anspruch ist höher. Wir wollen – da schließe ich mich den Worten unseres Ministerpräsidenten an – Gemeinschaft schaffen.

Das zeigt sich schon im allerersten Wort der Überschrift dieses Koalitionsvertrages: Zusammenhalt. Da gibt es in diesem Land tatsächlich viel zusammenzubringen und zu einen. Einiges wurde schon angesprochen. Eine der größten Aufgaben ist aus meiner Sicht, die Kluft zwischen Stadt und Land zu überwinden, sind die ländlichen Räume.

Wir als Bündnisgrüne haben dazu in der letzten Legislaturperiode eine Enquetekommission angestoßen. In dieser Kommission haben wir fraktionsübergreifend wirklich hart und gut zusammengearbeitet. Ich möchte mich an der Stelle dafür noch einmal bedanken. Als Ergebnis der Arbeit dieser Kommission ist der Bericht der Enquetekommission 6/1 entstanden. Er war Grundlage für viele Forderungen im Koalitionsvertrag, und er wird auch Grundlage vieler unserer Handlungen sein.

Man merkt das auch an den Reden der Vorrednerinnen und Vorredner: Das ist fraktionsübergreifend verinnerlicht

worden. Die ländlichen Räume sind tatsächlich ein Thema geworden. Im Ergebnis würde ich die Arbeit der Enquetekommission so zusammenfassen: Ja, es gibt in diesem Land viele Orte, an denen das Gefühl herrscht, politisch abgehängt und von Potsdam vergessen worden zu sein. Es gibt Orte, an denen gibt es Einsamkeit, Müdigkeit, Wut, aber es gibt überall im Land – das haben wir in dieser Enquetekommission gemeinschaftlich gelernt – unglaublich großes Potenzial.

Die Ergebnisse der Enquetekommission möchte ich in drei Schlussfolgerungen zusammenfassen. Schlussfolgerung eins: Wir müssen mehr politische Kraft auf die ländlichen Räume richten, um sie nachhaltig zu entwickeln, und zwar von unten. Das genau soll jetzt geschehen. Einiges davon haben wir schon gehört. Die Verkehrsprojekte habe ich gerade angesprochen, der „Zukunftsinvestitionsfonds“ war eben Thema und kommt auch beim nächsten Tagesordnungspunkt wieder zur Sprache. Der Ministerpräsident hat heute Morgen die neuen Leitlinien der Landesplanung ausgegeben. Wir werden große Projekte starten – hier sehe ich jetzt Isabell Hiekel an – wie zum Beispiel die INA, die Internationale Naturausstellung Lieberose, wo wir Naturschutz und ländliche Entwicklung in einem einzigartigen Modell zusammenbringen wollen. Natürlich haben wir auch einen Minister für ländliche Räume, Axel Vogel, der sich dazu bereit erklärt. Wir werden das mit Tatkraft angehen.

Schlussfolgerung zwei aus der Arbeit dieser Enquetekommission ist: mehr Dialog, mehr Dialog auf Augenhöhe. Der Ministerpräsident meinte heute Morgen, er

habe Lust darauf. Das zieht sich durch den ganzen Koalitionsvertrag: mehr Beteiligungsformen, eine Stabsstelle für die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger nicht nur, aber auch der ländlichen Räume, ein Parlament der Dörfer unterstützt von der Landesregierung, von den regierungstragenden Fraktionen, vielleicht auch von uns allen, eine Initiative der Dorfbewegung und ein Dialog- und Beteiligungsportal soll es geben.

Damit verbunden ist die dritte, aus meiner Sicht wichtigste Schlussfolgerung aus der Arbeit der Enquetekommission: Raus, raus, raus! Die Enquetekommission hat gute Empfehlungen für die Arbeit in diesem Landtag gegeben. Ich nenne zum Beispiel die Einführung von Livestreams von Ausschusssitzungen. Mehrere Ausschüsse haben das bereits aufgegriffen bzw. werden das noch aufgreifen. Aber vor allen Dingen ist die Empfehlung: Raus, mehr Sitzungen von Landtagsgremien außerhalb dieses Gebäudes! Ich freue mich auch sehr darüber, dass jetzt in einigen Fachausschüssen schon darüber diskutiert wurde, welche Sitzung draußen stattfinden kann. Ich werbe sehr dafür, dass es nicht nur die eine oder andere Sitzung ist, sondern wirklich verstärkt Sitzungen draußen stattfinden. Im Rechtsausschuss haben wir uns schon einmal am Rande ausgetauscht. Wir haben ja im Rechtsausschuss schon die gute Tradition, die Justizvollzugsanstalten zu besuchen – da passt „Raus, raus, raus!“ vielleicht nicht ganz so –,

*(Allgemeine Heiterkeit)*

aber wir werden auch Gerichtsstandorte besuchen, um uns selbst ein Bild von der Lage vor Ort zu machen.

Zusammengefasst: Wir müssen den Fokus und die Kraft mehr auf die ländlichen Räume richten. Ich werbe sehr dafür, diese Aufgabe – genauso wie in der letzten Legislatur; da schaue ich jetzt auf die Freien Wähler und auf Die Linken – gemeinschaftlich anzugehen, denn da kann es keine Parteipolitik geben.

*(Beifall B90/GRÜNE, SPD und CDU)*

Sie merken schon, ich werde hier mit fortschreitender Rede Stück für Stück anspruchsvoller. Mehr individuelle Vorteile für einzelne Personen in Brandenburg und mehr gesellschaftlicher Zusammenhalt allein reichen immer noch nicht. Nein, unser Anspruch ist noch größer und reicht über die Landesgrenzen hinaus. Deswegen lassen Sie mich zum Schluss noch auf drei Bereiche eingehen, in denen wir einen Teil der globalen Verantwortung tragen müssen und auch tragen wollen.

Das ist zum einen die Artenvielfalt: Vielleicht erinnert sich die eine oder der andere von Ihnen an den Mai dieses Jahres – wahrscheinlich nicht; wahrscheinlich waren wir alle viel zu sehr mit den Kommunalwahlen beschäftigt –, als der Weltbiodiversitätsrat einen Bericht herausgegeben hat. Dieser Bericht hat es in sich. Nach diesem Bericht ist es so, dass 23 % der Landfläche dieses Planeten ökologisch so heruntergewirtschaftet sind, dass sie nicht mehr nutzbar sind.

Dieser Bericht sagt auch, dass eine Million Arten akut vor dem Aussterben stehen, wenn wir nicht sofort und grund-

legend unsere Wirtschaft und unsere Lebensweise ändern.

Wir hier in Brandenburg haben da einen regelrechten Schatz. Bedingt durch die Erfolge des Umwelt- und Naturschutzes in den Gründungsjahren dieses Landes, an die wir anknüpfen wollen, haben wir einen Naturreichtum – der Herr Ministerpräsident nannte es heute Morgen Tafelsilber –, einen Schatz, den wir hüten wollen, der Grundlage für die Lebensqualität im ländlichen Raum und auch für den boomenden Naturtourismus ist. Aber es ist ein Schatz, der immer kleiner wird, und die Koalition hat sich darauf verständigt: Den wollen wir behalten und mehr.

Darum haben gerade wir als Bündnisgrüne in den Koalitionsverhandlungen hart gerungen. Ich kündige an: Wir werden auch in den nächsten fünf Jahren im Detail hart ringen. Aber wir haben auch bei beiden Koalitionspartnern Bereitschaft gesehen, Menschen getroffen, die uns unterstützen und mit uns gemeinsam die Dinge voranbringen wollen.

Konkret sieht das auferlegte Programm sehr ambitioniert, aber auch sehr gut aus. Ein Beispiel: Die Menge der eingesetzten Pestizide – wir nennen das jetzt gemeinschaftlich chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel

*(Vereinzelt Beifall SPD und CDU)*

– vielen Dank – wollen wir bis 2030 halbieren. Wir werden mehr Personal für die Großschutzgebiete und vor allem für das Ministerium bekommen, für Aufgaben wie Insektenschutz, aber auch für eine Aufgabe, die bisher – wir haben es gerade gehört – sträflich vernachlässigt wurde,

nämlich die Kofinanzierung von Bundesmitteln. Das ging in der Vergangenheit manchmal gar nicht deswegen in die Hose, weil das Geld fehlte, sondern weil das Personal fehlte, das die Kofinanzierungsmittel bereitstellen und verwalten konnte. Dieses Personal werden wir bereitstellen.

Wir haben eine Entsiegelungsstrategie für Flächen im Programm. Wir haben Wildnisgebiete im Programm – ein hart errungener Punkt in den Koalitionsverhandlungen –, die sollen Teil des Brandenburger Naturerbes werden. Aber vor allem haben wir Programme und Mittel für eine nachhaltige Landnutzung. Denn der Grundkonsens dieser Koalition ist, dass wir beides schaffen wollen: Artenvielfalt und Einkommen. Das ist unser gemeinsamer Anspruch, und daran werden wir als Bündnisgrüne Sie, liebe Koalitionspartner und -partnerinnen, bei Bedarf gerne erinnern. Wir sind gleichzeitig bereit, voneinander zu lernen. Eine der wesentlichen Erkenntnisse aus den Koalitionsverhandlungen war für mich: Wir haben oft unterschiedliche Konzepte und Ziele, aber am Ende zählt das Ergebnis.

Das gilt auch für den zweiten Bereich, bei dem wir globale Verantwortung tragen: den Klimaschutz. Auch hier werden wir über Wege und Konzepte noch hart miteinander diskutieren. Und auch hier werden wir Sie – sogar in noch stärkerem Maße – im Zweifel an unsere gemeinsamen Ziele erinnern. Denn es ist kein Geheimnis: Uns Grünen und für den Klimaschutz reicht das, was momentan auf Bundesebene passiert und was im Koalitionsvertrag steht, noch nicht aus. Aber wir haben die ehrliche Bereitschaft

vernommen und konkrete Projekte vereinbart, um die gemeinsamen Ziele zu erreichen und große Schritte in die richtige Richtung zu gehen. Konkret: Mit uns wird es in dieser Koalition gemeinschaftlich keinen neuen Tagebau geben, kein Dorf wird mehr abgebaggert und kein Dorf wird mehr umgesiedelt.

*(Beifall B90/GRÜNE sowie vereinzelt CDU)*

Dafür wollen wir gemeinsam den Strukturwandel in der Lausitz voranbringen. Da reden wir über Arbeitsplätze – das wurde heute schon ausgeführt –, wir reden aber auch über Lebensqualität. Ich nenne nur die Stichworte „Klare Spree“ und „Sulfat“.

Brandenburg soll bei den erneuerbaren Energien, bei neuen Technologien Vorreiter werden. Wir haben eine reiche Forschungslandschaft, auf die wir aufbauen. Wir sammeln ja jetzt bei Tesla Erfahrungen, wie das funktioniert, wenn man das in Taskforces koordiniert vorantreibt, wie man es schaffen kann, sie anzusiedeln und gleichzeitig die hohen Standards, die wir hier in Sachen Öffentlichkeitsbeteiligung und Umweltschutz haben, zu halten.

Wir wollen CO<sub>2</sub> binden. Ich sage noch einmal: Wolfgang Roick – Holzbaustrategie. Ich sage: Isabell Hiekel – Moorschutz. Da haben wir viel vor. Und wir wollen vor allem CO<sub>2</sub> einsparen: nicht nur, aber vor allem mit den Projekten im öffentlichen Nahverkehr und dem Ausbau der Windkraft. Da haben wir sehr konkrete Ziele vereinbart. Um den Ausbau der Solarenergie werden wir im Detail noch ringen.

Das Ganze soll am Ende in einer verbindlichen gemeinsamen Klimastrategie gebündelt werden. Da wird der Minister für Klimaschutz, da werden die Kolleginnen und Kollegen im Kabinett viel Arbeit vor sich haben, aber auch wir 50 Abgeordneten der Koalitionsfraktionen und alle 88 Abgeordneten hier im Parlament zusammen. Denn wir haben vereinbart, dass es in diesem Landtag in Zukunft einen Klimacheck geben soll. Jedes einzelne Gesetz, das diesen Landtag verlässt, soll darauf geprüft werden, welche Auswirkungen es auf den Klimaschutz hat. Vor allem wird es beim Haushalt interessant. Sie kennen die alte Regel: Der Haushalt spricht die Wahrheit. – Klimaschutz soll, neben Infrastruktur, Bildung und Erhalt der Artenvielfalt, einer der Schwerpunkte der nächsten fünf Jahre werden. Das alles sind große Schritte in die richtige Richtung, und deshalb wird diese Koalition auch beim Klimaschutz ein Gewinn sein.

*(Beifall B90/GRÜNE sowie vereinzelt SPD und CDU)*

Es gibt noch einen dritten Bereich, in dem wir gemeinsam unseren Teil der globalen Verantwortung tragen. Ich habe meine Rede mit der Feststellung begonnen, dass wir hier Frieden und eine funktionierende Demokratie haben. Das ist ein Glücksfall, das haben nur wenige Orte auf diesem Planeten. Und viele Menschen auf diesem Planeten sind in Not. Einige wenige von ihnen suchen bei uns Hilfe. Ich bin froh und dankbar, dass wir uns in der Koalition darauf einigen konnten, nicht nur gemeinsam und entschieden gegen Rechtsextremismus ein-

zutreten, sondern auch konkret Solidarität und Hilfsbereitschaft zu zeigen: mit einem fortgesetzten Aufnahmeprogramm für syrische Flüchtlinge, mit der Aufnahme von aus Seenot geretteten Flüchtlingen, mit einem Aufnahmeprogramm für besonders Schutzbedürftige und einem zusätzlichen Aufnahmekontingent für verfolgte Christinnen und Christen.

Das ist auch kein Geheimnis: Gerade bei Integration und Asyl haben wir sehr unterschiedliche Blickwinkel und werden auch in Zukunft den einen oder anderen Strauß miteinander ausfechten. Da sehen wir uns Grüne auch in besonderer Verantwortung. Aber dass wir diesen gemeinsamen Konsens, diese gemeinsame Basis gefunden haben und gemeinsam diese Hilfsangebote unterbreiten können, macht mich stolz und lässt mich sehr zuversichtlich auf die nächsten fünf Jahre blicken.

*(Beifall B90/GRÜNE, SPD und CDU)*

Weil ich Sie nicht länger von der Mittagspause abhalten will, eine Zusammenfassung: Ja – ich schließe mich den Vordnern an –, wir schlagen hier ein neues

Kapitel für Brandenburg auf; ja, wir haben viel Arbeit vor uns. Es wird und es soll das Leben vieler Menschen in Brandenburg verbessern. Wir wollen Gemeinschaft schaffen und unsere Verantwortung in Europa und der Welt tragen. Und natürlich, liebe Opposition, sind das noch Ankündigungen, Projekte und Ziele. Wie sollte das am Anfang der Legislaturperiode auch anders sein? Aber Sie spüren unsere Tatkraft, und Sie sehen, was wir vorhaben. Und eines gilt sicherlich für uns alle, und das lässt sich überhaupt nicht vermeiden: Wer im Landtag sitzt, schreibt Geschichte. Und ich würde mich freuen, wenn wir gemeinsam daran arbeiten, dass es eine sehr gute Geschichte für Brandenburg wird. – Herzlichen Dank.

*(Starker Beifall B90/GRÜNE, SPD und CDU)*

### **Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:**

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Aussprache zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten.





Herausgeber: Landtag Brandenburg, Öffentlichkeitsarbeit

Bildnachweis: Landtag Brandenburg/Stefan Gloede

Herstellung: ARNOLD group – Großbeeren

Diese Publikation wird vom Landtag Brandenburg im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe ist kostenfrei. Der Weiterverkauf ist nicht gestattet. Eine Verwendung zum Zwecke der Wahlwerbung ist unzulässig.





**Landtag Brandenburg**  
Alter Markt 1, 14467 Potsdam

Telefon 0331 966-0  
Fax 0331 966-1210  
[post@landtag.brandenburg.de](mailto:post@landtag.brandenburg.de)  
[www.landtag.brandenburg.de](http://www.landtag.brandenburg.de)  
● [twitter.com/Brandenburg\\_LT](https://twitter.com/Brandenburg_LT)